

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

■ BUNDESTAG BESCHLIESST KRIEGSEINSATZ:

Der deutsche Imperialismus meldet sich auch militärisch weltweit zurück

Als historischen Einschnitt, hinter den es kein Zurück mehr gebe, hat der Kanzler die Entscheidung vom 16. November 2001 bezeichnet. Alle Zusatzprotokolle und Erklärungen, die möglichen Abweichlern bei SPD und Grünen die Zustimmung erleichtern sollten, können nicht darüber hinwegtäuschen: Die Bundesregierung erhielt de facto eine Blankovollmacht für militärische Einsätze an der Seite der USA. »Mir ist wichtig festzustellen, dass letzte Entscheidungen über Einsätze in vollem Umfang bei der Bundesregierung verbleiben.« (Kanzler Schröder, 8.11.2001, vor dem Bundestag)

Vor der Küste Somalias, schon im Visier als mögliches Opfer der nächsten Aggression, kreuzt die deutsche Kriegsmarine. Sie sichert den Seeweg u.a. für die Öltanker vom Persischen Golf und beteiligt sich an den Interventionsvorbereitungen am Horn von Afrika. Deutsche Transport- und Lazarettkapazitäten unterstützen die Streitkräfte der USA und Großbritanniens in Afghanistan, wo auch der Einsatz der KSK (Kommando Spezialkräfte) nicht ausgeschlossen wird. Und die Bereitstellung der Fuchs-Spürpanzer gegen ABC-Waffen macht nur Sinn, wenn der Westen kriegerische Konflikte mit dem Irak erwartet oder plant.

Die Vollmacht, die das Parlament des Bundestages der Regierung für zunächst ein Jahr ausstellte, ermöglicht es, über Einsatzorte und -geschehen den Mantel der militärischen Geheimhaltung zu decken und die Öffentlichkeit nur zu informieren, wenn es opportun erscheint. Die »Heimatfront« soll nicht durch Meldungen und Berichte über Kriegsverlauf, Opfer und Verbrechen und daraus resultierende kritische Diskussionen beeinträchtigt werden.

Die Diskussion darüber, ob Schröder mit seinem Angebot an die USA, dass man sich militärisch an dem Krieg beteiligen wolle, vorgeprescht sei, und die Aussage des US-Verteidigungsministers Rumsfeld, es habe gar keine amerikanische Anforderung an Deutschland gegeben, zeigen: Die Regierung hat die Situation nach den Anschlägen vom 11.9.2001 genutzt, um ihre Handlungsmöglichkeiten um eine Komponente zu erweitern – den militärischen Einsatz der Bundeswehr unabhängig von einem UNO- oder NATO-Mandat. Zehn Jahre nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Lagers, damit des Endes des Kalten Krieges, und nach der Wiedervereinigung hat sich der deutsche Imperialismus in der weltweiten Arena auch militärisch zurückgemeldet.



Das inner-imperialistische Kräfteverhältnis

Lässt man mal die propagandistischen Formeln und Floskeln (Krieg gegen den internationalen Terror, Verteidigung der zivilisatorischen Werte und der Demokratie, humanitärer Einsatz etc.) beiseite, so reduziert sich die Begründung für den Kriegseinsatz im Wesentlichen auf zwei Argumente:

◆ »Bei der anstehenden Entscheidung geht es auch um die Bündnisfähigkeit Deutschlands ... Über viele Jahrzehnte haben wir die Solidarität Amerikas für selbstverständlich gehalten und haben unseren Nutzen daraus gezogen. ... Deshalb geht es jetzt – nicht nur, aber auch – darum unseren praktischen Beitrag zur Solidarität, die unseren gemeinsamen Werten, unseren gemeinsamen Zielen und unserer gemeinsamen Zukunft in Sicherheit und Freiheit gilt, zu leisten.«

◆ »Der Beitrag, den wir leisten wollen, ist auch Ausdruck unserer Bereitschaft, der gewachsenen Verantwortung Deutschlands in der Welt durch konkretes Handeln Rechnung zu tragen. Es muss deutlich werden: Es geht nicht um irgendeine außenpolitische Strategie; es geht um die Vertretung der eigenen Interessen...« (Schröder, 8.11.2001, vor dem Bundestag)

Mit beiden Argumenten hat Schröder den Kern benannt und zugleich den Rahmen abgesteckt, in dem die BRD international agieren kann und soll. Nur die USA sind als NATO-Führungsmacht, als »einzig verbliebene Weltmacht«, in der Lage, die gemeinsamen Klasseninteressen des westlichen

Lagers weltweit militärisch abzusichern. Daran wird sich in absehbarer Zukunft nichts ändern. Selbst die Aufstellung der geplanten internationalen Einsatzkräfte von 60.000 Soldaten im Rahmen der Westeuropäischen Verteidigungsunion könnte die militärische Führungsrolle der Vereinigten Staaten nicht in Frage stellen. Und eine gemeinsame Außenpolitik der EU gibt es zur Zeit nicht, zu groß sind noch die Widersprüche in ihr.

Natürlich ist Deutschland mit der Vereinigung keine Großmacht geworden und bleibt nach wie vor im Schlepptau der imperialistischen Führungsmacht. Die Äußerung des CDU-Fraktionsvorsitzenden Merz, wenn die USA die Bundeswehr gar nicht angefordert hätten, sei dies umso besser, es gehe ja sowieso darum, dass Deutschland beginne eigenständige Politik zu machen, zeigt, dass die herrschende Klasse hierzulande sich umorientiert hat: Heraus aus der außenpolitisch passiven und relativ komfortablen Position des Kalten Krieges in eine Rolle des aktiven Handelns. Die neue Linie heißt: Nur wer sich an den Militäreinsätzen der USA beteiligt, kann auch den Anspruch erheben, bei der Neuverteilung von Interessen- und Einflussphären mitzureden. Darüber hinaus versucht die BRD – eingebunden in die EU und sie zugleich ausnutzend – die innerimperialistische Kräfteverteilung zu ihren Gunsten langsam zu verschieben. Ein erster Erfolg ist die Übertragung des Oberbefehls über die NATO-Truppen in Mazedonien. Worum es geht, verkündet Verteidigungsminister Scharping, wenn er im Zusammenhang mit dem UNO-Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan von einem »robusten Mandat« spricht. Dahinter verbirgt sich das Vorhaben, notfalls aktiv Krieg zu führen (und nicht nur Bürgerkriegsparteien zu beobachten und freiwillig abgegebene Waffen einzusammeln wie in Mazedonien), also »Frieden zu erzwingen«, wie es im Diplomatenjargon heißt. Die Bundeswehr soll zu einer Armee werden, die international, dort wo »deutsche Interessen« berührt sind, einsatzfähig ist.

Das Ende der Nachkriegsordnung

Bis 1989/90 waren Funktion und Möglichkeiten der BRD auch innerhalb des westlichen Lagers stark eingeschränkt. Die Bundeswehr war ausschließlich auf einen Krieg in Mitteleuropa unter der Führung und dem atomaren Schutzschild der USA ausgerichtet. Die Bundesrepublik Deutschland war sowohl antikommunistisches Bollwerk wie möglicher Kriegsschauplatz in einem dritten Weltkrieg. Die internationale (auch militärische) Vertretung der gemeinsamen kapitalistischen Interessen musste die herrschende Klasse in Deutschland den westlichen Bündnispartnern überlassen. Das war der Preis, den sie am Ende des Zweiten Weltkrieges zu zahlen hatte, weil nur durch den Schutz, aber auch durch

die politische Unterordnung unter die westlichen Siegermächte die gesellschaftlichen Grundlagen des Kapitalismus in Westdeutschland gesichert werden konnten.

»Nach den epochalen Veränderungen seit dem Herbst 1989 hat Deutschland seine volle Souveränität zurückgewonnen. Es hat damit aber auch neue Pflichten übernommen, an die uns die Verbündeten erinnern. Wir haben kein Recht, darüber Klage zu führen. Wir sollten vielmehr damit zufrieden sein, dass wir seit den epochalen Veränderungen 1989 gleichberechtigte Partner in der Staatengemeinschaft sind.« (Schröder, 16. 11. 2001)

Der Zusammenbruch des sozialistischen Lagers – zugleich auch das Ende der Nachkriegsordnung – war eine entscheidende Voraussetzung für die Wiedervereinigung. Die politischen Fesseln, die der herrschenden Klasse Deutschlands auferlegt waren, wurden damit endgültig gesprengt. Sie stand und steht vor der Aufgabe, sich international – und somit auch militärisch – die Rolle zu sichern, die ihrer Potenz als führende Wirtschaftsnation in Europa entspricht. Zehn Jahre lang hat sie daran gearbeitet, zum Teil gegen das Misstrauen und den Widerstand der eigenen Verbündeten. Zehn Jahre lang hat sie die eigene Bevölkerung auf die neue Rolle der BRD vorbereitet. Entscheidende Schritte waren u.a.:

◆ 1990 die diplomatische Offensive auf dem Balkan mit der Anerkennung der jugoslawischen Teilrepubliken Slowenien und Kroatien unter dem damaligen Außenminister Genscher (übrigens gegen starke Vorbehalte der westlichen Partner, zum Beispiel Frankreichs). Die BRD hatte entscheidenden

INHALT

Bundestag beschließt Kriegseinsatz	1
Dokumentiert: Kriege in den USA	3
Anschläge in den USA:	
Vorwand für innenpolitische Verschärfungen	4
Die jüngere Geschichte Afghanistans und die Taliban	7
Zuwanderung nach dem Wert der Arbeitskraft	12
Ausländerpolitik in Deutschland	16
CDU-Hessen: Wisconsin und nationale Identität	22
Zur aktuellen Debatte um die Sozialhilfe	23
Das Wisconsin-Modell:	
Sozialhilfe als Erziehungsdiktatur	24
Zum Abschied von unserem genossen Fritz Lübke	25
Hamburg: Wahlen zur Bürgerschaft	29
Berliner Wahlen: Rot-Rot regiert den Mangel	36
Demonstration der NPD in Berlin:	
»Vorsicht, das sind Juden!«	37
Dokumentiert: Nachbetrachtung zum PDS-Parteitag	39
Demonstration in Gent: Druck auf den EU-Gipfel	43
Veranstaltung: Zum israelisch-palästinensischen Krieg	46
Jugoslawien: Ein Volk wird enteignet	48
Spendenauftrag für Zastava	49
Kritik an Buchbesprechung zum Hartmann-Buch	52

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: F. Lübke †
 Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.
 Alle Zuschriften nur an diese Adresse:
 »GFSA e.V. · Postfach 106426 · D-20043 Hamburg«
 Internet: www.arbeiterpolitik.de · e-mail: arpo.berlin@gmx.de

Die »Informationsbriefe« und weitere Broschüren und Bücher der GFSA e.V. werden in folgenden Buchhandlungen angeboten:

● **Berlin-West:** »Schwarze Risse«, Gneisenaustraße 2a ● **Berlin-Ost:** »Der kleine Buchladen«, Weydinger Straße 14 –16 ● **Bonn:** »Buchladen 46«, Kaiserstraße 46 ● **Bremen:** »Buchladen in der Neustadt«, Lahnstraße 65b ● **Essen:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Viehofer Platz 8 ● **Frankfurt/Main:** »Haus der Bücher« Peter Naacher, Ziegelhüttenweg 27 / »Uni-Buch«, Studentenhaus, Jügelstraße 1 ● **Göttingen:** Buchhandlung »Rote Straße«, Nicolaikirchhof 7 ● **Halle:** Infoladen »Verein Kellnerstraße e.V.«, Kellnerstraße 10a ● **Hamburg:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Schlüterstraße 1 / »Schwarzmarkt«, Kleiner Schäferkamp 46 / Buchhandlung »Nautilus«, Bahrenfelder Str.: Zeisehallen / Buchhandlung »Osterstraße«, Osterstraße ● **Hannover:** »Internationalismus-Buchladen«, Engelbosteler Damm 10 ● **Kassel:** »Gestoche scharf«, Elfbuchenstraße 18 ● **Kiel:** »Zapata« Buchladen, Jungfernstieg 27 ● **Lüneburg:** »F. Delbanco«, Bessemerstraße 3 ● **Mönchengladbach:** »prolibri« Buchladen, Regentenstraße 120 ● **Siegen:** Buchhandlung »Bücherkiste«, Bismarckstraße 3

Anteil bei der Einmischung in die innenpolitischen Verhältnisse und dem Auseinanderbrechen Jugoslawiens.

- ◆ Der »humanitäre« Einsatz der Bundeswehr in Kambodscha.
- ◆ Die Beteiligung an der sogenannten Friedensmission in Somalia.
- ◆ Die aktive Beteiligung am NATO-Krieg gegen Jugoslawien, einem wichtigen Verbündeten Russlands in Europa, ausdrücklich ohne Beschluss der UNO.

Mit der Veränderung ihrer Statuten trug auch die NATO 1999 – anlässlich des Krieges gegen Jugoslawien – den veränderten weltpolitischen Bedingungen Rechnung. Bis dato war ihr Einsatz auf den Bündnisfall (Angriff auf einen Mitgliedsstaat) und das eigene Territorium begrenzt. Die weltweite

militärische Intervention blieb Aufgabe einzelner Mitgliedsländer. Unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkrieges waren es die alten Kolonialmächte England, Frankreich, Belgien usw., die militärisch in Afrika, dem Nahen Osten oder Asien eingriffen. Dort, wo ihre Kräfte nicht ausreichten, mussten zunehmend die Vereinigten Staaten eingreifen (Korea, Vietnam etc.). Das neue Statut ermöglicht der NATO jetzt den weltweiten Kriegseinsatz, das heißt die militärische Absicherung ökonomischer und strategischer Interessen des westlichen Lagers wurde zur gemeinsamen Aufgabe aller Mitgliedsstaaten. Nach dem 11. September rief die NATO erstmals in ihrer Geschichte den Bündnisfall aus, der alle Mitgliedsländer zur Unterstützung verpflichtet. Über die konkreten militärischen Anforderungen und deren Einsatz

Glaubt man der Propaganda, so geht es bei dem Krieg in Afghanistan um die Verteidigung der »zivilisatorischen Werte« des Westen, wie Demokratie, Pressefreiheit, Rechtsstaat, Rechte der Frauen, Gleichberechtigung und Schutz von Minderheiten etc. Die von den USA in ihrem »Krieg gegen den internationalen Terror« angewandten Mittel und Methoden widerlegen allerdings die der Öffentlichkeit präsentierten Beweggründe. Sie beleuchten zugleich eine Entwicklung, wie sie in Deutschland – sicherlich unter anderen historischen und politischen Voraussetzungen – inzwischen auch eingeläutet wurde. Schilys Gesetzespaket zur Inneren Sicherheit zielt in die Richtung: Ausbau der Sicherheitsapparate, Erweiterung ihrer Kompetenzen bei gleichzeitigem Abbau von Kontrollmöglichkeiten. Wer einmal ins Raster der Sicherheitsbehörden gerät, dem werden fast alle bisher geltenden Rechte genommen.

In der »Frankfurter Rundschau« schrieb Eva Schweitzer am 30.11.01 über das innenpolitische Klima in den USA:

Kriegsrecht

»Während des Zweiten Weltkrieges schaffte es ein deutsches U-Boot mit acht Soldaten an die Küste der USA. Einer der Männer rief heimlich das FBI an, das nahm alle acht fest, und stellte sie vor ein geheimes Militärgericht. Sechs der deutschen Soldaten wurden hingerichtet, zu den zweien, die dem elektrischen Stuhl entgingen, gehörte vermutlich der Anrufer. FBI-Chef Edgar J. Hoover bekam dafür eine Medaille.

Ähnliche Zeiten könnten jetzt wieder heranzukommen, denn das, was Präsident George W. Bush vor zwei Wochen mit dem Patriot Act verfügt hat, klingt mehr nach Chile zu Pinochet-Zeiten als nach den USA. Nun darf es geheime Militärgerichte geben, wo die Angeklagten unter Ausschluss der Öffentlichkeit mit nur einer Zwei-Drittel-Mehrheit hingerichtet werden dürfen, statt, wie sonst üblich, mit dem einstimmigen Votum der Jury. Die Angeklagten haben auch keine Möglichkeit, in Berufung zu gehen, die Regierung darf im Verfahren geheim gehaltene Beweise anführen. Allerdings: Nur Ausländer dürfen vor diese Schnellgerichte gestellt werden. Bisher sind auch nur Immigranten unter Terrorismusverdacht in Haft genommen worden. Dabei stammen zumindest die Anthrax-Sporen mit ziemlicher Sicherheit aus heimischer Quelle.«

»... die Festnahmen finden im Verborgenen statt. Generalstaatsanwalt John Ashcroft, ein ultrarechter christlicher

Fundamentalist, hat erst nach Monaten und auf Druck der Presse einige wenige Namen herausgegeben, 93 insgesamt. Dabei sitzen mittlerweile mehr als 1100 Menschen – die Angaben der Regierung sind hier eher vage – in unbegrenzter Untersuchungshaft. Ein Mann ist in Untersuchungshaft gestorben, an Herzinfarkt, hieß es. Die Leiche wurde rasch außer Landes geschafft. Es sind zumeist Immigranten arabischer Abstammung, die im Lager sitzen, aber nicht nur: Etwa 50 Israelis gehören dazu. Bei keinem der Verdächtigen hat die Staatsanwaltschaft etwas Konkretes vorlegen können, die meisten haben allenfalls gegen Aufenthaltsrecht verstoßen oder ohne Arbeitserlaubnis gearbeitet.

Die USA, Hort der Pressefreiheit und der Demokratie, haben nach dem Anschlag erschreckend schnell alles über Bord geworfen, was das Land bisher auszeichnete: Redefreiheit, Gewaltenteilung, Rechte für Angeklagte. Fernsehsender werden wie selbstverständlich zensiert, ihre Manager ins Weiße Haus einbestellt. Leser und Anzeigenkunden machen immer wieder Druck auf Verleger, Journalisten zu entlassen, die die Regierung kritisieren, oft genug erfolgreich. Bush schränkte den »Freedom of Information Act« ein, der Bürgern den Zugriff auf Regierungsakten gestattet, und erlaubte es, Gespräche zwischen Anwälten und Klienten vom Geheimdienst belauschen zu lassen. Und die Einwanderungsbehörde INS kann Immigranten nach Belieben festhalten, selbst wenn ein Richter die Freilassung angeordnet hat.

Noch gibt es kritische Stimmen. »Wir wollen doch mit unserem Rechtssystem ein Beispiel für die Welt sein«, meint etwa David Cole, Rechtsprofessor von der Georgetown University in Washington.« ... »Aber das eigentlich Erschreckende an der Debatte ist, dass es nur noch einige wenige Zeitungskolumnisten, Rechtsprofessoren und Anwälte gibt, die ihre Stimme dagegen erheben. Nach einer Umfrage des Fernsehsenders CNN finden 60 Prozent der Amerikaner die Schnellgerichte richtig, 27 Prozent gehen die Maßnahmen sogar nicht weit genug. Die linken Intellektuellen der USA sind praktisch verstummt, es bleibt rechtskonservativen Publizisten wie William Safire von der New York Times überlassen, davor zu warnen, dass Bush »diktatorische Macht« an sich reiße.«

»... Das einzige, was der Bush-Regierung, allerdings auch Leuten wie Safire Sorgen macht, ist, daß Europäer gefangene Verdächtige nicht an die USA ausliefern könnten, weil ihnen dort die Todesstrafe nach einem Schnellprozess droht.« ■

entscheiden letztlich die Vereinigten Staaten als Führungsmacht.

Aggression nach außen erfordert Repression im Innern

Nach der Abstimmung zugunsten des weltweiten Einsatzes der Bundeswehr steht die Regierung jetzt vor der Aufgabe, deren weitreichende Konsequenzen auch innenpolitisch durchzusetzen. Auch hier hat die herrschende Klasse Deutschlands Nachholbedarf, gehörte doch der Kriegseinsatz bei den westlichen Verbündeten und Nachbarn zum »selbstverständlichen« Teil ihrer Geschichte nach 1945. Eine Voraussetzung für den Erfolg des langfristig angelegten Kriegseinsatzes ist die Herstellung eines möglichst breiten Konsenses im Innern. Dass ausgerechnet die SPD und die aus der Friedensbewegung hervorgegangene Grüne Partei die Regierung stellen und den Kriegseinsatz vorantreiben mussten und jetzt die wortreichsten Verfechter der Kriegslogik stellen, kommt der herrschenden Klasse sehr gelegen. Die Bedeutung ihres Einsatzes für den deutschen Kriegskurs liegt in der Zersetzung und Lähmung eines möglichen Widerstandes, zu dem SPD und Grüne mit ihren pseudolinken und pseudohumanitären Begriffen eben besser geeignet sind als CDU/CSU und FDP.

Dennoch stehen große Teile der Bevölkerung dem deutschen Militäreinsatz skeptisch oder ablehnend gegenüber. Bereits in den letzten Monaten haben sich Bundeskanzler Schröder und sein Scharfmacher Innenminister Schily der CDU bedient, um gegen Teile in der eigenen Partei und bei den Grünen zu regieren – so bei den Bestimmungen zur Zuwanderung (siehe Artikel S. 8) und aktuell bei der Verschärfung der Gesetze zur Inneren Sicherheit. Mit der Ausrufung des Feindbildes »Ausländer+Araber+Moslem«, mit der Rasterfahndung werden Bürgerrechte ausgehebelt und insge-

samt ein Klima der Bespitzelung und Repression vorbereitet, in dem sich artikulierender Widerspruch kriminalisiert werden soll (siehe folgenden Artikel).

Um ihre weitere Regierungsfähigkeit im Interesse des Kapitals unter Beweis zu stellen, mussten die Parteiführungen von Sozialdemokraten und Grünen dafür sorgen, dass sich Skepsis und Ablehnung des Kriegseinsatzes in ihren Parteien nicht mehr politisch artikulieren und in Abstimmungen niederschlagen kann. Das war der eigentliche Grund dafür, die Vertrauensfrage zu stellen. Der kümmerliche Rest der Kriegsgegner bei SPD und Grünen hat sich dem Ultimatum gebeugt. Die im Laufe der folgenden Parteitage abgegebenen Erklärungen, der Pazifismus sei bei SPD und Grünen auch weiterhin beheimatet, haben nach dem 16. November 2001 nur noch rhetorischen Wert.

So wurde der alte SPD-Parteistrategie, Egon Bahr, in einer Fernsehsendung von Parteifreund Schily »auf Linie« gebracht und ihm geraten, seine USA-Kritik jetzt und hier gefälligst zu unterlassen. Auch die Gewerkschaften sollen in das »Kriegsbündnis« eingebunden werden, deshalb die barsche Zurückweisung der Kritik des IG-Metall-Vorstandes an der Bombardierung Afghanistans durch den Bundeskanzler. Denn der Sparkurs der rot-grünen Regierung wird mit dem Krieg an einem Punkt aufgehoben werden: bei der Bundeswehr. Die soll erheblich aufgerüstet werden – das ist auch der Sinn des Geschreis von der »katastrophal unterversorgten« Armee und deren mangelnder Einsatzfähigkeit. Die Sparzwänge an anderer Stelle werden sich deutlich verschärfen – zu Lasten der Sozialversicherungen, zu Lasten der breiten Masse, die mit Kürzungen einerseits und Steuererhöhungen andererseits den Kriegskurs zu finanzieren haben wird. Die Illusionen von der »Friedensdividende« nach dem Ende des Kalten Krieges sind endgültig am Zerplatzen. 18.11.2001 ■

■ ANSCHLÄGE IN DEN USA

Vorwand für innenpolitische Verschärfungen

Die Anschläge in New York und Washington vom 11. September seien eine »Kriegserklärung gegen die zivilisierte Welt«, so oder ähnlich tönte es unisono von Gerhard Schröder über Tony Blair bis George Bush. Gegen die Barbaren, die solche monströsen Verbrechen begingen, seien »alle Mittel der Vergeltung« (Bush) gerechtfertigt. Die Bevölkerung der großen westlichen Industriestaaten wurde durch die Erfahrung, dass zentrale Machtsymbole ihrer Vormacht USA in Schutt und Asche gelegt wurden, massiv verunsichert. Dass die hochintegrierte »westliche Zivilisation« auch entsprechend leicht verwundbar ist, war vielen Menschen abstrakt auch vorher schon bewusst, wenn sie bspw. an die 200 Atomkraftwerke in Europa, die vielen Tausende Chemiebetriebe, Gas- und Öllagerstätten u.v.m. dachten. Diese Gefahren wurden schon beschworen in der alten Friedensbewegung zur Zeit des Kalten Krieges, der Konfrontation mit dem beachtlichen militärischen Potential der Sowjetunion.

Nur auf den ersten Blick paradox erscheint, dass sie nun erst zur greifbaren Realität werden. Die Illusion der »Friedensdividende« nach dem Abtritt des weltpolitischen Gegenspielers ist endgültig verfliegen. Seitens der Regierungen wird auf die aktuell vorgeführte Bedrohung mit den bekann-

ten machtpolitischen Methoden reagiert, auch an der »inneren Front«, wo es darum geht, die Bevölkerung zu beruhigen und bei der Stange zu halten (»Solidarität mit Amerika«). Die Sicherheit, das heißt die Kontrolle der üblichen Verdächtigen, die Fahndungsinstrumente, die technische Ausrüstung in Flughäfen und Flugzeugen etc., muss demnach verstärkt und verbessert werden.

Ausbau des Überwachungsstaates

Die Sachwalter des Kapitals in den Regierungen und Parlamentsfraktionen sehen ihre Aufgabe darin, die Bedingungen der Profitwirtschaft zu gewährleisten und zu stabilisieren. Zu einem guten Investitionsklima, weltweit und national, gehört unumgänglich die innere Sicherheit in den wichtigsten kapitalistischen Staaten, das heißt der Schutz des Eigentums und der Rahmenbedingungen seines Gebrauchs. Der »freie« Kapital- und Warenverkehr (unter letzteren fällt auch die Ware Arbeitskraft) muss reibungslos fließen und vor außerökonomischen Risiken sicher sein. Ist das jedoch gefährdet, so muss reagiert werden. Ein Angriff auf zentrale Symbole der Weltmacht USA – mit den denkbaren Folgewirkungen, wenn nicht zurückgeschlagen würde – stellt eine außerordentlich massive Gefährdung dar – auch für die Kapi-

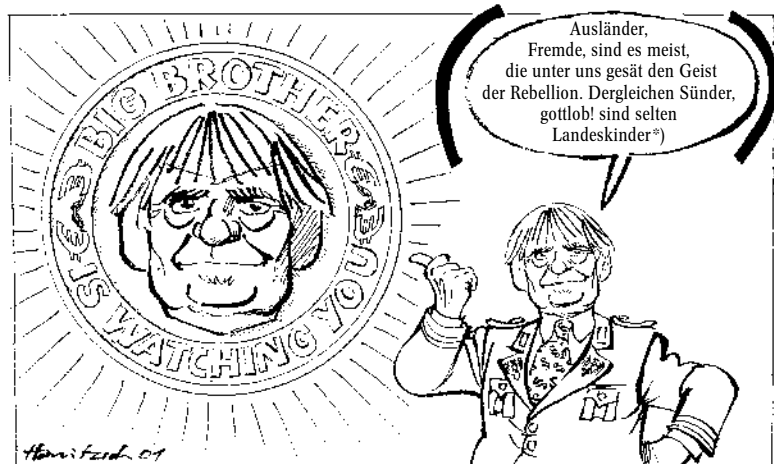
talinteressen in der BRD. Dies vorausgesetzt, ist die Verstärkung repressiver Mittel und präventiver Kontrolle die allzu wahrscheinliche Reaktion. Nicht zuletzt soll der Beweis von Handlungsfähigkeit die politische Legitimation in breiten Teilen der Wählerschaft festigen.

Ganz nach dieser Erwartung fiel denn auch die Rede des Innenministers Schily im Bundestag am 19. September aus. Sie enthielt einen Katalog von Maßnahmen, die zur Verschärfung der Gesetzeslage, Verbesserung von Kontrolle und Straffung von Verfahren getroffen werden sollen. »Die Gemächlichkeit und Umstandskrämerei,« so Schröders Mann fürs Grobe, »müssen wir ablegen.« Die dargelegten Absichtserklärungen über Gesetzesverschärfungen orientierten sich strikt an der offiziellen Situationsanalyse nach den Anschlägen und dem damit verbreiteten Feindbild des islamistisch motivierten Attentäters. Auffällig ist jedoch, mit welcher Geschwindigkeit dann Beschlussvorlagen präsentiert wurden. Sie deutet auf eine längere Vorbereitung hin, die bei Auftreten einer günstigen Gelegenheit umgesetzt wurde (ein Beispiel ist der Beschluss der Innen- und Justizminister der EU vom Dezember 1998, der die Mitgliedsstaaten der EU verpflichtet, die Beteiligung an einer Vereinigung, die in einem Staat der EU als kriminell/terroristisch gilt, unter Strafe zu stellen). Auch in der Diskussion um die Zuwanderung werden die im Gesetzentwurf des Innenministeriums bereits vorgesehenen Ausgrenzungs- und Kontrollelemente nun noch verstärkt (vgl. hierzu Artikel in dieser Ausgabe).

Die sogenannten »Sicherheitspakete«, die sich derzeit in unterschiedlichen Stadien des Gesetzgebungsverfahrens befinden, richten sich hauptsächlich gegen Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Diskutiert wird, AusländerInnen, darunter auch Asylsuchenden bei der Einreise Fingerabdrücke zu nehmen, das heißt, sie pauschal unter Verdacht zu stellen und einer ED-Behandlung zu unterziehen. Weil das national mittlerweile nicht mehr viel Sinn macht, werden auch gleich die Mitgliedstaaten des Schengen-Abkommens gedrängt, sich diesem Vorhaben anzuschließen, und mit dem neuen § 129b STGB sollen auch »terroristische« Vereinigungen juristisch verfolgt werden können, die ihren Schwerpunkt im Ausland haben. Die europäische Integration erhält durch diese Bestrebungen um »Rechtsvereinheitlichung« (zum Beispiel europäischer Haftbefehl) einen unerwarteten Schub. In diesem Zusammenhang ist auch die Rasterfahndung wieder aufgenommen worden. Mit richterlicher Genehmigung wurden als erste die drei Berliner Unis (Humboldt, FU, TU) gezwungen, die Daten aller männlichen Studierenden aus vierzehn arabischen Staaten herauszugeben – für die Studierendenvertretungen eine Art »Hexenjagd« bzw. »Sippenhaft« –, danach schlugen die Fahnder bundesweit zu. Zwar zweifeln sogar Polizeipraktiker die Wirksamkeit der Rasterfahndung an; den starken Staat, der etwas zum Schutze seiner BürgerInnen unternimmt, kann man gleichwohl mit diesem Mittel simulieren. Nach Meinung der Hardliner aus SPD und CDU/CSU soll sie mindestens bundesweit, wenn nicht europaweit durchgeführt und durch Zusammenarbeit von den Innenministerkonferenzen bis in die Polizeiapparate harmonisiert werden.

Rein praktisch dürfte der Wert für die Überwachungsbehörden fraglich sein (ein eindrucksvolles Beispiel liefert die Verfolgung der Göttinger Antifa (M); der Ermittlungsaufwand schlug sich dort in 115 Aktenordnern, nahezu 14.000

abgehörten Telefongesprächen und in Kosten von mehreren Millionen Mark nieder). Die gewaltige Datenmenge, die aufgrund geheimdienstlicher Sammelwut nun anfallen könnte, dürfte kaum zu verarbeiten, sondern nur (immerhin!) für Stichproben oder gezielte Suche brauchbar sein. Daher kann der Zweck der Gesetzesverschärfungen zumindest nicht vollständig mit erhöhter Effizienz der Überwachungsapparate erklärt werden, sondern eher mit der Herstellung eines gesellschaftlichen Klimas der Denunziationsbereitschaft. Vereinzelt Beispiele gibt es jetzt schon: In Siegen soll einem Lehrer wegen einer Rede auf einer Friedensdemonstration die berufliche Existenz genommen werden; in Lüdenscheid wurde in einem Metallbetrieb ein Arbeiter mit Zustimmung des Betriebsrats gekündigt, weil er die Einhaltung der Gedenkminute für die Opfer von New York verweigerte.



*) Heinrich Heine, »Aus Krähwinkels Schreckenstagen«, 1835

Dies mag teilweise an die siebziger Jahre erinnern. Im Unterschied zu damals ist das Feindbild der Behörden jedoch nicht eine radikale Linke in Deutschland, sondern besteht in Erscheinungsformen eines so bezeichneten »internationalen Terrorismus«. In der Verschärfung ausländer- und asylrechtlicher Bestimmungen und Verfahrensweisen geht es um die Kontrolle des Zugangs nach Deutschland. Kontrolliert werden soll, wer hierher kommt und was die betreffenden Personen hier tun (vgl. hierzu das schon vor Jahren erlassene Verbot der kurdischen Partei PKK). Die politischen Konflikte in deren Herkunftsländern sollen nicht hierzulande reproduziert werden. Dabei geht es nicht nur, wie schon immer, um die Aufrechterhaltung des sozialen Friedens in der BRD, sondern auch darum, Gegner der herrschenden kapitalistischen Weltordnung zu disziplinieren. Dies dient gleichzeitig dazu, Veränderungen dieser Verhältnisse zugunsten der benachteiligten und verarmten Dritte-Welt-Länder überflüssig erscheinen zu lassen und ein Überschlagen der Proteste in die Metropolen (vgl. Genua) im Keim zu ersticken.

Grundsätzliche Kritik daran gibt es in den Parteien so gut wie nicht, von der PDS abgesehen, die ihren Antikriegskurs beibehält und dafür – zeitweilig – mit Nichtachtung bestraft wurde. Bei den Grünen ist das pazifistische Erbe der Gründerzeit mit dem Parteitag von Rostock endgültig zu Grabe getragen worden. Ähnlich stellt sich die Situation in den Medien dar, wenn auch – im Unterschied etwa zum NATO-Krieg gegen Jugoslawien – kritische Stimmen in der Tagespresse Raum finden, die zumindest die Verhältnismäßigkeit der Mittel anzweifeln und Gefahren für die Bürgerrechte beschwören, ausnahmsweise sogar (wie in einem in der FAZ

abgedruckten Beitrag von Arundhati Roy) die soziale Perspektivlosigkeit in weiten Teilen der »Dritten Welt« ausführlich als Nährboden des »Terrorismus« beschreiben.

Die Wahl in Hamburg passt ins Bild

Die Hamburg-Wahl vom 23. September hat gezeigt, dass die Stimmung für autoritäre Lösungen gegeben ist, und zwar unabhängig von und laut Umfragen lange vor den Anschlägen in den USA. Das von den Medien als sensationell herausgestellte Ergebnis der Schill-Partei mag in der Art seines Zustandekommens Hamburger Verhältnisse widerspiegeln. So ganz ungewöhnlich ist es jedoch nicht, dass Rechtsausleger aus dem Stand heraus hohe Zuwächse bekommen können, wie etwa die zeitweiligen Erfolge der DVU in einigen Landtagen, insbesondere Sachsen-Anhalt, zeigen. Es ist das immer gleiche Spiel mit der sozialen Unsicherheit, die mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung unlösbar verknüpft ist. Wo keine Perspektive sichtbar scheint, allen Menschen ein auskömmliches Leben zu sichern, entsteht leicht ein Klima, in dem nach Recht und Ordnung gerufen wird. Der Name der Schill-Gruppierung – Partei Rechtsstaatliche Offensive – drückt klar aus, was gemeint ist. Zwar wird mit dem Begriff »Rechtsstaat« noch beschönigt, doch im Zusammenhang mit dem Begriff »Offensive« wird Standgerichtsmentalität deutlich.

SPD und Kanzler erklärten sogleich, dass diese Erdrutschwahl im Bund unmöglich sei: Sie hätten doch ihren Schily (den »rosaroten Kanther«), der die Ängste der Schill-Wähler allemal besser lösen könne. Doch die populistische Mentalität, sich mit solchen Sprüchen Luft zu verschaffen, ist keine Lösung, sondern Teil des Problems. Völlige Sicherheit, gegründet auf technische und repressive Mittel, kann es nicht geben, solange die Ursachen der Verunsicherung durch die Terroranschläge nicht angegangen werden, weder national (Arbeitslosigkeit, zunehmende Verarmung, Verrottung der öffentlichen Infrastruktur) noch international (Verelendung, Kriege, Flucht, Vertreibung). Das Kommando über die Wirtschaft haben nicht die Regierungsparteien, sondern die Unternehmer, an deren Klasseninteresse sich bürgerliche Politik, auch Rot-Grün, orientieren muss. So beschränken sich die Parteien, gerade angesichts leerer Kassen, zunehmend auf Symbolik und Aktionismus, um der Bevölkerung zu suggerieren, dass etwas getan werde, damit sie ruhig schlafen könne. Solche Politik braucht Sündenböcke, die man isolieren und bekämpfen kann, und ein diffuses Feindbild wie »Terrorismus«, um sich gegen Kritik zu immunisieren. Sie wird das gesellschaftliche Klima nachhaltig verschärfen.

Vielfältige Aktionen, noch keine Breitenwirkung

Protest gegen diese Entwicklung äußert sich – weitgehend verbal – in Gewerkschaften und Friedensinitiativen. Mittlerweile gibt es vielfältige Organisationsansätze, eine Breitenwirkung geht davon jedoch noch nicht aus. Inhaltlich müssen drohende Kriegsgefahr und innenpolitische Verschärfung zusammen thematisiert werden. Gesellschaften, die Krieg führen wollen (sollen), sind auf die innere Gleichschaltung angewiesen. Geht das nicht »freiwillig«, so brauchen sie Gewalt.

Auf einer Demonstration (am 18. 11.) in Darmstadt wurden diese Zusammenhänge angesprochen: *»Es ist diese staatliche Gewalt und Unterdrückung weltweit, die die Quelle des*

Terrors ist, dem jetzt Tausende unschuldiger Menschen in den USA zum Opfer gefallen sind. Das Motiv für diese staatliche Gewalt heißt Profit. Die Herrschaft über die Ölfelder, über die materiellen Reichtümer erfordert es immer mehr, dass Gewalt eingesetzt wird, um die Vormacht zu erhalten. Dem Krieg nach außen entspricht der Belagerungszustand im Innern. US-Präsident Bush kündigt der Welt einen »langen Krieg« an. Dafür haben die Bürgerinnen und Bürger dann Opfer zu bringen – die großen Unternehmen werden daran gut verdienen. Der deutsche Innenminister Schily stellt schon laut Überlegungen darüber an, wie die Überwachungsmöglichkeiten des Staates ausgeweitet werden können. Bürgerprotest ist nicht gewünscht. Das Niederknüpfeln der Demonstranten in Genua, ihre Diffamierung als Terroristen – soll dies die politische Linie in Deutschland, in Europa, in der Welt werden?«

In den Gruppen der Friedensbewegung zeigte sich – für Wochen jeweils nach den Terroranschlägen und dem Beginn der Bombardierung Afghanistans – eine Zunahme von Aktivitäten wie Diskussionsveranstaltungen, Mahnwachen, Demonstrationen. Auf einer von DGB und Friedensgruppen in Frankfurt am 29. September (zeitgleich zu einer Kundgebung in Washington) organisierten Demonstration konnten immerhin zirka 1500 TeilnehmerInnen geschätzt werden. Die beiden zentralen Friedenskundgebungen am 13. Oktober in Berlin und Stuttgart konnten mit wenigen Zehntausenden einen Vergleich mit den frühen achtziger Jahren allerdings nicht aushalten.

Die Gewerkschaftsspitzen sind auf Tauchstation gegangen, können das Thema jedoch nicht ignorieren. So weit sie müssen, formulieren sie ihre Bedenken staatstragend. Die IG Metall rief am 25. September ihre Mitglieder auf, *»öffentlich sichtbare Zeichen gegen Terror und Gewalt, für Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und Toleranz zu setzen.«* Die Sorge der Gewerkschaft gilt dem Betriebsfrieden: *»Der Kampf gegen den Terror darf nicht zu einem Glaubenskrieg in den Betrieben und in der Gesellschaft werden.«* Wer dies ernsthaft verhindern will, muss allerdings Ross und Reiter der Profitgesellschaft nennen und konkrete Abwehrmaßnahmen daran ausrichten. Einen Schritt weiter geht der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske. Als Mitglied der Organisation »Attac« fordert er *»eine menschlichere und demokratischere Version der Globalisierung«*. Weiter heißt es in seiner Stellungnahme: *»Wir müssen sehr kritisch sein gegenüber Stimmen, die in der deutschen Innenpolitik keinen Stein auf dem anderen lassen wollen, den Einsatz der Bundeswehr im Innern sowie die Aufhebung der Trennung zwischen Geheimdienst und Polizei fordern und Datenschutz in einem Atemzug mit Terroristenschutz nennen.«* Solchen Worten müssen freilich auch Taten folgen.

Der Druck muss, wie immer, von unten kommen. Vereinzelte Gliederungen der Gewerkschaften und betriebliche Gremien wie zum Beispiel die Vertrauensleute der Vacuum-Schmelze in Hanau und die Delegiertenversammlung der IGM-Verwaltungsstelle Frankfurt fassten Resolutionen gegen die Kriegsvorbereitungen, die sie an den IG-Metall-Vorstand und die Bundesregierung schickten. Auch die ver.di-Landesbezirke Baden-Württemberg und Nord haben solche Erklärungen herausgegeben. Berichte aus den Betrieben lassen jedoch eher befürchten, dass diese Meinungsbildung derzeit nicht in den Belegschaften verankert ist. Angesichts dieser Vereinzelung fällt es schwer, einen Überblick zu gewinnen.

Die Aktivitäten richten sich an den jeweils vor Ort gegebenen Bedingungen aus. Eine Orientierung gebende Koordination ist nicht erkennbar, kann insbesondere innergewerkschaftlich derzeit kaum erwartet werden. Zwar hat der zweite Vorsitzende der IG Metall, Peters, unlängst öffentlich erkannt, dass »die Frage von Krieg und Frieden schon immer eines der grundlegenden Anliegen der Arbeiterbewegung gewesen ist«, doch die Forderung nach einem Bombenstopp in Afghanistan vom 2. November ist die bisher einzige Folgerung daraus. Ein Aufruf zur Demonstration oder zum Warnstreik liegt in weiter Ferne. Andere SpitzenfunktionärInnen, zum Beispiel der NGG und des DGB, halten dagegen und erklären den Bombenkrieg für ein legitimes Mittel, einer Handvoll Terroristen habhaft zu werden. Hierin drückt sich einmal mehr die enge Verzahnung mit der Regierungspartei SPD aus,

einschließlich deren »uneingeschränkter Solidarität« zu den USA.

Wie die Regierungsparteien vor der »Vertrauens«-Frage im Bundestag, so kuschen die Gewerkschaftsspitzen vor der »Solidaritäts«-Forderung der SPD in der Außenpolitik und erlauben sich nur verhaltene Kritik dort, wo sie ihre Legitimation in den eigenen Reihen gefährdet sehen. Auch in der Vergangenheit hatte die Friedensbewegung niemals einen sicheren Verbündeten in den Gewerkschaften als Gesamtorganisation. Die mit der SPD-Spitze eng verzahnte Gewerkschaftsführung unterstützt deren Regierungspolitik in zentralen Fragen nahezu bedingungslos, und in der Mitgliedschaft ist das Verständnis dafür immer noch verschüttet, dass die Frage von Krieg und Frieden eines der grundlegenden Anliegen der Arbeiterbewegung ist. 18.12.2001 ■

■ HINTERGRUND:

Die jüngere Geschichte Afghanistans und die Taliban



Um die aktuelle Situation des Krieges gegen Afghanistan zu verstehen, ist ein kurzer Blick in die Geschichte des Landes und die Entstehung der Taliban notwendig. Es reicht nicht aus darauf zu verweisen, daß an der Wiege der Taliban der pakistanische Geheimdienst ISI stand, und Osama bin Laden, der sich eine Zeitlang auf der Lohnliste des CIA befand, als ein Monster zu betrachten, über das der Westen die Kontrolle verloren, dessen Existenz er sich aber prinzipiell selbst zuzuschreiben habe.

Der Staat Afghanistan wurde 1883 nach dem zweiten britisch-afghanischen Krieg – dem zweiten vergeblichen britischen Eroberungsversuch – in seine heutigen Grenzen gepresst. Vorausgegangen war ein Arrangement zwischen dem britischen Empire und paschtunischen Stammesführern. Das Staatsgebiet diente als Puffer zwischen dem zaristischen Russland und der britischen Kolonie Indien. Am deutlichsten zeigt dies der Wakhan-Streifen, der Afghanistan mit China verbindet und eine direkte Landverbindung Russlands mit Indien verhindern sollte. Gleichzeitig sollte der Staat Afghanistan einer weiteren Ausbreitung des zaristischen Russlands in Zentralasien einen Riegel vorschieben.

Seit jeher war das Territorium des heutigen Staates Afghanistan ein wichtiges Transitgebiet zwischen Arabien, Persien, dem indischen Subkontinent und China. Alle größte-

ren Städte (Mazar-i-Scharif, Kabul, Kandahar, Herat) entstanden vor über 2000 Jahren entlang den Handelsstraßen an Pässen der Gebirge des Hindukush. Die Unwegsamkeit des Gelände bewirkte eine Abgrenzung der Siedlungszonen. Der geographischen Zerrissenheit dieser Region entspricht damals wie heute die Vielfalt ihrer Bevölkerung. Die Paschtunen stellen die größte geschlossene Volksgruppe und vereinen etwa 40 Prozent der afghanischen Bevölkerung hinter sich. Die Tadschiken kommen auf etwa 25, die Hazara auf 19 und die Usbeken auf etwa sechs Prozent. Weiterhin gibt es eine Reihe kleinerer Volksgruppen, welche die übrigen zehn Prozent der Bevölkerung stellen. Die genannten Zahlen sind allerdings mit größtem Vorbehalt zu betrachten: schon vor dem nun 20 Jahre andauernden Krieg hat es kaum verlässliche Volkszählungen gegeben.

In Afghanistan entstand nach der Staatsgründung weder ein stabiler Staat noch eine Nation. Die Kennzeichen eines Staates, nämlich ein zentrales Verwaltungs- Rechtsprechungs-, Besteuerungs- und Militärsystem sind – so weit sie jemals existierten – erst nach dem Sturz der Monarchie 1973 zu erkennen und wurde in dem Bürgerkrieg, der dem Einmarsch der SU folgte, wieder zerstört. Auch die ethnische Landkarte des Staates Afghanistan blieb seit der Staatsgründung nicht nur weitgehend unverändert, heute spielt die

Zugehörigkeit zu einer Ethnie eine wichtigere Rolle denn je. Es gibt massive Differenzen zwischen verschiedenen Volksgruppen. Etwa 500 Stammesfürsten beharren auf die spezifischen Interessen ihrer jeweiligen Gruppierung. Selbst innerhalb einer dieser Volksgruppen war das Zusammenleben der Clans traditionell oft genug nicht spannungsfrei und zumindest in den abgelegenen Berggebieten gibt es seit Generationen bewaffnete Auseinandersetzungen.

Entwicklung eines fanatischen Islamismus infolge des sowjetischen Eingreifens

Die Bewegung der Taliban ist eng mit der Geschichte der Mudschaheddin – der islamischen Krieger gegen die Sowjetunion in den achtziger Jahren – verknüpft. Vielfach werden diese beiden Bewegungen in der aktuellen Diskussion gleichgesetzt, weil es sich beide Male um islamische Kämpfer handelt, die sich gegen eine ausländische Macht zu Wehr setzten. Gemeinsam ist ihnen, dass sie sich auf die Feindseligkeit vieler Afghanen gegen das Ausland stützen können. Dafür gibt es zwar auch Wurzeln, die jahrhundertealt sind, aber aktuell rührt das sehr stark aus dem Einmarsch der Sowjetunion nach Afghanistan nach dem 24.12.1979 her.

Als damals in Moskau die Entscheidung zur Truppenentsendung fiel, geschah das unter zwei Vorzeichen: Erstens war in Afghanistan eine moskau-freundliche Regierung an die Macht gekommen, wodurch eine Annäherung an die Sowjetunion abgesichert werden konnte. Zweitens war die sogenannte Aggression des Westens durch den NATO-Doppelbeschluss vom 12. Dezember 1979 (Stationierung von Atom-Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik) in eine ganz neue Phase getreten. Da war es für die Sowjets naheliegend, ihr Einflussgebiet abzusichern.

Das Ergebnis war das bekannte Desaster. Dass die revolutionären Kräfte im Lande politisch äußerst schwach waren, war bereits damals klar: *»Die afghanische Revolution, die 1978 den Sturz der Regierung Daud herbeiführte, war das Werk eines politisch entscheidenden Teils der Bevölkerung (keineswegs einer Mehrheit) in den Städten, vor allem in der Hauptstadt Kabul (...) In Kabul genügte die Beseitigung der Familie des Regierungschefs, um den Wechsel zu vollziehen. (...) Der Aufbau einer wirtschaftlichen Grundlage allerdings wird unvergleichlich schwerer sein und unvergleichlich mehr Opfer kosten. Der Kapitalismus konnte sich in Afghanistan kaum entfalten, es gab fast keine Industrie, also auch kein zahlenmäßig ins Gewicht fallendes Proletariat.«* (Arbeiterpolitik, 12.4.1980, S. 6). Mit anderen Worten: *»Auf dem Lande und besonders in den entlegenen Gebieten herrschen noch mittelalterliche Zustände des Feudalismus und Halbfeudalismus. Die ungünstigen Bedingungen von Boden, Klima, ethnischer Zersplitterung und eine geschichtliche Entwicklung, die das Land in relativer Abgeschlossenheit belassen hat, sind der Schlüssel für die im Hinblick auf eine durchgreifende Modernisierung und für eine sozialistische Entwicklung unreifen Verhältnisse«* (Arbeiterstimme, 30.3.1980, S. 50). Der Aufstieg des »modernen Sektors« war in starkem Maße Ausfluss ausländischer Finanzspritzen gewesen: In den sechziger und siebziger Jahren hatten sowohl der Osten wie der Westen auf dem Hintergrund des Kalten Krieges das Land gleichermaßen umworben.

Auf dieser Basis führte die »Intervention« von außen zu einem Aufschwung für alle jene Kräfte, die eine sozialistische Entwicklung nicht akzeptieren wollten. In dem Augen-

blick, wo eine äußere Macht mitspielte, vollzog sich schlagartig eine Entwicklung, mit der auch die Briten bereits zu kämpfen gehabt hatten: Afghanistan gilt traditionell als ein Land, welches bis in die Neuzeit hinein durch blutige Clankämpfe gekennzeichnet ist. Justament in dem Augenblick, wo ein äußerer Feind sich zugesellt, werden diese Gegensätze zurückgefahren und man agiert gemeinsam gegen den Eindringling. Die Sowjets sahen sich fortan einem immer stärker werdenden Feind gegenüber, der ihnen letztlich ihr Vietnam bescherte.

Eine wesentliche Voraussetzung des Erfolges der Mudschaheddin (Gotteskrieger) war natürlich die Unterstützung insbesondere des US-Geheimdienstes, der Geld und vor allem Waffen lieferte. Nicht ohne Stolz stellt die CIA fest: *»Die UdSSR wurde durch anti-kommunistische Mudschaheddin, welche durch die USA, Saudi-Arabien, Pakistan und andere ausgerüstet und trainiert wurden, zehn Jahre später gezwungen, sich zurückzuziehen«* (CIA, The World Factbook 2001, Stichwort Afghanistan).

Eine mindestens ebenso wichtige Voraussetzung war jedoch eine politisch-ideologische Entwicklung. Angestoßen durch die sogenannte islamistische Revolution gegen das Schah-Regime fand im gesamten Nahen und Mittleren Osten eine islamische Renaissance statt. Diese fand eines ihrer Zentren in Afghanistan. Weil dort ein Guerillakampf und zudem gegen eine besonders perfide Spezies von Ungläubigen stattfand, wurde dort dem islamistischen Glaubenskampf eine besonders günstige Nährboden geschaffen.

Die »Afghanis« wurden zu einem feststehenden Begriff: Fanatisch-überzeugte Islamisten aus allen möglichen arabischen Ländern und darüber hinaus gingen nach Afghanistan, um sich dort aktiv an den Kämpfen zu beteiligen. Etwa 35.000 Kämpfer aus 43 Ländern soll es insgesamt nach und nach im Laufe der Jahre nach Afghanistan verschlagen haben. Späterhin gingen viele dann in ihre Länder zurück, um dort als durch nichts zu erschütternde Islamisten-Missionare zu wirken. So stellten sie zum Beispiel den Kern der algerischen GIA. Oder sie führten zumindest das Leben einer Art von Kreuzzügler: Sowohl im Kosovo- wie auch im Mazedonien-Konflikt soll es auf Seiten der UCK eine ganze Gruppe von Mitkämpfern gegeben haben bzw. geben, welche ihre ursprüngliche Ausbildung in Afghanistan bekommen haben.

Der durch nichts zu erschütternde Glaube an den eigenen Sieg ließ sie in Afghanistan tatsächlich solange weiterkämpfen, bis die Sowjets sich am 15.2.1989, als ihnen angesichts der sonstigen weltweiten politökonomischen Veränderungen sowieso das Wasser bis zum Hals stand, entschieden, das blutige Abenteuer Afghanistan schlagartig zu beenden und das Land verließen.

In dem Augenblick, wo es keinen äußeren Feind mehr gab, der Druck zur Einigkeit also wegfiel, verfielen die verschiedenen politischen Strömungen sowie Volksgruppen, wiewohl sie aller irgendeiner Variante des Islamismus frönten, alsbald wieder in das altbekannte Schema: Charakteristischerweise konnte die noch von den Sowjets installierte Regierung trotz deren Abzugs weiterregieren, weil sieben verschiedene Mudschaheddin-Fraktionen mit ihrem Anhang gegeneinander kämpften. Das Land verfiel zwischen 1989 und 1994 in Chaos und Anarchie. Das hatte auch damit zu tun, dass die USA, die in den Jahren zuvor mehrere Milliarden Dollar in die Mudschaheddin-Strukturen gepumpt hatte,

nachdem ihr zentrales Ziel – die SU geschlagen – erreicht war, sich ganz schnell verdrückten. Irgendwo musste jetzt Geld her kommen, also holte man es sich von anderen Mudschaheddin-Gruppen bzw. der Bevölkerung. Am 21. April 1992 musste jene DVPA-Regierung dann endgültig aufgeben, aber es gab immer noch keine Machtgruppe im Land, welche wirklich die Oberhoheit erringen konnte.

Aufstieg der Taliban

Das war die Stunde der Taliban, deren Führer Mullah Mohammad Omar ist. Die Taliban sehen sich in der Tradition der im 19. Jahrhundert in Britisch-Indien gegen die Kolonialregierung entstandenen islamischen Reformbewegung der Deobandis. Obwohl die Taliban Sunniten sind und in einem unversöhnlichen Gegensatz zum Schiiten-Regime im Iran stehen, rührt der Begriff ›Taliban‹ von dem persischen Wort ›Talib‹ her – der Religionsschüler. Die meisten Mitglieder dieser Bewegung sind Paschtunen, die einen Dialekt sprechen, der zur persischen Sprachfamilie gehört. Obwohl ursprünglich aus Persien stammend, lebt dieses Volk heute im Nordwesten Pakistans und im Südosten Afghanistans. Dort stellen sie die größte Volksgruppe. Traditionell bildeten die Paschtunen in Afghanistan die Oberschicht, die bis 1973 das Königshaus stellten. Überall, wo es um Bildung oder Einfluss geht, sind Paschtunen besonders häufig vertreten. Trotzdem sind viele (Schätzungen sprechen von bis zu 2,5 Millionen) während des Krieges gegen die SU ins benachbarte Pakistan geflohen. Wegen der dortigen Entwurzelung suchten besonders jungen Männer ihren Halt in einer extrem fanatischen Religionsausübung in bestimmten Religionsschulen (Madrassah). Nach Einschätzung der pakistanischen Regierung gelten zehn bis 15 Prozent dieser Schulen als radikale Kaderschmieden. Mit dem Abschluss dieser Schule bekommt man aber keinen Job beim Staat und auch in der Privatwirtschaft ist das nicht so einfach. Daher müssen sie sich Arbeit und Brot in den islamistischen Institutionen besorgen.

Zudem traf es sich in dieser Situation gut, dass sowohl das Gastgeberland Pakistan wie auch die USA inzwischen wieder ein nachhaltiges Interesse daran hatten, dass sich in Afghanistan die chaotischen Verhältnisse stabilisierten. Beide Staaten hatten sich zunächst damit zufrieden gegeben, dass es den Mudschaheddin nicht zuletzt dank ihrer Unterstützung gelungen war, den Sowjets eine traumatische Niederlage beizubringen. Ansonsten war es zumindest den USA, eingeschränkt aber auch Pakistan, relativ egal, was da in Hinterindien geschah. Als aber die Kämpfe dort kein Ende fanden und die Unruhe sogar potentiell auf ganz Zentralasien ausstrahlte, sah man sich dann doch zu Gegenmaßnahmen genötigt. Insbesondere da diese Entwicklung in einer Situation, wo durch den Zusammenbruch des sozialistischen Lagers und der Abspaltung von fünf zentralasiatischen Staaten der Zugriff auf jenen Großraum erstmals seit langer Zeit wieder für den Westen offen stand, doppelt misslich war. Deshalb unterstützten sie eine Bewegung, welche die Möglichkeit zu eröffnen schien, dass in Afghanistan wieder Ruhe und Ordnung einkehrte. Die Aufgabe des Aufbaus der Taliban-Gruppe hatte der pakistanische Militärgesamtdienst ISI übernommen.

Nur eine Bewegung, die pointiert islamistisch auftrat, konnte eine Chance haben, die zerstrittenen Gruppen wieder zu einigen. Eine Bewegung etwa, die versucht hätte, an die Idee eines afghanischen Nationalstaates anzuknüpfen, hätte

in den Köpfen der kriegsmüden afghanischen Bevölkerung, niemals ein Anknüpfungspunkt für eine bessere Zukunft werden können. Der Islam eignete sich zum Hoffnungsträger für eine Einigung der Gesellschaft, weil in dem nach Stämmen organisierten Afghanistan die Moscheeprediger, die Mullahs, nie unmittelbar an den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen beteiligt waren. Allem Anschein nach hat man in Washington die sich aus einer islamistischen Bewegung ergebenden potentiellen Gefahren für gering erachtet. Zwar hatten bereits die ursprünglichen Mudschaheddin immer einen starken antiwestlichen Touch, aber in der Praxis waren sie durch die Kämpfe gegen die Sowjets absorbiert. Bei den Taliban, ging man wohl davon aus, dass sich solche Tendenzen in der afghanischen Innenpolitik neutralisieren.

Die Hoffnungen der afghanischen Völkergruppen in die Taliban

Die Unterstützung aus dem Ausland war für den Aufstieg der Taliban von Bedeutung, aber letztendlich beruhte ihr Erfolg im Wesentlichen auf der Zustimmung in der Bevölkerung, weil sie mit der Korruption und den Machtkämpfen aufräumten. Ins Bewusstsein der Öffentlichkeit traten die Taliban erstmals 1994. Die pakistanische Regierung versuchte damals mittels eines Konvois eine Handelsroute zwischen Pakistan und Zentralasien aufzubauen. Als dessen Schutztruppe agierte ein Taliban-Trupp. Bald gingen diese dazu über, ganze Gebiete besetzt zu halten. Die erste Stadt, die unter ihre Kontrolle geriet, war Kandahar im Süden Afghanistans, in der Grenzregion zu Pakistan. Damals regierten Kriminelle die Stadt. Gnadenlos räumten die Taliban auf. Es gab zwar in einzelnen Regionen zeitweise sehr harte Kämpfe, aber letztlich hatten die Taliban damals relativ schnell große Teile Afghanistans kampflos ‚erobert‘. Schon zwei Jahre später, am 27. September 1996 errangen sie die Kontrolle über Kabul und übernahmen damit endgültig die Macht in Afghanistan.

Nach dem langen Krieg gegen die Sowjets hatten die siegreichen Mudschaheddin keine Ruhe und Ordnung gebracht, sondern verschärften durch ihr Verhalten die desolate Lage sogar noch. Ihre Machtkämpfe und die daraus erwachsende immer weiter um sich greifende Korruption bestärkten in der Bevölkerung den Unmut. In der ersten Zeit ihres Auftretens wurden die Taliban häufig deshalb auch als islamische Robin Hoods betrachtet, denn sie kämpften gegen plündernde Mudschaheddin-Truppen, sorgten für ein Ende der permanenten Kämpfe und bereiteten in ihrem Machtbereich der Korruption ein Ende. Die Mehrheit der Afghanen lief zu den Taliban über und hoffte, sie brächten endlich nach 15 Jahren Krieg Ruhe und Frieden. Nach der dreijährigen Anarchie, die dem Abzug der Sowjets gefolgt war, verzieh man ihnen zunächst fast alles, wenn es nur keinen Krieg mehr gäbe.

Ein US-Reporter, der im letzten Jahr das Land bereiste, berichtete: »*Sechs Jahre nach jenem ersten unerwarteten Aufstand gegen die Banditen von Kandahar, wo man erwarten sollte, dass die Afghanen mehr als genug von jedwedem Regime haben sollten, in dessen Namen sich ihr Elend verlängert, drückten viele Menschen, mit denen ich sprach, ihre Zufriedenheit mit den Taliban aus. Warum? Ganz einfach, weil sie nicht vergessen haben, wie schlimm es vorher war*« (The New Yorker, 15.5.2000). Ein Taxifahrer erklärte ihm: »*Wenn das Leben sicherer wird, macht es mir nichts aus, wenn ich kein Radio hören darf*«. (The New Yorker

15.5.2000). Nach zwanzig Jahren Krieg war die Kriegsmüdigkeit größer als jedwede Hoffnung auf Veränderung.

Sozialökonomische Probleme

Da sich die Taliban vorwiegend als Glaubenskrieger begreifen und nicht als politische Partei, bauten sie keine eigene Verwaltung auf, sondern übten ihre Herrschaft mittels jener informellen Kanäle aus, welche sich in ihrer Entwicklungsgeschichte herausgebildet hatten, die Milizen und die Religionspolizei. Es gab es keine eigentliche Armee, sondern nur eine Koordination von Milizen.

Schon vor dem Krieg gegen die Sowjetunion war der moderne Wirtschaftssektor nur äußerst schwach entwickelt. Und nach zweiundzwanzig Jahren Krieg ist das meiste davon auch noch kaputtgegangen. Afghanistan, sowieso zu den ärmsten Ländern der Welt gehörend, ist dadurch noch tiefer abgerutscht. Allein in den Jahren 1997 und dem Ende der neunziger Jahre wurden 400.000 Afghanen von Minen getötet, die von den verschiedenen Kriegsparteien überall im Land vergraben wurden. Kabul hat eine Fläche von etwa 800 Quadratkilometern, davon sind 320 immer noch vermint. Die Analphabetenrate im Land liegt bei 65 Prozent. In den Städten haben nur 38 Prozent der Bewohner Zugang zu sauberem Trinkwasser, auf dem Land sind es sogar nur 17 Prozent. Im Durchschnitt wird kein Afghane älter als 45 Jahre. 25 Prozent aller Kinder überleben das vierte Lebensjahr nicht. Auf einer UNICEF-Rangliste entspricht das dem viertletzten Platz aller erfassten Länder. Noch weiter verschärft wurde die miserable Situation, weil das Land seit etwa zwei Jahren auch noch unter einer Dürrekatastrophe, wie sie das Land seit Jahrzehnten nicht mehr erlebt hat, leidet. Die Hälfte der 2000er Ernte ist verdorrt. Mitte 2000 waren etwa 1,5 Millionen Menschen vom Hungertod bedroht. Ein Viertel der Bevölkerung überlebt nur dank der Tätigkeit von internationalen Hilfsorganisationen. Bereits im Frühjahr dieses Jahres berichtete ein Flüchtling: »*Alles brach zusammen. Zu unserer Tradition gehört zu teilen. Wer etwas hat, gibt dem anderen ab. Doch jetzt sind ganze Ortschaften entvölkert, weil niemand mehr etwas zu teilen hat. Das gab es in der Geschichte Afghanistans noch nicht. Es ist eine große schleichende Tragödie. Afghanistan stirbt langsam*« (Hamburger Abendblatt, 2.3.2001).

Lange Zeit galt Afghanistan als der zweitgrößte wenn nicht sogar als der größte Opiumproduzent der Welt. In den letzten zwanzig Jahren soll der Drogenhandel die wichtigste Einnahmequelle des Landes gewesen sein. Aufgrund des Drucks der führenden Industrienationen, aber wohl auch weil die Taliban die Verbindung mit dem kriminellen Milieu kappen wollten, wurde im letzten Jahr der Mohnanbau verboten – denn der widerspräche dem Koran. Bernhard Frahi, Direktor des UN-Anti-Drogenprogramms im pakistanischen Islamabad erklärte: »*Es ist wirklich bemerkenswert. Falls das in Kolumbien geschehe wäre, wo die USA Milliarden von Dollar ausgeben und die Reduktion der Drogenkulturen vielleicht fünf Prozent beträgt, hätte man dafür den Nobelpreis bekommen. Aber weil es die Taliban sind, gibt es eine andere Reaktion*«. Damit fehlt dem Land eine wichtige Finanzquelle – bis zu 100 Millionen Dollar sollen afghanische Bauern pro Jahr am Mohnanbau verdient haben.

Die ökonomische Misere bestärkte wiederum die Fluchtbewegung ins Ausland. Schon im Winter 2000/2001 betrug die Zahl der Afghanen, die in pakistanischen Flüchtlingsla-

gern lebte, mehr als 1.100.000. Angesichts der Kriegsdrohung seitens der USA verstärkte sich natürlich dieser Trend. Wenn eben möglich, verließen viele Menschen zumindest die großen Städte Kabul, Kandahar und Herat und kehrten in die Dörfer zurück, weil man hoffte, die blieben von den Bombenangriffen verschont. Sehr viele versuchten, gleich das Land zu verlassen. Zwar hat Pakistan offiziell die Grenze bereits im November 2000 geschlossen, weil die Zahl der vor Hunger und Krieg fliehenden Afghanen für Pakistan einfach zu groß wurde, dennoch sollen sich bereits Mitte September rund um Peshawar etwa zwei Millionen Flüchtlinge aufgehalten haben. Auch im Iran soll es seit längerem etwa eine Million afghanischer Flüchtlinge geben.

Zusammenfassend lässt sich sagen: »(Man muss) vermuten, dass die Schwäche und die Probleme des afghanischen Staates weniger in persönlichen als in strukturellen Mängeln bestehen. Flucht und Vertreibung der gesamten Elite bewirkten eine soziale Revolution. Dorf und Stamm haben über die Stadt gesiegt (...) die traditionellen Werte von Stamm und Dorf verhindern jede Modernisierung« (Staatliches Museum für Völkerkunde/München, Tagung: Afghanistan: Land ohne Staat, München 15. bis 18.6.2000).

Der Druck des Westens auf die Taliban

Ein wesentlicher Faktor für die ökonomischen Probleme war die außenpolitische Isolierung. Mit Ausnahme von Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Pakistan war das Taliban-Regime international von keiner Regierung anerkannt worden. Die diplomatischen Vertretungen, so auch der Botschafter bei der UNO, handelten weiterhin im Auftrag des vorherigen Präsidenten Burhanuddin Rabbani und damit faktisch im Sinne der sogenannten Nordallianz.

Die Folge war, dass sich das Land – aufgrund des radikalen Islam-Verständnisses der Taliban – noch stärker zum Fluchthafen aller anderen fanatischen Islamisten entwickelte. So galt Osama bin Laden, obwohl er ursprünglich saudischer Staatsbürger war, faktisch als Verteidigungsminister der Taliban-Regierung. Zugleich ist er Chef jener international operierenden Gruppierung namens Al Kaida (Die Basis). In Afghanistan sollen ihm neben den Taliban-Milizen eine ganze Reihe von islamistischen Kämpfern aus anderen orientalischen Ländern unterstanden haben. Nach einer Quelle sollten von den 45.000 Taliban-Kämpfern etwa 12.000 aus dem Ausland kommen. Nach einer anderen Quelle sollten etwa 50 Prozent der Taliban-Kämpfer eigentlich ursprünglich aus irgendeinem arabischen Land gekommen sein (also 20- bis 25.000). Allein aus Pakistan sollen mehrere Zehntausende in Afghanistan gekämpft haben. Alle moderneren Waffen sowie die Kommunikationsmittel hätten unter der Kontrolle der Islamisten aus dem Ausland gestanden. Allein die persönliche Leibwache bin Ladens soll aus 400 Nicht-Afghanen bestanden haben.

So ungefähr ab 1997 wurde für die USA immer deutlicher, dass sich dort ein Islamisten-Regime installiert hatte, welches sich nicht damit zufrieden gab, in Afghanistan eine religiöse Ordnung aufzubauen, sondern noch viel weitergehend als so mancher ihrer Mudschaheddin-Vorgänger das Land als Keimzelle einer islamistischen Renaissance sah – nicht von ungefähr bezeichnet sich Afghanistan heute als Emirat, also als Fürstentum, welches üblicherweise Teil eines größeren Reiches ist. Infolge dieser Entwicklung wiederum kehrte sich der Westen, der die Taliban ursprünglich

unterstützt hatte, von ihnen ab und übte zumindest über die UNO Druck auf das Land aus.

Um die Auslieferung Osama bin Ladens sowie die Einstellung des Training ›anderer Terroristen‹ zu erzwingen, verabschiedete die UNO am 19.12.2000 die Resolution 1333. Fortan war im wesentlichen die Lieferung von Waffen und solcher Chemikalien verboten, die man zur Heroinherstellung gebrauchen konnte. Diese Resolution ergänzte freilich nur die ähnlich-gelagerte Resolution 1267 vom 15.10.1999, mittels deren das Taliban-Auslandsvermögen eingefroren worden war und der afghanischen Fluggesellschaft Ariana ein weltweites Flugverbot auferlegt worden war. Davor hatte die UNO bereits in den Resolutionen 1193 vom 28.8.1998 sowie 1214 vom 18.12.1998 Afghanistan massiv kritisiert.

Dieser außenpolitische Druck verstärkt dann wiederum die Radikalisierung im Innern. Insofern war diese internationale Isolation politisch betrachtet für den Westen kontraproduktiv, denn letztlich stärkte sie das Taliban-Regime. Obwohl die Taliban ursprünglich durchaus vom Westen Hilfe angenommen hatten, verstärkte sich in ihren Köpfen, aber auch in denen der allermeisten sonstigen Afghanen die Schlussfolgerung von zwanzig Jahren Krieg: Das Ausland, sei es früher der sozialistische Osten oder der kapitalistische Westen, interessiert nicht wirklich, was in Afghanistan geschieht, sondern missbraucht das Land nur als Spielball für geostrategische Interessen. Für die Islamisten gilt da prinzipiell ähnliches wie das, was ein pakistanischer General auf die Frage antwortete, warum es unter pakistanischen Militärs, die ehemals so treu an den Seiten der USA gestanden hatten, inzwischen so viele Islamisten gäbe: »Pakistan war einst das Kondom, das die Amerikaner brauchten, um in Afghanistan einzudringen. Wir haben unseren Zweck erfüllt, und die glauben, sie könnten uns einfach durch die Toilette spülen« (WoZ, 20.9.2001) Nicht ganz so pointiert formuliert, aber im Ergebnis ähnlich wird der Grund für den pakistanischen Antiamerikanismus von einem anderen Beobachter folgendermaßen auf den Punkt gebracht: »Von Washington mal hofiert, mal mit Sanktionen abgestraft: Das ist die eigentliche Wurzel des pakistanischen Antiamerikanismus. Die Schaukelpolitik der Großmacht hat den Stolz der Menschen (...) verletzt« (Die Zeit, 20.9.2001).

Einordnung der Taliban-Ideologie

Da sich die Taliban vor allem aus der Volksgruppe der Paschtunen rekrutieren, hatten sie viele andere Volksgruppen als Gegner. So auch die Nordallianz als Vertretung von Völkerschaften, die schon seit Jahrhunderten nicht bereit waren, sich der Oberherrschaft der Paschtunen unterzuordnen. Die Taliban konnten sich allein aufgrund der ideologischen und ethnischen Gegensätze nicht zu einem Frieden mit dem Norden bereit finden: Zwar leben die meisten Afghanen im Süden, aber 80 Prozent der Industrie befindet sich im Norden. Der Nord-Anteil an der Landwirtschaft beträgt zwar »nur« 60 Prozent, aber in den letzten Jahren, in denen die afghanische Landwirtschaft von einer kaum vorstellbaren Dürre geschlagen war, wurden diese Gebiete schmerzlich vermisst.

Diese gesamte Not-Situation, wie sie spätestens seit Anfang der neunziger Jahre in Afghanistan herrscht, ist Hintergrund für die harte Linie der Taliban. Das Handeln und Denken der Taliban war auf den Dschihad – den ›Heiligen Krieg‹ – ausgerichtet. Dabei ging es nicht nur in erster Linie

um den militärischen Kampf gegen die Ungläubigen, sondern um das tagtägliche Bemühen gegen die Widrigkeiten des Alltags, um ein besserer Mensch zu werden. Die Härte, welche die Taliban im Krieg zeigten, wendeten sie dementsprechend auch im Alltag an, der von den Taliban vollständig umgestaltet wurde. Das Scharia-Recht erlaubte öffentliche Hinrichtungen sowie das Abhacken bestimmter Körperteile entsprechend dem Maße des Vergehens. Fernsehen, Musik und Kino waren verboten. Frauen durften das Haus nur in Begleitung eines männlichen Familienmitgliedes verlassen. Sie mussten eine Burkha tragen, ein Kleidungsstück, das noch verhüllender als der iranische Tschador ist. Sie durften nicht in einem Beruf arbeiten. Mädchen erhielten keine Schulbildung. Ihre medizinische Versorgung war in Frage gestellt, da weibliche Ärzte kaum ihren Beruf ausüben durften.

Die politisch-gesellschaftlichen Maßnahmen der Taliban haben bis zu einem gewissen Grade im Rahmen der regionalen Kultur und der objektiven Bedingungen des Landes einen ‚rationalen‘ Hintergrund: Die Afghanen und die Taliban befinden sich in einer permanenten Notsituation und sie versuchen, auf der Basis ihrer Traditionen, einen Weg zu finden, um das ganze halbwegs erträglich zu machen: Diese rationalen Kerne ihrer Politik dürfte auch erklären, warum es bis zu den amerikanischen Bombardements so wenig Widerstand gegen diese Maßnahmen gab.

Zunächst einmal gilt es festzuhalten, »dass Rechtsverhältnisse und Staatsformen weder aus sich selbst zu begreifen sind noch aus der sogenannten allgemeinen Entwicklung des menschlichen Geistes, sondern vielmehr in den materiellen Lebensverhältnissen wurzeln« (MEW 13.8). Vieles, was heute den Taliban angelastet wird, ist in Afghanistan und Nordpakistan »Normalität«, das heißt schon vor der Herrschaft der Taliban war es gesellschaftlicher Alltag und wird auch nach ihrer Entmachtung weiterbestehen. Das beschönigt die afghanische »Normalität« keineswegs, entlarvt aber diejenigen, die die Taliban für Verhältnisse verantwortlich machen, die sie ihren Vorgängern und Nachfolgern nachsehen.

Ein britischer Reporter berichtete: »Für eine Frau ist es sehr viel wahrscheinlicher, dass dein Mann dich daran hindert, von einem männlichen Arzt behandelt zu werden, als dass die Taliban-Autoritäten das verhindern; genau das gleiche passiert nämlich auch in den Gebieten, welche von der Opposition kontrolliert werden«. Und der schon erwähnte amerikanische Reporter weist darauf hin, dass in den ländlichen Gebieten Pakistans die Frauen genauso isoliert zu Hause leben wie in Afghanistan, obwohl es in Pakistan bisher noch nicht entsprechende Gesetze gibt, aber es reicht, dass die Tradition es fordert.

Mit der Zerschlagung der Taliban ist der Staat Afghanistan dem Frieden keinen Schritt näher gekommen. Vieles spricht dafür, dass eine Balkanisierung Afghanistans bevorsteht, das heißt: ein Zerfall in viele verschiedene Herrschaftsgebiete und allein deswegen eine Fortdauer des Bürgerkrieges. Die mittlerweile kaum noch zu verdeckende Rivalität zwischen den verschiedenen Fraktionen der Nordallianz deutet an, dass in Afghanistan Verhältnisse einkehren werden, um deren Verhinderung Willen die Taliban von den USA und Pakistan vor zehn Jahren unterstützt wurden.

22.12.2001 ■

Zuwanderung nach dem Wert der Arbeitskraft

Seit Jahrzehnten wird die Frage, ob Deutschland ein Einwanderungsland sei oder nicht, mehr oder weniger heftig, in mehreren Phasen und Schüben diskutiert. Ein präziser Zeitpunkt des Beginns dieser Debatte ist, wie meist bei solchen Prozessen, nicht anzugeben, aber Kristallisationspunkte wie der Anwerbestopp für »Gastarbeiter« 1973, die Asylrechtsverschärfung von 1993 oder die Kampagnen gegen die doppelte Staatsbürgerschaft in der hessischen Landtagswahl 1999 und zur »Leitkultur« vom Herbst 2000. Mehrheitlich ist zwar nicht mehr von Nation und »Volkstum« die Rede, die durch »Überfremdung« bedroht seien, aber doch von christlich-abendländischer Kultur, von europäisch-westlicher Wertegemeinschaft oder – aufgeklärt – von »Verfassungspatriotismus«, die durch unkontrollierte Einwanderung von Menschen aus entlegeneren Kulturräumen, Moslems gar, gefährdet seien.

Diese so begründete Verweigerungsposition findet sich hauptsächlich in den Unionsparteien. Dagegen stehen wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Positionen in allen Parteien und in den Unternehmerverbänden, die inzwischen als gültiger Maßstab weitgehend durchgesetzt sind. Die in der konservativen WählerInnenschaft bewusst geschürten Resentiments sind jedoch nicht ausgeräumt, damit auch nicht die taktisch verstandene Rücksichtnahme darauf.

So wird eine weitere Argumentationsebene aufgebaut: Wenn Migration schon sein muss, dann nicht als Ein-, sondern als Zuwanderung. Weil Deutschland – im Vergleich etwa zu den USA, Kanada oder Australien – als ursprünglicher, räumlich eng begrenzter Nationalstaat zu verstehen sei, könne Zuwachs nur als notwendige und geduldete Ergänzung zur deutschen Bevölkerung organisiert werden. Dafür werden Nützlichkeitskriterien aufgestellt. Sie richten sich 1. nach dem Wert der Arbeitskraft; 2. nach der Wirkung auf die Systeme der sozialen Sicherung (Bildung, Gesundheit, materielle Grundversorgung bis hin zur Rente). Erwünscht sind diejenigen, die die Spitzenstellung bestimmter Branchen auf dem Weltmarkt absichern helfen (Green-Card-Syndrom), auf bescheidenerem Niveau auch diejenigen, die Lücken in traditionellen Sektoren des Arbeitsmarktes wie Gastronomie, Saisonarbeit, Baugewerbe etc. füllen helfen. Abgelehnt werden generell diejenigen, denen im wesentlichen eine Belastung »unseres« Sozialsystems unterstellt wird, während umgekehrt von der Zuwanderung arbeitsfähiger, junger, gesunder Menschen eine Stütze in der Finanzierung der Sozialversicherungen erwartet wird. Außerdem sollen sie gut deutsch reden, zumindest nach gewisser Zeit, und ihre Kinder nicht durch Sprachprobleme den Schulunterricht und damit die Chancen deutscher MitschülerInnen behindern.

Die Gewerkschaften fordern zweierlei: 1. Vorrangig Ausbildung und Beschäftigung der hiesigen Bevölkerung, womit durchaus auch die bereits ansässigen AusländerInnen (die ja auch Mitglieder sind) gemeint sind; 2. Einhaltung der Tarifbedingungen. Unternehmerisches Profitstreben, Marktlogik und »Standort Deutschland« werden damit jedoch nicht grundsätzlich in Frage gestellt, schon gar nicht die herrschende Auffassung, dass ein Nichtdeutscher/Nicht-EU-Bürger erstens fremd ist, zweitens so viel zählt wie sei-

ne Arbeitskraft bzw. sein Vermögen wert sind. Dies sind die Rahmenbedingungen, die auch die aktuelle Debatte bestimmen, konkretisiert im Bericht der Süßmuth-Kommission, in Stellungnahmen der Parteien und im Entwurf des Innenministeriums zu einem neuen Zuwanderungsgesetz.

Die Eckpunkte des Schily-Entwurfs

Der – zunächst vorgelegte, in Verhandlungen mit den Grünen nur leicht überarbeitete – Entwurf enthält im Wesentlichen Maßnahmen zur Modernisierung der traditionellen, repressiven deutschen Ausländerpolitik (vgl. nachfolgenden Artikel) mit der Arbeitsmigration als Kern. Dies war nach den derzeitigen politischen Kräfteverhältnissen, dem Verlauf der Diskussionen und der Organisierung des Entstehungsprozesses (die von Schily aus »gesellschaftlich relevanten« Gruppen – nicht die, die es angeht – zusammengestellte Süßmuth-Kommission unter Vorsitz einer prominenten CDU-Politikerin) nicht anders zu erwarten.

Ein zweiter Punkt ist die spezifische Anpassung an die aktuellen Verwertungsbedürfnisse des BRD-Kapitals, nämlich die krasse, systematische Ungleichbehandlung der »Hochqualifizierten« und des »Restes« bei den Bedingungen der Zuwanderung. Ein weiteres Kennzeichen ist die offensichtliche Konsenssuche mit der Opposition im Bundestag und mit den Ländern. Wie jedes wichtige Vorhaben der Bundesregierung, so soll auch dieses mit breiter parlamentarischer Mehrheit abgesichert werden, es muss also auch das konservative bis reaktionäre Wählerklientel der Unionsparteien bedient werden. Vermutlich wird gerade diese Absicht zu einer Verzögerung des Verfahrens beitragen, absehbar über den nächsten Bundestagswahltermin hinaus. Stünden die politischen Verhältnisse besser da, so könnten Linke und ausländer- bzw. flüchtlingspolitisch engagierte Menschen dies als Chance begreifen, sich in die Auseinandersetzungen noch prägend einzumischen.

Zunächst einmal ist eine Entrümpelung beim Aufenthaltsstatus vorgesehen, immerhin ein kleiner Fortschritt. Statt fünf oder sechs Aufenthaltstiteln in der Vergangenheit wird es nur noch zwei geben: Die befristete Aufenthaltserlaubnis und die unbefristete Niederlassungserlaubnis. Die Behördengänge werden vereinfacht, indem zusammen mit der Aufenthaltserlaubnis gleich die Arbeitsgenehmigung erteilt wird. Die Niederlassungserlaubnis erhalten Hochqualifizierte (zum Beispiel Ingenieure, Informatiker, Mathematiker, Führungskräfte) von vornherein.

Für die übrigen kann ein Auswahlverfahren nach einem Quotensystem eröffnet werden. Hierzu müssen die Bundesanstalt für Arbeit und ein neu zu bildendes Bundesamt für Migration zunächst pauschal den Zuwanderungsbedarf festlegen. Für die Auswahl der BewerberInnen sind entscheidend: Zunächst die Berufsausbildung und ein Arbeitsplatz; des weiteren leistungsbetonte Kriterien wie Alter, Qualifikation, Sprachkenntnisse; außerdem Beziehungen zu Deutschland und das Herkunftsland (mit letzterem soll ausdrücklich ermöglicht werden, BürgerInnen aus künftigen EU-Beitritts-

ländern zu bevorzugen, solche aus jetzigen EU-Mitgliedsländern haben bereits Freizügigkeit wie Deutsche).

Ist hiermit das Zweiklassensystem im Ausländerrecht eröffnet, so wird es mit weiteren Bestimmungen noch differenzierter ausgebaut. Der Familiennachzug soll bei den Hochqualifizierten ohne weiteres bis 18 Jahre möglich sein, bei den übrigen nur bei Einreise im Familienverband, ansonsten bis zum 14. Lebensjahr. Ausdrücklich soll mit dieser – auch als »lex anatolia« bezeichneten – Bestimmung der Nachzug erschwert werden. Sie verstößt allerdings vermutlich gegen EU-Recht und wird daher wohl gestrichen werden müssen. Bis dahin wird sie ihre Funktion erfüllt haben, die Volkstumspolitik in der CDU/CSU zu beschwichtigen. Ein »Mindestrahmen staatlicher Integrationsangebote (Sprachkurse, Einführungen in die Rechtsordnung, die Kultur und die Geschichte in Deutschland)« soll gesetzlich geregelt werden. Sicher ist es von praktischer Bedeutung und notwendig, die Sprache des Landes zu können, in dem man lebt. Doch eine so weitgehende Regelung, wie hier angedroht, öffnet einer repressiven Germanisierungspraxis Tür und Tor.

Eindeutige Verschlechterungen bringt der Entwurf für Asylsuchende und Flüchtlinge. Das Asylverfahren soll durch Abschaffung der Einzelentscheider gestrafft und dem neuen Bundesamt für Migration und Flüchtlinge unterstellt werden. Anerkannte Asylberechtigte sollen – anders als bisher – zunächst nur eine befristete Aufenthaltserlaubnis bekommen, die erst nach drei Jahren und einer erneuten Überprüfung ihrer Fluchtgründe in eine Daueraufenthaltsberechtigung umgewandelt werden kann. Angeblich »willkürlich geschaffene« Nachfluchtgründe sollen künftig eine Anerkennung ausschließen. Asylsuchende sowie als ausreisepflichtig bezeichnete Personen sollen für die gesamte Dauer ihres Verfahrens (statt bisher drei Jahre) Leistungen von 20 bis 30 Prozent unterhalb der Sozialhilfe, nämlich nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, bekommen.

»Humanitäre Bleiberechte« sollen entschlossen auf ein Minimum beschränkt werden. Das häufigste davon, die sogenannte »Duldung«, ein Aufenthaltstitel von sehr unbestimmtem Charakter für Personen, bei denen die bereits beschlossene Abschiebung ausgesetzt wurde, soll abgeschafft werden. Laut Entwurf soll unterschieden werden zwischen denen, die wegen Hinderungsgründen nicht abgeschoben werden können (zum Beispiel weil der Herkunftsstaat sie nicht nimmt oder dort ein Bürgerkrieg tobt), und denen, die ihr Abschiebungshindernis angeblich selbst zu vertreten haben (zum Beispiel weil sie ohne Papiere einreisten, was bei einer Flucht ja vorkommen soll).

Insgesamt betrifft dies etwa 250.000 Menschen, von denen die meisten nun entweder abgeschoben, in einem sogenannten Ausreisezentrum interniert oder, wenn sie so nicht leben wollen, in die Illegalität gedrängt werden. Hierunter fallen häufig Menschen, die wegen sogenannter »nichtstaatlicher«, zum Beispiel geschlechtsspezifischer Verfolgung geflohen sind (speziell diese sollen infolge Nachverhandlungen mit den Grünen nun doch Duldung erhalten).

Für Fälle von »besonderem humanitären Interesse« haben sich die Autoren des Entwurfs etwas einfallen lassen: Ein befristetes Aufenthaltsrecht kann gewährt werden, wenn die Kosten von internationalen Organisationen, zum Beispiel Kirchen, getragen werden. Diese haben das Ansinnen entrüstet zurückgewiesen, weil sie kein Ausputzer für staatliche Aufgaben seien.

Zwischen Kapitalinteresse und Stammtischpolitik

Die Generalsekretäre der Unionsparteien schickten Schily als erste spontane Reaktion Aufnahmeanträge für ihre Parteien. Es war ein Ausdruck davon, wie sehr der Entwurf ihnen entgegengekommen war, insbesondere beim Asylverfahren. Erst später besannen sich andere, wie Seehofer oder Bosbach, darauf, dass der Wahlkampf nicht mehr so ganz fern liegt. Von da an war »das, was auf dem Tisch liegt, nicht zustimmungsfähig«, weil »das Ziel, Zuwanderung zu steuern und auch zu begrenzen, verfehlt« worden sei, womit vor allem das Quotensystem für die weniger Qualifizierten gemeint war. Zweitens sei die Frage der Kosten der als Integration bezeichneten Maßnahmen nicht geklärt; im Wesentlichen solle die der Bund tragen. Dies meinten auch SPD-Innenminister und forderten darüber hinaus einen Zuzugsstopp sogenannter Spätaussiedler. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Struck rechnet deshalb damit, dass ein Gesetz in der laufenden Legislaturperiode zwar im Bundestag, aber nicht im Bundesrat verabschiedet wird.

Der Streit in der Union verläuft weitgehend, aber nicht nur zwischen den beiden Parteien. Während in der CDU eher auf die »tief greifenden Gemeinsamkeiten« mit Rot-Grün bei diesem Thema verwiesen wird, warnt die CSU, zum Beispiel Seehofer, Stoiber und Beckstein, vor der »Konsensfalle« und fordert eindeutigen Vorrang für Deutsche. Populistisch zugespitzt, sieht Stoiber bei vier Millionen Arbeitslosen »praktisch keinen Spielraum für Arbeitsmigranten«. Die Schwäche dieser Position kann von der SPD leicht vorgeführt werden: Die Unternehmerverbände stehen hinter Schilys Entwurf, melden allenfalls noch Bedarf nach mehr Niedriglohn-Arbeitsplätzen, die von Deutschen nicht besetzt würden. Hier ist das Dilemma für die Union, hin- und hergerissen zu werden zwischen den Interessen des Kapitals, als deren Partei sie gilt, und breiten Teilen ihrer Wählerschaft, bei denen die Angst vor dem Verlust ethnisch begründeter Besitzstände umgeht, gepaart mit rassistischen Ressentiments. Es drückt sich auch darin aus, dass die Zahlen für künftige Zuwanderung, die die Unternehmerverbände für nötig halten (einige Hunderttausende), weit über denen der Union liegen (eher im Zehntausender-Bereich).

Erheblich leichter hat es da die FDP, weil sie wegen ihrer kleinen, feinen, durchschnittlich besser ausgebildeten, leistungs- und marktorientierten Wählerschaft solche Rücksichten nicht zu nehmen braucht. Es soll eine »bedarfsgerechte Zuwanderung nach Maß« sein, und die Institution, die das am besten entscheiden kann, ist der Markt, in diesem Fall der Arbeitsmarkt. Zuwanderungsbedarf besteht hier nach nicht nur bei Hochqualifizierten, sondern auch in der Metall- und Elektroindustrie, beim Handwerk, in der Gastronomie, im Pflegebereich. Lediglich die bereits praktizierten Vorrangprüfungen des Arbeitsamtes zugunsten von Deutschen bzw. EU-BürgerInnen sollen als Steuerungsinstrument bestehen bleiben. Demografisch erwünscht wäre dann noch eine kleine, im voraus festzulegende Zuwanderungsquote von jungen, ausgebildeten Menschen. Die erneute Verschärfung des Asylrechts lehnt die FDP ab.

Die Verabschiedung eines Zuwanderungsgesetzes noch in dieser Legislaturperiode galt schon vor dem 11. September als unwahrscheinlich. Mit den Anschlägen in den USA ist der Ton in der Debatte noch einmal schärfer geworden. Das »Thema Missbrauch«, so CDU-Chefin Merkel, habe eine völlig neue Aktualität gewonnen, und über eine Zuwanderung

aus dem arabischen Raum kann nach Auffassung des bayerischen Innenministers Beckstein ernsthaft gar nicht diskutiert werden. Aus entgegengesetztem Motiv plädieren auch Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen für eine Verschiebung: Sie warnen davor, Zuwanderung und Terrorismus miteinander zu vermengen und durch diesen offenen Generalverdacht Ausländerfeindlichkeit zu schüren. Schily freilich sieht in einer Verschiebung oder Aussetzung des Zuwanderungsgesetzes einen »Sieg des Terrorismus«. In den sogenannten »Sicherheitspaketen«, die sich derzeit im Gesetzgebungsverfahren befinden, wurden zahlreiche ausländerrechtliche Verschärfungen vorgenommen, denen die Grünen trotz bürgerrechtlicher »Bedenken« zustimmten und womit selbstverständlich auch CDU und CSU keine Probleme haben.

Flüchtlingspolitik als Bauernopfer

Wenn Schily und die maßgeblichen Kreise der SPD mit den Unionsparteien den Konsens suchen, müssen sie ihnen etwas bieten. Da sie in der Zuwanderung von Arbeitskräften die Interessen der Unternehmer bedienen (was nicht strittig ist), müssen sie Konzessionen in der Asyl- und Flüchtlingspolitik machen. Dies stößt in den eigenen Reihen bislang nur auf bescheidenen Widerstand. Auch die Führung der Grünen versuchte die geplanten Verschärfungen im Ausländerrecht zunächst zu ignorieren und sprach von einem tragfähigen Kompromiss, bei dem eben auch Kröten zu schlucken seien. Sie kann jedoch wichtige Teile ihrer Basis nicht auf Dauer übergehen; schließlich gehörten auch die Grünen in der Opposition vor wenigen Jahren noch zu denen, die die Forderung nach offenen Grenzen unterstützen. Inzwischen sind sie RealpolitikerInnen.

Die alsbald anwachsende Kritik aus Flüchtlings-Unterstützergruppen, Verbänden wie Pro Asyl, Migrantenorganisationen, auch kirchlichen Gruppen zeigte sofort Wirkung; sie machen große Teile der grünen Wählerbasis und des Selbstverständnisses aus. Ende August stellten die sieben größten Wohlfahrtsverbände und Flüchtlingsorganisationen ihre Kritik vor. Sie bezieht sich vor allem auf die als »nicht akzeptabel« bezeichneten Verschlechterungen im Asylrecht, im Familiennachzug und in der Frage der nichtstaatlichen bzw. geschlechtsspezifischen Verfolgung. Der Protest gegen den Schily-Entwurf geht quer durch alle Landesverbände der Grünen. Der Vorschlag des Parteivorstands, das Verfahren aufzuteilen und die umstrittenen Teile zur Asyl- und Flüchtlingspolitik zu einem späteren Zeitpunkt gesondert zu verhandeln, dürfte keine Chance haben. Dieses Vorgehen würde eben genau den Kuhhandel mit CDU und CSU unterlaufen, den Schily offenbar für wichtiger hält als ein Einvernehmen mit den Grünen. Letztlich sollen die Wählerschichten bedient werden, um die die SPD mit CDU und CSU bei immer größerer Ähnlichkeit der großen Parteien konkurriert, nicht diejenigen, für die die Grünen noch wählbar sind oder gar die PDS.

Mit Blick auf die Bereitstellung von Bundeswehreinheiten für den Afghanistan-Krieg (die im November mit der parlamentarischen Vertrauensfrage verknüpft wurde) mussten Schily und die grüne Parteiführung Roth/Kuhn dann doch etwas aushandeln, was der grünen Parteibasis als Kompromiss verkauft werden sollte (in der SPD war das Ausmaß von Widerstand erheblich geringer). Die Ergebnisse waren minimal: Heraufsetzung des umstrittenen Nachzugsalters

von zwölf (ursprünglicher Schily-Entwurf) auf schlappe 14 Jahre; Anerkennung von nichtstaatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung als »kleines Asyl« (widerrufbares Aufenthaltsrecht). Nun hatten CDU/CSU erneut einen Grund für schärfste Ablehnung: Wenn nun alle Frauen der Welt, denen Genitalverstümmelung drohe, einfach einreisen dürften, so die populistische Argumentation buchstäblich unterhalb der Gürtellinie, dann sei die Begrenzung der Zuwanderung endgültig in ihr Gegenteil verkehrt. Daraufhin erklärte Schily vereinbarungswidrig, ein Rechtsanspruch auf kleines Asyl sei nicht vorgesehen. Damit ist der Stand der Verhandlungen wieder da, wo er vorher war, nämlich bei der Konsenssuche mit der CDU im Bundesrat.

Die PDS positioniert sich »als Bündnispartnerin der gesellschaftlichen Kräfte, die sich für die legitimen Interessen der MigrantInnen und Flüchtlinge« (Thesen zur Einwanderungspolitik vom 20.11.2000) einsetzen. Sie sieht Rot-Grün vor die Wahl gestellt, entweder mit der CDU/CSU eine »deutsche« oder mit ihr und den erwähnten Menschenrechtsorganisationen eine »gerechtere Lösung« zu suchen (Presseerklärung vom 30.7.2001). Doch um diese Alternative auch nur einigermaßen realistisch erscheinen zu lassen, fehlt der außerparlamentarische Druck, den auch die PDS nicht organisieren kann bzw. mit Blick auf ihre verschärften Regierungsambitionen, zunächst im Berliner Senat, später im Bund, wohl auch nur mit taktischen Hemmungen angehen würde.

Versuch der Selbstorganisation: Grenzcamp 2001

Das wichtigste Ereignis, die Kritik an der staatlichen Flüchtlingspolitik allgemein, einschließlich der neuen Entwicklung in der Zuwanderungsfrage, organisiert vorzubringen, fand im Sommer am Frankfurter Flughafen statt: das vom antirassistischen Netzwerk »Kein Mensch ist illegal (kmii)« seit 1998 jährlich veranstaltete Grenzcamp. Die Organisation wurde auf der Kasseler Documenta 1997 gegründet und umfasst die sich vorwiegend mit Rassismus allgemein, Abschiebung von Flüchtlingen insbesondere beschäftigenden Gruppen aus der autonomen Szene, aber auch »bürgerliche« Unterstützergruppen bis hin zum Wanderkirchenasyl. Vorbild der Gründung waren die französischen »Sans Papiers«, die wenige Jahre zuvor die gaullistische Regierung Juppé stürzen halfen. Im Unterschied zu dieser Organisation, die vorwiegend aus Flüchtlingen/MigrantInnen selbst besteht, ist »kmii« wesentlich ein Netzwerk deutscher Unterstützergruppen. Unter den wenigen originären Flüchtlingsgruppen ist »The Voice – Africa Forum« aus Jena die bekannteste. Inzwischen ist »kmii« auch international vernetzt.

Die drei ersten Grenzcamps fanden an der deutsch-polnischen Grenze statt. Für die diesjährige Verlegung an eine »innere« Grenze, den Frankfurter Flughafen, wurden folgende Argumente vorgebracht: 1. Es handelt sich hier um den größten Abschiebeflughafen der BRD, die Zentrale des berüchtigten Flughafenverfahrens und den Standort eines Internierungslagers für »Schüblinge« (Beamtendeutsch); 2. das Rhein-Main-Gebiet als Ballungsraum und Wirtschaftsmetropole verspricht mehr mediale und öffentliche Aufmerksamkeit als der entlegene Osten; 3. im innerstädtischen Kontrollraum gibt es die informellen Grenzen, die den Flüchtlingen, MigrantInnen und Illegalen das Leben schwer machen; 4. ein spezieller Bestandteil dieser Kontrollen ist die »Residenzpflicht«, die es Asylsuchenden während ihres

Verfahrens untersagt, sich aus ihrem Verwaltungsbereich (Landkreis, Stadt) ohne Genehmigung zu entfernen (dagegen verstößt zum Beispiel schon die Teilnahme von The-Voice-Mitgliedern am Grenzcamp). Solche Grenzcamps fanden mittlerweile auch in anderen Ländern statt, in diesem Jahr in Polen und Slowenien sowie erstmals in Spanien (Tarifa, vor der Küste Marokkos gelegen).

Das sogenannte Flughafenverfahren ist ein Schnellverfahren zur Überprüfung der Berechtigung von Asylanträgen. Seine zentrale Bedeutung beruht auf der 1993 eingeführten Konstruktion »sicherer Drittstaaten«, die eine Einreise über Land praktisch unmöglich macht. Geprüft werden lediglich die Fluchtwege, nicht -gründe. Menschen, die aus einem angeblich sicheren Herkunftsstaat oder ohne Papiere kommen, wird der Antrag zumeist als »*offensichtlich unbegründet*« abgelehnt. Schon innerhalb von drei Tagen muss der Widerspruch eingelegt sein – häufig eine Farce, weil Kenntnisse des deutschen Rechtssystems nicht vorhanden sind und eine ausreichende Beratung nicht gewährleistet wird. Bis zum Abschluss ihres Verfahrens werden die Flüchtlinge im Internierungslager festgehalten oder in einen anderen Abschiebeknast (Offenbach, Büren etc.) verbracht.

Die Bedeutung des Rhein-Main-Flughafens für die Abschiebepaxis wird an den Zahlen deutlich: Ein Drittel aller Abschiebungen aus der BRD durch die Luft, nämlich 30.000 pro Jahr, 30 bis 40 Personen im Tagesdurchschnitt, geht von diesem Airport aus. Zum Teil geschieht dies mit erheblicher physischer Gewaltanwendung, bei der in Lufthansa-Maschinen bisher zwei Menschen getötet wurden (Kola Bankole 1994, Aamir Ageeb 1999). Möglich ist die Durchführung bei solchen Zahlen nur, weil die große Mehrzahl sich eben nicht wehrt. Immerhin konnten zwei Fluggesellschaften, die belgische Sabena und kürzlich die rumänische Tarom, gezwungen werden, von diesem Geschäft abzulassen. Bei der Lufthansa steht dieser Erfolg noch aus.

Das Grenzcamp mit zirka 1500 TeilnehmerInnen dauerte eine Woche, vom 27. Juni bis 4. August. Abschiebung und Internierungslager standen im Mittelpunkt, aber auch andere Themen wie Zuwanderung, Grenzregime, Illegalität, Zwangsarbeiterentschädigung wurden bearbeitet. Aktionen am Flughafen wechselten mit solchen in der Frankfurter Innenstadt, Diskussionen an der Frankfurter Universität mit solchen im Camp. Die abschließende Demonstration zum Tor 3 des Frankfurter Flughafens, nahe dem Internierungslager, umfasste 2500 TeilnehmerInnen. Gemessen an der Ausgangsposition, nämlich eine Steigerung in der öffentlichen Aufmerksamkeit für die im Grenzcamp thematisierten Anliegen zu erreichen, ist durchaus von einem Erfolg zu sprechen. Die Presse berichtete häufiger als in früheren Jahren, auch überregional und weitgehend inhaltlich.

Arbeitsmigration und Gewerkschaften

An die breite Öffentlichkeit, insbesondere die Masse der Lohnabhängigen, kommt man so jedoch nicht heran, zumindest derzeit nicht. Der Kreis, den man mit dem Anreißen von Tabu-Themen erreichen kann, ist relativ beschränkt. Das Denken der Menschen ist nicht zu lösen von ihrer eigenen sozialen Situation. Wer sich selbst als Opfer der hiesigen gesellschaftlichen Verhältnisse und Verlierer der ökonomischen Dynamik wahrnimmt, neigt – zumal bei fehlenden politischen Alternativen – dazu, Flüchtlinge als Bedrohung zu empfinden. Für aufgeschlossener Menschen, häufig

Intellektuelle oder im sozialen Bereich Tätige, stellen Flüchtlingsschicksale eher ein humanitäres Problem dar, das wohlwollender Solidarität von außen bedarf. Die gemeinsame Klassenlage wird zu wenig thematisiert, da die offensichtlichen Unterschiede in der Ausbeutungshierarchie und in den Lebenslagen zu groß erscheinen; so zum Beispiel in der Frage der illegal hier lebenden Menschen.

Nach Schätzungen der Polizei leben bis zu einer Million Menschen ohne gültige Papiere (»Illegale«) in der BRD, allein in einer Stadt wie Frankfurt zwischen 10.000 und 20.000. Sie arbeiten als Putzfrauen, Hausangestellte, Bauarbeiter, KellnerInnen, ErntehelferInnen, Prostituierte, Kinderbetreuerinnen, Altenpflegerinnen. Diese breite Palette zeigt, dass bürgerliche Bequemlichkeit und viele mittelständische Betriebe ohne ihre billigen Dienstleistungen kaum noch auskommen. Der illegalisierte Status, die Kriminalisierung mittels unterstelltem Drogenhandel, die Angst vor Entdeckung, Ausweisung, Abschiebung liefern sie Unternehmern und Menschenhändlern aus, zwingen sie, Hungerlöhne und vortarifliche Arbeitsbedingungen zu akzeptieren. Dies wiederum verschärft die Art von Rassismus, die von Angst vor Arbeitsplatzverlust durch Niedriglohn und Schwarzarbeit genährt wird.

Ein Blick in die USA zeigt, dass dies nicht zwangsläufig ist: Dort sind Gewerkschaften – ungeachtet des scharfen staatlichen Grenzregimes gegenüber der mexikanischen Seite – dazu übergegangen, MigrantInnen zu organisieren und deren Legalisierung zu fordern (vgl. Arpo Nr. 4/1996). In Deutschland gehört die IG BAU zu den am stärksten betroffenen Gewerkschaften, nicht nur durch Beschäftigung von »Illegalen«, sondern zum Beispiel auch durch Werkverträge mit osteuropäischen Firmen. Der gesetzliche Mindestlohn wird regelmäßig unterschritten. Bauarbeiter werden zu einem Dumpinglohn beschäftigt, der ihnen am Maßstab ihrer Herkunftsökonomie attraktiv erscheint. Bekommen sie erst einmal mit, dass sie praktisch betrogen werden, und stellen sie Forderungen oder treten gar in die IG BAU ein (wie zum Beispiel an der Baustelle der ICE-Trasse Frankfurt-Köln), so tauscht der Unternehmer sie aus.

Befangen in der traditionellen Sozialpartnerschaft, versuchen die Vorstände der DGB-Gewerkschaften, diese Probleme durch Forderungen an den Staat zu lösen: Entsendegesetz im Baugewerbe, Vergabegesetz in der öffentlichen Verwaltung (Bauaufträge, Nahverkehr), Übergangsregelungen bei der EU-Osterweiterung, Vorrang bei Ausbildung und Einstellung für im Lande lebende Arbeitskräfte (Deutsche, EU-BürgerInnen, AusländerInnen mit ordentlicher Aufenthaltsgenehmigung). Das Problem ist nicht darin zu suchen, dass Gewerkschaften etwa AusländerInnen, die hier ordentlich gemeldet sind, nicht als Mitglieder akzeptieren. Es ist vielmehr der Legalismus im Umgang mit Arbeitsmigration. Der Gesetzgeber soll Regeln – im nationalstaatlichen oder EU-Rahmen – aufstellen, und alle Seiten sollen sich daran halten. Die erwähnten Beispiele zeigen, dass das nicht funktioniert; die Regeln werden unterlaufen und durch immer neue Entwicklungen in der EU und auf dem Weltmarkt ausgehebelt.

Daneben bleibt der Rassismus unter Mitgliedern virulent. In den letzten Jahren haben Studien zum Beispiel darauf hingewiesen, dass unter Jugendlichen, die einer Gewerkschaft angehören, Ausländerfeindlichkeit nach Prozenten öfter vorkommt als bei Nichtorganisierten. Der Hauptvorstand der IG

BAU hat eine Projektgruppe eingesetzt, die Aktivitäten gegen den Rechtsextremismus koordiniert; dazu gehört ein Bildungsprogramm mit Betriebsräten, Ausbildern und Berufsschullehrern. Wichtig ist, dass den Worten auch Taten folgen, wie zum Beispiel im Bereich der IG-Metall-Verwaltungsstelle Elmshorn (vgl. Arpo 1/2001, S. 31), wo konkrete Antifa-Arbeit mit der Stärkung betrieblich-gewerkschaftlicher Strukturen verbunden wird. Praktische Erfahrungen und inhaltliche Orientierungen in gesellschaftlichen Fragen bringen mehr als Mahnungen zur Toleranz nach dem Motto: »Mach' meinen Kumpel nicht an!« Mindestanforderungen sind die Verteidigung tariflicher Standards und Arbeitsschutzrechte, die rechtliche und materielle Gleichstellung aller hier lebenden Menschen und ein substantielles Asylrecht.

■ ZUWANDERUNG, EINWANDERUNG, MIGRATION

Ausländerpolitik in Deutschland zwischen Kapitalinteressen und »Überfremdungsangst«

Das Thema Zuwanderung, Einwanderung, Migration ist so alt wie der bürgerliche Nationalstaat, so auch in Deutschland. Von Weltoffenheit, »multikultureller« Gesellschaft, Verantwortung für Flüchtlingsschicksale etc. war zumeist jedoch nicht die Rede, allenfalls als sozialpolitische Phrase. Vorherrschend war und ist vielmehr das Interesse des Kapitals an Arbeitskraft. Das pauschale Ausmaß einer im Inland bestehenden Arbeitslosigkeit (»industrielle Reservearmee«) spielt dabei im Grunde keine Rolle, entscheidend sind vielmehr die Struktur des Arbeitsmarktes und die Bedürfnisse der verschiedenen Kapitalfraktionen. Hinzu kommen politische Konflikte. Durch die Ausländerpolitik der Reichs- bzw. Bundesregierungen in Berlin – Bonn – Berlin zieht sich der rote Faden einer Gratwanderung bzw. Schwankung zwischen zwei häufig gegensätzlichen, sich in der Wirkung ergänzenden Polen: Den ökonomisch bedingten Anforderungen des Kapitals nach zusätzlich benötigten Arbeitskräften und außerökonomischen, nationalstaatlich bis rassistisch begründeten Abgrenzungsinteressen auf den verschiedenen Ebenen der Klassengesellschaft.

Hierzu zählen in der herrschenden Klasse politische Großmachtambitionen, die seit der in der Gründung des Deutschen Reiches 1871 abgeschlossenen Nationalstaatsbildung in Deutschland wirksam wurden. Die Konkurrenz zu den älteren Nationalstaaten in Westeuropa, die mit der Bildung großer Kolonialreiche zu Weltmächten geworden waren, sowie dem anfänglich befreundeten riesigen Zarenreich im Osten ist häufig als deutscher »Sonderweg« interpretiert worden, erklärt sich jedoch hinreichend aus den inneren Klassenverhältnissen sowie dem Zwang, als imperiale Spätgeburt in der aufgeteilten imperialistischen Welt sich einen Spitzenplatz erst erkämpfen und durch Bildung eines eigenen, gegen Großbritannien gerichteten Machtblocks behaupten zu müssen. Als der erste Griff zur Weltmacht scheiterte und der zweite unter ökonomisch ungünstigeren Umständen unternommen wurde, verschärfte die rassistische Ideologie des Nazi-Regimes die Anspannung aller inneren Kräfte auf den »Endsieg«, verbunden mit der »Endlösung« der sogenannten Judenfrage. Erst die reale Erfahrung

Zuwanderung nach dem Schily-Entwurf, in der Fortsetzung traditioneller Ausländerpolitik, löst keine Probleme, sondern trägt zur Verfestigung von Aufspaltungen in der Arbeiterklasse bei. Maßstab ist der Wert der Arbeitskraft, Methode die Entsolidarisierung durch unterschiedliche Rechtspositionen und relative Vergünstigungen. Kein Kuhhandel auf der Ebene des »Bündnisses für Arbeit, Wettbewerb(!) und Ausbildung« oder der betrieblichen Sozialpartnerschaft wird im Grundsatz daran etwas ändern. Die Rückbesinnung auf Kernfragen der gewerkschaftlichen Organisierung – Klassengegensatz zum Kapital, Aufhebung der Konkurrenz unter Lohnabhängigen – ist der einzige Weg, auch wenn zur Zeit wenig davon zu sehen ist. 18.11.2001 ■

der zweimaligen katastrophalen Niederlage brachte den deutschen Imperialismus dazu, seine Interessen nunmehr im Verbund mit den großen westeuropäischen kapitalistischen Staaten und in der Unterordnung unter das weit überlegene Potenzial der USA zu verfolgen, sowohl in der Ära der Blockkonfrontation gegen das damalige sozialistische Lager als auch aktuell in der Behauptung der kapitalistischen Weltordnung gegen die benachteiligte Peripherie außerhalb der Wohlstandszonen Westeuropas und Nordamerikas.

Unterhalb der Herrschaftsebene gab es hierzu entsprechend Erwartungen, durch einen starken National- und Sozialstaat ökonomische Vorteile genießen zu können. Im selbständigen Kleinbürgertum etwa bezieht sich dies auf Hoffnungen, von einer wirtschaftsliberalen »Mittelstandspolitik« profitieren zu können, bis hin zu Forderungen, »deutsche« Waren zu kaufen, die im Dritten Reich zur Parole »Kauft nicht bei Juden!« wurden. Auch in der Arbeiterklasse, soweit diese unter Druck geriet und hierauf nicht mit konsequentem Klassenkampf gegen die Unternehmer zu antworten bereit war bzw. ist, reicht die entsprechende Palette von der Forderung »Arbeitsplätze zuerst für Deutsche« bis hin zu offenem Rassismus. Es handelt sich hierbei offensichtlich um den Versuch, sich über Nationalität bzw. »Rasse« außerökonomisch Positionen zu sichern oder zu verschaffen, die in der auf dem Rücken der Lohnabhängigen ausgetragenen kapitalistischen Konkurrenz verloren gehen oder nicht zu halten sind. Offener Rassismus geht hierbei weit über schlichten Arbeitsplatz-Egoismus hinaus, wenn der »Andere« nicht nur als Konkurrent betrachtet, sondern als »minderwertig« diffamiert wird. In der Wahl seiner »Objekte« unterliegt dieser Rassismus einem historischen Wandel: Während »südosteuropäisch« oder »farbig« erscheinende Menschen heute noch mit Diskriminierung konfrontiert sind, werden Polen, Russen etc. nicht mehr in dem Maße als »Untermenschen« diffamiert wie etwa im Nazi-Reich, und auch die Einstellung gegenüber ItalienerInnen hat sich inzwischen durch die EU merklich verändert.

Abgrenzungsmechanismen dieser Art, auch die »harmlosere« Variante (»Arbeitsplätze zuerst für Deutsche«)

schwächen selbstverständlich die Arbeiterbewegung. Sie sind Spaltungslinien innerhalb der Lohnabhängigen (in Betrieben und Gewerkschaften) und hindern sie daran, die kapitalistische Ökonomie als die eigentliche Ursache ihrer Probleme (zum Beispiel Arbeitslosigkeit, Lohnrückerei) wahrzunehmen und deren Vertreter – Unternehmer und die ihnen verpflichteten bürgerlichen PolitikerInnen – als die eigentlichen Gegner anzusehen.

Kaiserreich: Umbruch zum Industriestaat

Die Zuwanderung billiger Arbeitskräfte erscheint in der historischen Rückschau als soziale »Unterschichtung« der bereits ansässigen Arbeiterschaft und hatte für diese zumeist mehrdeutige Folgen: Zum einen eröffneten sich für deutsche Lohnabhängige Aufstiegschancen in die wachsende Schicht der Fach- und Vorarbeiter, Meister und technischen Angestellten; zum anderen sah sich das untere Drittel oder Viertel, dem dies nicht vergönnt war, einer verschärften Konkurrenz durch den Einsatz von »Lohnrückern« und »Streikbrechern« seitens der Unternehmer gegenüber. Eine entscheidende Voraussetzung hierfür war, die »importierten« Arbeitskräfte im allgemeinen deutlich schlechter zu stellen als die inländischen.

In den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts waren es vor allem die Probleme der ostelbischen Landwirtschaft mit dem zunehmenden Konkurrenzdruck vom amerikanischen Doppelkontinent, die zur kapitalistischen Umstrukturierung zwangen. Die dadurch notwendige Verbilligung der Arbeitskosten führte in arbeitsintensiven Bereichen, vor allem Hackfruchtkulturen wie dem Zuckerrübenanbau, zur Umstellung auf Saisonarbeit. Weil nun viele deutsche Arbeitskräfte zu dieser unsicheren und schlecht bezahlten Existenz nicht bereit waren, zu der sie Alternativen in der Industrie vorzogen, wurden bevorzugt Polen angeworben, und zwar möglichst aus den grenznahen Gebieten des Russischen Reiches und Österreich-Ungarns (ein polnischer Staat existierte damals nicht). Die Anwerbung wurde schon damals vom Staat unterstützt und geregelt.

Eine scharfe innenpolitische Debatte wurde zum Thema »Überfremdung« geführt. Insbesondere von der polnischen Nationalität fühlten sich Gralshüter der völkischen Reinheit, wie der Alldeutsche Verband und der Kolonialverein, herausgefordert und bedroht. Das preußische Ausländerrecht traf daher die russisch-polnischen und galizischen Arbeitsmigranten mit voller Härte, »*bei der Staatsangehörigkeit und sozialer Status zu Kriterien repressiver staatlicher Regulierung wurden*« (Ulrich Herbert, *Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland*, München 2001, S. 37). Die Auslandspolen befanden sich auf der untersten Ebene einer durchkalkulierten Hierarchisierung – eine Praxis, an die später die Nazis mit ihrer Ideologie vom »slawischen Untermenschen« anknüpfen konnten.

Während die polnischen Bewohner der preußischen Provinzen Westpreußen und Posen als deutsche Staatsbürger behandelt werden mussten, wurden die sogenannten Auslandspolen unter Sonderrecht gestellt, das einerseits Produkt einer antipolnischen »Abwehrpolitik« war, andererseits soziale Kosten für diese Arbeitskräfte auszuschließen hatte. Arbeiter aus Russisch-Polen und dem österreichischen Galizien durften grundsätzlich nur ohne Familienanhang kommen, um eine »Sesshaftmachung« zu verhindern. Sie mussten sich einer »Inlandslegitimierung« unterwerfen, das

heißt Arbeitspapiere mit sich führen, aus denen ihre Staatsangehörigkeit und ihr »Arbeitgeber« zu ersehen waren. Nach einem Erlass von 1890 unterlagen sie einem Westwanderungsverbot, das ihnen untersagte, die vier östlichen Provinzen Preußens in Richtung Westen zu verlassen, sowie einer »Karenzzeit«, die sie zwang, nach Ende der Arbeitssaison in ihre Heimatländer zurückzukehren. Diese Bestimmungen lieferten sie ihren »Arbeitgebern« aus und machten gewerkschaftliche Organisierung nahezu unmöglich.

Die deutsche und preußisch-polnische Landbevölkerung zog die Abwanderung in die Industrieregionen des Ruhrgebietes, Oberschlesiens u.a. vor, wo sie häufig im Bergbau arbeitete. Der Einsatz von auslandspolnischen Arbeitern war hier durch das Westwanderungsverbot illegalisiert, doch die Kontrolle über polnische Arbeiter verschiedener Staatsangehörigkeit war schwierig. Die Ausländerbeschäftigung in der Industrie (neben den Polen v.a. Italiener und andere Westeuropäer) nahm aber erst um die Jahrhundertwende allmählich zu, und seitdem führten vor allem die Montan- und die Textilindustrie einen Kampf um die Abschaffung von Beschäftigungsverboten. Die Motive waren schon damals: Unterlaufen der Tarifbindung, der Sozialkosten und des Arbeitsschutzes; Einführung von Niedriglöhnen; Spaltung des Arbeitsmarktes und der Betriebsbelegschaften in Arbeitskräfte mit unterschiedlichen Rechten; Arbeitsmigranten als »Konjunkturpuffer«, die man heimschicken konnte, wenn es mal nicht so lief.

Ausländische Arbeitskräfte wurden vor allem im Bergbau, in Hüttenbetrieben, im Baugewerbe, in Steinbrüchen und Ziegeleien eingesetzt. In der gesamten Industrie lag ihre Zahl im Jahre 1907 bei einer halben Million (4,4 Prozent der elf Mio. Industriearbeiter; zum Vergleich: in der Landwirtschaft waren es fast 300.000 von insgesamt fast zehn Mio. Erwerbstätigen). Sie verrichteten erwartungsgemäß zunächst die Arbeiten, für die einheimische Arbeiter nicht mehr so leicht zu bekommen waren. Im Laufe der Zeit trat freilich ein für Arbeitsmigration typisches Phänomen ein, das nationalistische Kreise durch die Bestimmung der Karenzzeit und des Familiennachzugsverbotes zu verhindern trachteten. Die erste Generation ging davon aus, in der »Fremde« für eine gewisse Zeit Geld zu verdienen und dann mit den Ersparnissen zurückzukehren. Folglich blieben sie unter sich, sprachen kaum Deutsch, nahmen mit üblen Wohnverhältnissen Vorlieb usw. Als Maßstab galten ihnen die sozialen Verhältnisse ihrer Herkunftsländer und ihre Rückkehrabsicht. Allmählich jedoch, besonders wenn sie sich eben doch durch Familiennachzug auf Dauer einzurichten trachteten, passten sie ihre Ansprüche denen der deutschen Kollegen an. Das bekannteste Beispiel ist die Geschichte der »Ruhrpolen«: Nachdem sie lange unter sich geblieben waren und ihre eigene Kultur gepflegt hatten, stellte sich ihnen bei der Gründung des polnischen Staates 1918 die Entscheidung. Zwei Drittel kehrten nach Polen zurück, der Rest blieb und ging in der Ruhrgebietsgesellschaft auf.

In den Gewerkschaften kämpften zwei Linien: Konsequente Internationalisten traten für vorbehaltloses Öffnen der Grenzen ein, die andere Seite, insbesondere Gewerkschaften aus Branchen mit hohem Ausländeranteil, verlangte Schutzmaßnahmen gegen »Lohnrückern« und »Streikbrechern«. Vor allem die Baugewerkschaft forderte in scharfen Tönen »*eine rein deutsche Arbeiterpolitik*«, die insbesondere gegen die angebliche Bevorzugung der Italiener zu rich-

ten sei. Die Unternehmer schürten solche Stimmungen, indem sie ihre Streikbrecher durch Polizeibewachung von den deutschen Kollegen isolierten. Versuchen, die ausländischen Kollegen zu organisieren, war nur geringer Erfolg beschieden. Dies lag jedoch auch an der Rückkehrabsicht der meisten Wanderarbeiter, die sie von einem auf längere Sicht angelegten Engagement abhielt. Letztlich blieb für die Gewerkschaften die Forderung nach einem Vorrang der inländischen Arbeitskräfte zentral. Im Arbeitsnachweisgesetz von 1922 konnten sie dieses Ziel durchsetzen. Die Funktion von ausländischen Arbeitskräften als Konjunkturpuffer war damit auf Druck von Gewerkschaften zum ersten Mal gesetzlich geregelt.

Zwangsarbeit in zwei Weltkriegen

Mit Beginn des Ersten Weltkriegs wies das preußische Kriegsministerium die Militärbehörden an, Saisonarbeiter aus dem »feindlichen Ausland«, in erster Linie aus Russisch-Polen, an der Heimreise zu hindern und zur Einbringung der Ernte zu verpflichten. Damit setzte das Ministerium eine Dynamik in Gang, die erstmalig zur umfassenden Heranziehung von ausländischen Zwangsarbeitern, einschließlich Kriegsgefangenen, führte. Zwar waren ausländische Arbeitskräfte auch vorher schon einem Sonderregime unterworfen; nun kam jedoch dazu, dass sie das Reichsgebiet nicht mehr verlassen durften und teilweise kaserniert wurden. Vor allem aber galten sie nun als »feindliche Ausländer«, und so wurde während des Krieges in der Öffentlichkeit, mit Ausnahme von linken Sozialdemokraten, Gewerkschaftern und polnischen Interessenvertretern, nicht mehr über die Berechtigung dieser Sonderbehandlung diskutiert, so dass ein gewisser Schutz gegen Verschärfung des Ausländerrechts wegfiel. Nur das Völkerrecht ließen die Behörden des Kaiserreiches nicht ganz außer Acht, um etwa den USA keinen Vorwand zum Kriegseintritt zu liefern (ähnlich wie beim U-Boot-Einsatz).

Die Zwangsarbeit russisch-polnischer Landarbeiter erschien im Bewusstsein der deutschen Landbevölkerung zunächst als simple Fortsetzung traditioneller Saisonarbeit (ein Sachverhalt, auf den später Graf Lambsdorff in der zynischen Absicht hinwies, polnische Landarbeiter von Entschädigungen für die Zwangsarbeit im Zweiten Weltkrieg auszuschließen). Gerade diese Auffassung bezüglich der ohnehin repressiv organisierten Ausländerbeschäftigung und der diskriminierende, bestenfalls jovial-patronale Rassismus gegenüber polnischen Landarbeitern in den preußischen Ostprovinzen erleichterten den Übergang zur kriegsmäßig organisierten Zwangsausbeutung im gesamten Reichsgebiet. Diese war schon deswegen notwendig, um die Soldaten als Arbeitskräfte zu ersetzen. Für die Unternehmer wurde aber Zwangsarbeit erst dann ein Geschäft, wenn ausländische Arbeitskräfte deutlich niedrigeren Lohn bekamen als ihre deutschen Kollegen, was anfangs durchaus nicht der Fall war. Ein zweites Problem bestand darin, dass die zivile Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte, zum Beispiel aus Belgien, den Bedarf bei weitem nicht zu decken vermochte, Zwangsdeportationen, zum Beispiel Juden aus Osteuropa, aber wegen der Proteste neutraler Staaten und der USA wieder aufgegeben wurden.

Insgesamt sind während des Krieges zirka 1,5 Mio. Kriegsgefangene und 600.000 Zivilarbeiter eingesetzt worden. Dabei zeigte sich, dass die Erfahrungen mit der Verwen-

dung von ausländischen Zwangsarbeitern nicht so günstig waren. Zwar wurde deutlich, dass massenhafte Zwangsarbeit durchaus als erfolgversprechende Möglichkeit und als Alternative zum freien Arbeitsmarkt herangezogen werden konnte. Dies hätte jedoch total und in großem Stile durchgeführt werden müssen, ohne Rücksicht auf die Haltung der innenpolitischen Opposition, insbesondere der organisierten Arbeiterbewegung, und die Kritik aus dem Ausland. Dafür fehlten im Kaiserreich die Voraussetzungen auch unter der diktatorischen Führung Ludendorffs und Hindenburgs. So wiesen zum Beispiel schon 1915 die Militärbehörden auf zahlreich eingehende Klagen über Missstände in der Ausländerbeschäftigung hin, und im November 1916 fasste ein polnischer Reichstagsabgeordneter diese in einem Schreiben an das preußische Innenministerium zusammen. Aus diesen Beschränkungen und Bedenken im Ersten Weltkrieg zogen die Nazis später ihre spezifischen Schlüsse, als sie den totalen und umfassenden Einsatz von Zwangsarbeit zu organisieren begannen.

Die zahlenmäßigen Schätzungen des Einsatzes von Zwangsarbeitern einschließlich Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen durch das Nazi-Regime im Zweiten Weltkrieg reichen von zehn bis 15 Mio. Menschen (im August 1944 waren etwa 7,6 Mio. »registriert«). Sie kamen aus nahezu allen Ländern Europas, die während des Krieges besetzt wurden, und wieder mussten polnische Landarbeiter den Anfang machen. Die Behandlung der ZwangsarbeiterInnen sollte sicherstellen, dass die Produktion unter Kriegsbedingungen mit ausländischen Arbeitskräften weiterlief, gleichzeitig aber Grundsätze der rassistischen Ideologie nicht verletzt wurden. *»Ein umfangreiches System von Repression sollte gewährleisten, dass die massive Beschäftigung von »Fremdvölkischen« im Alltag der Deutschen nicht zu sehr auffiel oder gar die »Blutreinheit« des deutschen Volkes bedroht wurde: Kontakt mit Deutschen außerhalb der Arbeit war verboten, sexuelle Kontakte mit deutschen Frauen wurden mit öffentlicher Hinrichtung der beteiligten Polen geahndet.«* (Arpo Nr. 2/1999, S. 25).

Auch unter der Nazi-Herrschaft folgte das System der Zwangsarbeit keiner ursprünglichen, ausgereiften Planung, sondern entwickelte seine Dynamik entsprechend der Kriegereignisse. Es war jedoch auch kein einmaliger Betriebsunfall der deutschen Geschichte, sondern hatte in ihr seine Voraussetzungen: *»Das (im Verlauf des Krieges) herausgebildete System der Zwangsarbeit ... hatte mit der Beschäftigung von Saisonarbeitern nur noch wenig gemein, vor allem wenn man die Situation der betroffenen ausländischen Arbeiter selbst betrachtet. Aber es war daraus hervorgegangen. Der nationalsozialistische Ausländereinsatz war nicht die einzige, aber eine mögliche Fortsetzung und radikale Konsequenz aus den vorherigen Entwicklungen und Traditionen.«* (Herbert, Ausländerbeschäftigung, S. 187). Dennoch war der Einsatz von »FremdarbeiterInnen«, insbesondere der von »Juden« und »Ostarbeitern« (das heißt Russen), auf der ideologischen Ebene heftig umstritten. Es ging um den Primat von Rassismus, »Politik«, Wirtschaft oder Kriegsführung und um die entsprechenden Machtkämpfe in der Hierarchie.

Konflikte dieser Art auf der Herrschaftsebene von Partei, SS, Staat, Militär und Wirtschaft wurden pragmatisch gelöst. Es waren die einzigen wirklich relevanten Widersprüche, da mit der Zerschlagung der Arbeiterbewegung und der bürger-

lichen Demokratie jeder mögliche Widerstand illegalisiert war. Den Alltag der deutschen Bevölkerung berührte die Lage der Ausländer in Deutschland offensichtlich kaum, jedenfalls weniger als ihr eigenes Überleben in den Bombennächten im Zeichen der Niederlage des Nazi-Regimes. Im Grunde unterschied sich die rassistische Ausbeutungs- und Vernichtungsstrategie der Nazis von den unter der deutschen Bevölkerung vorherrschenden Ressentiments und Vorurteilen, zumindest gegenüber bestimmten Ausländergruppen, nur durch die radikale Zuspitzung. Außenpolitisch wurde mit fortwährender Dauer des Krieges keine Rücksicht mehr genommen. Die Totalisierung des Zwangsarbeitersystems nahm daher gerade mit dem Überfall auf die Sowjetunion, insbesondere nach der Niederlage der faschistischen Truppen in Stalingrad die Formen an, die seit Beginn der Entschädigungsdiskussion einer breiteren Öffentlichkeit bewusst gemacht wurden (vgl. hierzu ausführlich Arpo Nr. 2/1999).

BRD I: Von »Gastarbeitern« zum Anwerbestopp

Die Ausländerbeschäftigung in der neu gegründeten BRD fand unter außen- und nationalpolitisch völlig veränderten Bedingungen statt, aber nicht als voraussetzungsloser Neuanfang (auch hier keine »Stunde Null«). Den aus der Zwangsarbeit gezogenen Profit hatte das (west-)deutsche Kapital in den restaurierten BRD-Kapitalismus hinübergerettet, und die Kriegszerstörungen hatten die Produktionskapazitäten nur unwesentlich getroffen, sieht man von spezifischen Bereichen wie den Transportwegen einmal ab. Unter dem Strich war das Brutto-Anlagevermögen im Laufe des Krieges sogar gewachsen, und der Maschinenpark befand sich auf einem modernen Stand. Die zahlenmäßigen Verluste in der Erwerbsbevölkerung – Kriegstote, heimkehrende Zwangsarbeiter – wurden weitgehend ausgeglichen durch diejenigen, die infolge des verlorenen Expansionskrieges frühere preußische Ostprovinzen, die tschechische Grenzregion und weite Gebiete in Osteuropa nunmehr verlassen mussten. Hinzu kamen später UmsiedlerInnen – oft mit guter Ausbildung – aus der DDR. Als diese Quelle mit dem Mauerbau versiegte, stand das expandierende westdeutsche Kapital erneut vor der Frage, ausländische Kräfte anzuwerben.

Doch schon in den fünfziger Jahren, als die Ausländerbeschäftigung nur eine geringfügige Rolle spielte, knüpfte Bonn nahtlos an die alten Grundsätze und Verfahrensweisen an, zum Beispiel durch Wiederinkraftsetzung von Nazi-Regelungen wie der »Ausländerpolizeiverordnung« von 1938. Das erste Anwerbeabkommen wurde schon 1955 trotz der noch hohen Arbeitslosigkeit (zirka sieben Prozent) mit Italien abgeschlossen – über Arbeitskräfte für die Landwirtschaft. Der Protest der Gewerkschaften wurde mit den Argumenten übergangen, dass die innerdeutschen Arbeitsmarktreserven nicht dort vorhanden seien, wo sie gebraucht würden, die Leute zu unflexibel und zu notwendiger Mehrarbeit nicht bereit seien. Es ging um den Zugriff auf billige Arbeitskräfte für Saisonarbeit mit allen ihren Nachteilen. Doch das Italienabkommen erwies sich zudem als Türöffner zu einem Zeitpunkt, zu dem von massenhafter Arbeitsimmigration noch nichts zu sehen war. Die Gewerkschaften bestanden demgegenüber auf tarifmäßigen Löhnen und Arbeitsbedingungen.

1959 betrug die Beschäftigung von Italienern gerade 50.000 Personen, davon die meisten in der Landwirtschaft. Doch nun kamen mehrere Faktoren zusammen, die die

Erhöhung der Anwerbezahlen und Ausdehnung auf weitere europäische Nationen notwendig machten: 1. Die Vollbeschäftigung wurde (vorübergehend) erreicht; 2. die Zahl der westdeutschen Erwerbstätigen sank aufgrund der kriegsbedingt geburtenschwachen Jahrgänge, Verkürzung der Wochen- und der Lebensarbeitszeit, Verlängerung der Ausbildungszeit; 3. der Mauerbau verstopfte das Arbeitskräfte-Reservoir aus der DDR; 4. die Unternehmer waren unter diesen Bedingungen nicht in der Lage, die Produktion auszuweiten. So wurden in rascher Folge neue Anwerbeverträge geschlossen: Griechenland, Spanien (1960), Türkei (1961), Portugal (1964), Jugoslawien (1968).

Eine öffentliche, strategische Debatte in dem heutigen Sinne, zum Beispiel über das Ausmaß notwendiger Zuwanderung, gab es nicht, auch nicht darüber, wie mit den »Gastarbeitern« umzugehen sei. Man stellte Kosten und Nutzen gegeneinander: Die arbeitenden Ausländer stellten in der Regel die Arbeitskraft ihrer besten Jahre zur Verfügung, lebten hier solo, sparsam und unauffällig und kehrten anschließend zurück. Sie verursachten keine Ausbildungs-, Kranken- oder sonstige Sozialkosten, stützten die Renten durch ihre Sozialbeiträge und trugen durch ihre Sparquote noch zur Preisstabilität bei. Sie wohnten quasi-kaserniert in den übelsten Verhältnissen, belasteten also kaum die Wohnungsbaukapazitäten und ließen sich bereitwillig durch große und kleine Miethäuser ausplündern. Sie erledigten schwere, schmutzige Arbeiten, häufig im Akkordlohn: 1966 betrug der Arbeiteranteil unter ihnen 90 Prozent (Deutsche: 49 Prozent), die höchsten Quoten gab es im Baugewerbe, im Bergbau, in der Metallindustrie und der Müllabfuhr.

Legitimiert wurden diese Zustände durch das Hervorheben von Vorteilen für alle beteiligten Seiten: 1. Für die Bundesregierung – Wachstum und Preisstabilität; 2. für die Unternehmer – Beschaffung von billigen Arbeitskräften als Gegenmittel zu den durch Vollbeschäftigung bewirkten Lohnsteigerungen; 3. für die Gewerkschaften – die zusätzliche Beschäftigung als Argument für Arbeitszeitverkürzung; 4. für die Herkunftsländer – »Entwicklungshilfe« in Form bestimmter Transfers, zum Beispiel Devisen und Qualifikationen; 5. für den Weltfrieden – ein Beitrag zur Völkerverständigung und zur europäischen Integration. Hier liegt wohl das eigentlich Neue, nämlich die innen- und außenpolitische Konsenssuche, beides als Reflex der Nazi-Vergangenheit und der beiden verlorenen Weltkriege. Die Betonung der völkerverbindenden Wirkung von Ausländerbeschäftigung sprach jedoch den geschichtlichen Erfahrungen Hohn und blieb eine Phrase, da eine wirkliche Auseinandersetzung mit dieser Vergangenheit und den tatsächlichen Motiven der Ausländerbeschäftigung unterblieb. Auch die Gewerkschaften taten sich lange Zeit schwer mit der Integration der »Gastarbeiter« in ihre Mitgliedschaft.

Wie wenig sich tatsächlich geändert hatte, zeigte sich an der wie selbstverständlich fortdauernden Erwartung, dass die »Gastarbeiter« spätestens nach Verschleiß ihrer Arbeitskraft zurückkehren würden und sich bis dahin als »Konjunkturpuffer« und zur Lohndämpfung einsetzen lassen würden. Die offen rassistischen, volkstumpolitischen Katastrophenbeschwörungen der Kaiser- und Nazi-Zeit, die das Bild der »demokratisch geläuterten« Deutschen demaskiert hätten, wurden lediglich durch demografische oder kulturpolitische Abgrenzungsrhetorik ersetzt. Das Ausländerrecht folgte dieser Vorgabe mit der Bestimmung des auf ein Jahr (mit der

Möglichkeit der Verlängerung) befristeten Aufenthalts. Anfangs – mindestens im Verlauf der sechziger Jahre – wurde dies auch durch das Verhalten der Arbeitsmigranten selbst gestützt. Doch dabei blieb es nicht. Die erste wesentliche Ausnahme, die schon früh eingeleitet werden musste, war die rechtliche Angleichung der EWG-/EG-/EU-BürgerInnen an die jeweiligen inländischen StaatsbürgerInnen, so auch in der BRD.

Zweitens aber deuteten Statistiken schon Ende der sechziger Jahre auf eine Tendenz zum Daueraufenthalt und zum Familiennachzug hin. Als mit der Rezession von 1966 die mobile Einsatzreserve zwar stark zurückging, aber nicht völlig verschwand, kamen Unmutsäußerungen über die unerwünschte Konkurrenz, über das Sozialverhalten der »Südländer« etc. auf. Belegschaften legten Sonderschichten ein, um die Einstellung von »Gastarbeitern« zu verhindern. Die NPD wuchs bedrohlich an und wäre fast in den Bundestag gewählt worden. Mit der steigenden Zahl nicht erwerbstätiger Ausländer (Kinder, Arbeitslose) ging der Vorteil der geringen Sozialkosten verloren. Ein Einwanderungsprozess kam in Gang, und der Spielraum für die konjunkturgerechte Steuerung wurde geringer. Die Unternehmerverbände wollten das »Problem« durch Rotation der Arbeitsmigranten lösen, quasi ein Rückgriff auf die preußische »Karenzzeit«. In den Unternehmen selbst aber wurde dieser Vorschlag abgelehnt, weil die Praktiker vor Ort befürchteten, auf eingearbeitete Kräfte verzichten zu müssen. Man musste sich also mit der bereits im Lande lebenden Migrationsbevölkerung (zirka 2,6 Mio. Erwerbstätige mit 1,4 Mio. nicht arbeitenden Angehörigen) arrangieren. Die Konsequenz zog die Regierung Brandt/Scheel mit dem Anwerbestopp von 1973.

BRD II: Von der Ausländerpolitik zur Einwanderungsdebatte

Die Entwicklung nahm aber einen anderen Verlauf als erwartet. Statt infolge der unterstellten Rückkehrabsicht abzunehmen, wuchs die ausländische Wohnbevölkerung munter an (von 1968 gleich 1,9 Mio., davon eine Mio. Beschäftigte, über 1980 gleich 4,5 Mio., davon 1,9 Mio. Beschäftigte, auf 1990 gleich 5,3 Mio., davon 1,8 Mio. Beschäftigte). Zum Teil verzichteten ausländische Arbeiter und ihre Familien aus Nicht-EG-Staaten gerade deswegen auf die Heimkehr, weil eine erneute Einreise in die BRD für sie ausgeschlossen war. Damit stiegen die »sozialen Kosten« an, denn die auf Daueraufenthalt eingerichteten Menschen forderten zunehmend Gleichberechtigung in der Wohnsituation, in der Ausbildung ihrer Kinder, am Arbeitsplatz (vgl. den starken Anteil ausländischer Arbeiter an den spontanen Streiks des Jahres 1973) etc. Ihre hiesige Sozialstruktur veränderte sich dabei kaum, auch wenn ein leichter Anstieg des Facharbeiterbereichs zu beobachten war. Ihre Arbeitslosigkeit lag erheblich über der der Deutschen (ihre Arbeitsplätze befanden sich häufig in Bereichen, die besonders stark vom Strukturwandel betroffen waren). Hinzu kam eine zunächst kaum zur Kenntnis genommene Veränderung in der Herkunftsstruktur, da die Armutmigration aus den Ländern der »Dritten Welt« seit den späten siebziger, frühen achtziger Jahren eingesetzt hatte und allmählich zunahm.

Die neue ausländerpolitische Leitlinie der herrschenden Politik hieß nun: Eingliederung ja – Einwanderung nein; wenn möglich, Verminderung der ansässigen Ausländerbevölkerung. Die widersprüchlichen Maßnahmen, die auf die-

ser Grundlage ergriffen wurden, konnten die in der deutschen Öffentlichkeit und Politik sich verschärfende Ausländerfeindlichkeit, in die sich rechtsradikale Gruppierungen mit ihrer Publizistik und mit gewalttätigen Anschlägen offen einmischten, nicht dämpfen. Mit der »geistig-moralischen Wende« der Regierung Kohl (Rückkehrgesetz 1983, Ausländergesetz 1985) und mehr noch nach der Beseitigung der DDR begann hier vielmehr ein makabres Zusammenspiel, in dem zunehmend die Asylpolitik in den Vordergrund rückte. Von den 300.000 eingewanderten Personen des Jahres 1980 etwa waren bereits ein Drittel Asylsuchende (die Hälfte entfiel auf Familiennachzug und der Rest auf »Ausländer-Geburtenüberschuss«). Grundlage dafür war nicht nur politische Verfolgung in den Herkunftsländern, sondern die schlichte Tatsache, dass der Anwerbestopp von 1973 den legalen Weg der Arbeitsmigration verstopft hatte. Als Ausweichmöglichkeit auf das Asylrecht zurückzugreifen, ist eine auch in anderen Ländern durchaus übliche und angesichts der globalen sozialökonomischen Verhältnisse völlig legitime Taktik von MigrantInnen.

Zwischen 1988 und 1994 stieg die Zahl der AusländerInnen in der BRD um mehr als 50 Prozent, der stärkste Zuwachs seit der Verhängung des Anwerbestopps. Der überwiegende Teil waren jetzt Flüchtlinge mit unterschiedlichem Rechtsstatus, bis hin zur »Illegalität«. In manchen Gewerbezweigen wurde deren Beschäftigung – zu Dumpinglöhnen – geradezu zur Normalität, wie Bauwirtschaft, landwirtschaftliche Saisonarbeit, Gastronomie, Pflege, Hauspersonal. Die größte Baustelle Europas, das »neue Berlin«, wäre sonst nicht möglich gewesen.

Die von 700.000 im Jahre 1987 auf 1,9 Mio. im Jahre 1993 gestiegene Zahl der Flüchtlinge nahm die Regierung Kohl zum Anlass, eine Hetzkampagne größten Stils anzuzetteln, begleitet von Brand- und Mordanschlägen des rechten Mobs (Hoyerswerda, Hünxe, Rostock, Mölln). Auf dieser Grundlage wurde mit dem Gesetz vom 26. Mai 1993 das Asylrecht nahezu abgeschafft, nämlich mit dem merkwürdigen Grundsatz, dass Deutschland nur von sicheren Staaten umgeben sei, in die Asylsuchende zurückgeschoben werden müssten. Damit wurde als einziger Weg der Luftweg übrig gelassen und das Flughafenverfahren eingerichtet, symbolisiert durch das Internierungslager am zentralen Abschiebeflughafen Frankfurt. Im Asylbewerberleistungsgesetz wurde die Sozialhilfe für die Betroffenen um 20 Prozent gesenkt und obendrein ein befristetes Arbeitsverbot ausgesprochen. Was diese Gesetzesänderungen wert waren, zeigte sich nur einen Tag später mit dem Mordanschlag in Solingen, dem drei Kinder und zwei Erwachsene zum Opfer fielen.

In den zwölf Monaten nach der substanziellen Abschaffung des Asylrechts sank die Zahl der Asylsuchenden um zwei Drittel und pendelte seither auf diesem Niveau. Die Kernfrage – Einwanderungsland oder nicht – war damit nicht annähernd gelöst. Diskussionen darüber hatte es bereits während der Asylkampagne der frühen neunziger Jahre gegeben. Schon damals war es u.a. der niedersächsische Ministerpräsident Schröder, der statt einer Blockadepolitik das »Eingeständnis« forderte, dass die BRD ein Einwanderungsland sei. Anderenfalls verzichte man auf Steuerung. Damit waren Quoten gemeint, und das hieß wiederum, zu unterscheiden, wen Deutschland braucht und wen nicht. Dieser Strang der Diskussion führte zur Green Card und zu Schilys Entwurf eines Zuwanderungsgesetzes.

Mit den rot-grünen »Modernisierern« in der Regierung hat diese Richtung nun ihre Chance. Nicht zufällig trifft diese Entwicklung mit der neuen Forderung der Unternehmer nach breitem »Import« von Fachkräften und Spezialisten zusammen, denen von vornherein eine bevorzugte Behandlung zugesichert wird und mit dem sich Unternehmer von den notwendigen Ausbildungskosten bzw. ihren Versäumnissen freistellen lassen. So wird erneut eine »privilegierte« Gruppe im Ausländerrecht hervorgehoben, diesmal nicht politisch, wie die EU-BürgerInnen, sondern originär kapitalistisch nach dem Wert der Arbeitskraft. Für die, die weiterhin der sozialen »Unterschichtung« anheimfallen, wird sich dem Gesetzentwurf zufolge grundsätzlich nichts ändern.

Gewerkschaften: Bisher keine eigenständige Position

Um all diese Probleme in den Griff zu bekommen, fordern Gewerkschaften, Löhne und Arbeitsbedingungen für ausländische Arbeitskräfte auf geltendes Tarifniveau zu heben, vorrangig jedoch Arbeits- und Ausbildungsplätze für bereits im Inland lebende Arbeitslose bereitzustellen. Darüber hinaus, so ist festzustellen, haben die Gewerkschaften weder in der hier nachgezeichneten Entwicklung noch in der aktuellen Debatte eigenständige Akzente gesetzt – bisher zumindest. Daraus ergeben sich Fragen: a) nach der innergewerkschaftlichen Diskussion; b) nach den objektiven Möglichkeiten, mit gewerkschaftlichen Mitteln in die herrschende Ausländerpolitik im nationalen Rahmen korrigierend einzugreifen. Beide Aspekte stehen in enger Wechselwirkung zueinander und zum gesamten politischen Umfeld, insbesondere der Existenz und dem Stand einer politischen Arbeiterbewegung.

In der innergewerkschaftlichen Diskussion um Ausländerpolitik, Zuwanderung, Einbürgerung hat es immer auch internationalistische Positionen gegeben. Durchgesetzt in dem Sinne, dass daraus eine konkrete Strategie der Gesamtorganisation wurde, haben sie sich nie (als Beispiel möge hier der Hinweis auf die von betrieblich-gewerkschaftlichen Gruppen getragene, letztlich vergebliche Unterstützung des britischen Bergarbeiterstreiks – vgl. Arpo Nr. 7 1984, Nr. 1-, 2- und 3/1985 – genügen). Der hauptamtliche Apparat orientiert dagegen auf bürokratische Strukturen, zum Beispiel Europa- bzw. Weltbetriebsräte (für deren Versagen etwa der Konflikt bei VW Südafrika 2000/1 steht). Die klassische Forderung, dass Gewerkschaften Schulen des Klassenkampfes und des Internationalismus sein müssen, ist daher in der Realität nur mit der gebotenen Differenzierung aufrecht zu erhalten. Diese Position stützt sich auf die Feststellung, dass Lohnabhängige eine einheitliche Klassenlage als VerkäuferInnen ihrer Arbeitskraft haben. Dem steht gegenüber, dass die so konstituierte Arbeiterklasse in sich in eine Vielzahl unterschiedlicher Soziallagen und Lebensmilieus gespalten ist (also sehr differenzierte Verkaufsbedingungen für die Ware Arbeitskraft existieren).

Die Ursachen hierfür bestehen nicht allein im sogenannten Nord-Süd-Gefälle, sondern sind von grundsätzlicher Bedeutung. So gab es in historischer Perspektive ungleichzeitige Entwicklungen, wie etwa in den Industrialisierungsprozessen des 19. Jahrhunderts oder in der Globalisierung des Kapitalverhältnisses unserer Tage in den Jahren nach dem Ende der Sowjetunion, die immer neue lohnabhängige Schichten sowie deren verschiedene Lernprozesse

hervorbrachten. Dazu kommen die ständigen Brüche in der Arbeiterschaft nach der Stellung in der betrieblichen Hierarchie (Arbeiter-Facharbeiter-Meister-Angestellte etc.), nach der Nationalität, der Aufenthaltsberechtigung und -dauer, dem Geschlecht; dazu verschiedene Branchen mit spezifischen Bedingungen, Arbeitslosigkeit u.v.m. Diese »objektiven« Unterschiede bedingen – wenigstens teilweise – auf der »subjektiven« Seite tiefgreifende politische Differenzen in der Arbeiterbewegung, etwa zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten in der Novemberrevolution und der Weimarer Republik. Mit der katastrophalen Niederlage der Arbeiterbewegung gegen den Faschismus 1933 und dem Wegbrechen traditioneller Arbeiterlebensmilieus im Verlauf der fünfziger Jahre blieb die Sozialdemokratie mit ihrem Antikommunismus als führende politische Kraft in den Gewerkschaften übrig.

Die massive Niederlage gegen den Faschismus erzeugte (bzw. stärkte) in diesem die Gewerkschaften beherrschenden Sektor die Ideen der Sozialpartnerschaft mit dem Unternehmertum, der Staatsfixiertheit und der Mitbestimmung. Mit dem Ende des Reformspielraums der sozialliberalen Ära Brandt/Schmidt und dem Anwachsen einer nicht mehr reduzierbaren Massenarbeitslosigkeit entstand aus Sozialpartnerschaft, die begrifflich immerhin noch eine gewisse Autonomie beider Seiten voraussetzt, schlichtes Co-Management (»Bündnis für Arbeit«), das völlige Identifikation mit den Interessen eines »Standorts Deutschland« erfordert.

Die DGB-Gewerkschaften von heute sind zu Lobby-Organisationen degeneriert: Tarifmaschinen in den an Kapitalverträglichkeit orientierten Lohnrunden, Dienstleistungsunternehmen für Mitglieder, die sich als Klienten von Versicherungen für Rechtsschutz und Alterszusatzversorgung begreifen. Daraus erklärt sich die Neigung, sich zur Lösung international übergreifender Probleme an den Staat als Gesetzgeber, Gericht und Polizeibehörde zu wenden, anstatt die eigenen Kräfte zu mobilisieren. Aus dieser Sicht ist es konsequent, Regelungen vom Staat einzufordern, sei es Berlin oder die EU (Brüssel). Die markantesten Beispiele für klassenübergreifende Zusammenarbeit sind Subventionsforderungen für den Bergbau, die Werften oder andere »notleidenden« Industrien, in denen Überkapazitäten herrschen. Häufig genug geht der Schuss nach hinten los, wenn diese Regelungen letztlich nur eine »sozialverträgliche« Abwicklung fördern, die real den Kapitalinteressen dient, wie zum Beispiel das Zweitregister in der Seeschifffahrt (vgl. Arpo Nr. 1/1995) oder das Entsendegesetz in der Bauwirtschaft (vgl. Arpo Nr. 4/1996). Hier wurde lediglich erreicht, dass das Kapital nicht willkürlich, einseitig und abrupt die Arbeitsbedingungen durch Einsatz ausländischer »Lohndrücker« verschlechtert, sondern diesen Abbau zeitlich so streckt, dass die aktuell davon Betroffenen (nicht: spätere Generationen) einigermassen weich fallen.

Aus dieser Lobby-Mentalität ist auch die Reaktion von DGB-FunktionärInnen auf das Zuwanderungsgesetz zu verstehen, wenn etwa Engelen-Kefer den Vorrang hier lebender Menschen auf Arbeits- und Ausbildungsplätze einfordert. Wenn es richtig ist, dass gewerkschaftliche Debatten das gesellschaftliche Umfeld spiegeln, dann kann man sich derzeit nicht der Illusion hingeben, die Gesamtorganisation DGB zu einem zielstrebigem politischen Eingreifen gewinnen zu können. Gerade Ausländerpolitik ist nicht das Gebiet, auf dem sich die sozialpartnerschaftliche Mehrheitsströmung im

Sinne der vielzitierten »Gegenmacht« positioniert – sondern allenfalls durch markige 1.-Mai-Reden über Solidarität und Internationalismus. Für die IG BAU (Bauen-Agrar-Umwelt) geht zum Beispiel ohne weiteres zusammen, auf der einen Seite in der Bildungsarbeit gegen Rassismus einzutreten, andererseits Polizei-Razzien auf Baustellen zu unterstützen, denen in der Regel nur die »illegalen« Bauarbeiter, manchmal kleine Mittelständler, nie jedoch die Verantwortlichen der großen Baukonzerne zum Opfer fallen.

In dieser Lage muss es darum gehen, die innergewerkschaftliche Diskussion wenigstens offen zu halten. Um das hinzukriegen, kann sich die gewerkschaftliche Linke nicht auf Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit allein stützen. Sie muss sich Bündnispartner suchen, bspw. unter MigrantInnenorganisationen und Flüchtlingsunterstützergruppen. Umgekehrt gilt: Das gewerkschaftliche Feld kann nicht übergangen werden, denn nur hier können antikapitalistische Kräfte sich sammeln.

17.11.2001 ■

■ DIE CDU HESSENS IM VORWAHLKAMPF

Wisconsin und nationale Identität

Gegen Ende der Sommerferien, gerade noch während der nachrichtenarmen Saure-Gurken-Zeit, legte Roland Koch, hessischer Ministerpräsident und CDU-Hoffnungsträger, zwei zentrale Wahlkampfthemen für seine Partei fest. Durch den Anschlag auf das World Trade Center und das Pentagon in den USA verliert der innerdeutsche Vorwahlkampf gegenwärtig an Bedeutung, doch ist dies nur vorübergehend so. Spätestens in einigen Wochen wird der Kampf um die Wähler für die Bundestagswahl 2002 und die Landtagswahl in Hessen im darauf folgenden Jahr wieder aufgenommen werden und die Parteien werden ihre Profilierungsversuche weiter treiben. Wir greifen die Koch'schen Initiativen deshalb auf, weil sie selbst und die Reaktionen vor allem aus der SPD darauf es erlauben, Gemeinsamkeiten wie auch Gegensätze der beiden großen Volksparteien näher zu beschreiben.

Das sogenannte Wisconsin-Modell

Während eines Besuchs in der US-amerikanischen Partnerregion Hessens »entdeckte« der hessische Ministerpräsident den Vorbildcharakter des dortigen Systems der Sozialhilfe. Kurz gefasst soll den Sozialhilfeempfängern dadurch geholfen werden, dass sie in Arbeit gebracht werden und nicht dadurch, dass die Arbeitslosigkeit alimentiert wird. Das klingt gut – vor allem für alle diejenigen, die von der Sache keine Ahnung haben. Roland Koch bewies hier wieder einmal seine besondere Fähigkeit, dem Schein nach sachlich zu argumentieren, in Wirklichkeit jedoch vor allem aus den Vorurteilen der steuer- und abgabenmüden kleinbürgerlichen Schichten Kapital, das heißt Wählerstimmen, zu schlagen.

Soweit es um den tatsächlichen Sachverhalt geht, lassen sich die Sozialhilfesysteme der USA und Deutschlands nicht vergleichen. Vor allem kennen die USA nicht die allgemeine Arbeitslosenversicherung – die Sozialhilfe ist dort das erste Auffangbecken für die aus dem Erwerbsleben geworfenen Menschen. In Deutschland ist die Sozialhilfe die letzte Station nach Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe.

Vor allem aber sind die Vorschläge Kochs von ihrem sachlichen Gehalt her überhaupt nichts Neues. Seit vielen Jahren schon entwickeln die Kommunen in Deutschland, als Träger der Sozialhilfe, Programme, um erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger durch Qualifizierungs- und Förderprogramme möglichst im sogenannten ersten (privaten) Arbeitsmarkt, mindestens aber vorübergehend in Arbeitsprogrammen der öffentlichen Hand unterzubringen. Auch werden bereits

Kooperationsprojekte von örtlichen Arbeits- und Sozialämtern erprobt. Es ist daher reine Demagogie, wenn Koch von der Bundesregierung fordert, sie müsse das Bundessozialhilfegesetz ändern, um Modellprojekte in seinem Sinne zuzulassen – diese Möglichkeiten gibt das bestehende Gesetz bereits her. Koch will einzig dem ahnungslosen, dafür aber um so misstrauischeren Bürger den Eindruck vermitteln, dass nur er mit dem verschwenderischen Haushaltsgebaren der rot-grünen Bundesregierung aufräumen könne.

Die Botschaft kam auch bei der SPD an: Bundeskanzler Schröder verkündete von Staats wegen, dass es ein Recht auf Faulheit nicht gebe – was immer das heißen möge. Und Wehrminister Scharping sekundierte ihm mit dem Vorschlag, jungen Leuten die Sozialhilfe zu streichen, wenn sie eine vom Sozialamt angebotene Arbeit ablehnten.

Die Äußerungen der beiden SPD-Politiker stehen dem populistischen Unsinn des CDU-Ministerpräsidenten in nichts nach. Mit dem »Recht auf Faulheit« bezog sich Schröder auf einen gleichnamigen Essay des Schwiegersohns von Karl Marx, Paul Lafargue, der von zahlreichen Sozialdemokraten immer wieder zitiert, jedoch fast nie gelesen wird. Jedenfalls wird hierzulande dieses Recht auch von den hartgesottesten Sozialhilfeempfängern nicht (öffentlich) reklamiert. Dagegen ist es längst üblich, Sozialhilfeempfängern, die sogenannte zumutbare Arbeitsauflagen ablehnen, die Leistungen um bis zu 25 Prozent zu kürzen.

Die Reaktionen auf diese »Diskussionsbeiträge« waren in den Parteien allerdings recht unterschiedlich. Die politischen Spitzen der CDU unterstützten den hessischen Ministerpräsidenten uneingeschränkt und auch von der Parteibasis kam nichts als Beifall. Anders bei den Sozialdemokraten; hier waren die Reaktionen durchaus gespalten. Auf der einen Seite betonten vor allem sozialdemokratische Kommunalpolitiker, dass sie eine Politik, wie CDU-Koch sie fordert, bereits betrieben; in Hessen stehen dafür vor allem der Main-Kinzig-Kreis oder die Großstädte Kassel und Offenbach. Auf der anderen Seite kamen aber auch viele öffentliche Reaktionen von Jusos und SPD-Politikern, die vor einer Hetzjagd auf die Sozialhilfeempfänger warnten. Aus dem rot-grünen Lager kamen vor allem auch Warnungen, sachlich zu bleiben und »nicht die Emotionen zu bedienen«. Aber natürlich geht es auch um »die Sache« und beide Parteien würden nur allzu gern »die Emotionen bedienen«; es ist nur die Frage, wem dies besser gelingt.

Zur aktuellen Debatte um die Sozialhilfe

Nachdem Roland Koch sein Modell Wisconsin vorgestellt hatte, waren die Reaktionen aus dem Unternehmerlager verhalten. Er wurde nicht direkt kritisiert, aber es wurde darauf hingewiesen, dass eigentlich anderes nötig wäre.

Die Sozialhilfe teilt sich in zwei große Zweige, zum einen die Hilfe zum (Lebens-)Unterhalt, um die es in der Debatte tatsächlich geht, sowie um die Hilfe in besonderen Lebenslagen. Die zweite Hilfeform richtet sich vor allem an ältere Menschen, Kranke und Rentenbezieher, deren Einkommen nicht ausreicht, um anstehende Rehabilitationsbehandlungen oder Heimkosten zu bezahlen. Die Ausgaben für Sozialhilfe verteilen sich etwa hälftig auf diese beiden Zweige, wobei die Ausgaben für Hilfe zum Unterhalt gegenüber dem Vorjahreszeitraum um etwa 1,7 Prozent gesunken, die für Hilfe in besonderen Lebenslagen um etwa den gleichen Prozentsatz gestiegen sind.

Von den derzeit bundesweit etwa 2,8 Millionen Empfängern von Hilfe zum Lebensunterhalt sind etwa zwei Millionen aus unterschiedlichen Gründen nicht erwerbsfähig. Es handelt sich um Kinder, Jugendliche, um Alte, Kranke, Alleinerziehende. Bleiben etwa 700.000 bis 800.000 Menschen, von denen etwa die Hälfte eine niedrig bezahlte Arbeit hat, die zum Bezug von ergänzender Sozialhilfe berechtigt. Es wird gerechnet, dass von den verbleibenden,

etwa 300.000 bis 400.000 Personen eine Gruppe von zirka 15 Prozent eine zumutbare Beschäftigung ablehnt. Das heißt, es geht bei der Debatte um das Wisconsin-Modell um eine – auch bundesweit – kleine Gruppe von Sozialhilfebezieher.

Der Deutsche Städtetag will vor allem sogenannte Kombi-lohn-Lösungen, bei denen der lohnergänzende Anteil nicht aus der Sozialhilfe, sondern aus der Kasse der Arbeitsämter bezahlt wird. Und – wie im übrigen die privaten Arbeitgeber auch – er fordert in der verklausulierten Sprache der Sozialbürokraten die »Befolgung des Lohnabstandsgebotes«, das heißt die Kürzung der Sozialhilfeleistungen.

Aus der Sicht einer einzelnen Kommune, in diesem Falle der hessischen Landeshauptstadt Wiesbaden, sieht das Problem etwas anders aus: »In Wiesbaden sind 11.000 vom 20.000 Sozialhilfeempfängern überhaupt im erwerbsfähigen Alter, davon sind nur rund 5000 erwerbslos, und zwar auch nicht permanent. Das ist das Charakteristische an den sogenannten prekären Beschäftigungsverhältnissen: Die Leute finden immer wieder Arbeit und verlieren diese aber auch schnell wieder. Die Hälfte von ihnen hat keinen Schulabschluss und keine berufliche Ausbildung, und noch einmal 30 Prozent haben zwar einen Schulabschluss, aber keine berufliche Ausbildung. Um sie in Arbeit zu bringen, benötigen wir 5000 Jobs mit geringen Qualifikationsanforderungen; das Arbeitsamt Wiesbaden hat in diesem Bereich aber keine 200 offene Stellen.« ■

»Die Sache« ist die, dass weder SPD-Grüne noch CDU der Masse der erwerbslosen Männer und Frauen die Perspektive einer auskömmlichen Arbeit eröffnen können. Die Regierungen sind im Kapitalismus nicht die Befehlshaber über die Wirtschaft, sondern deren ausführende Organe. Sie verwalten die gesellschaftlichen Probleme, die sich aus der Erwerbslosigkeit ergeben im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel und es besteht wie im gesamten Sektor der staatlichen Ausgaben stets der Druck seitens der herrschenden Klasse, den Teil der Steuermittel zu kürzen, der ihr nicht selber zukommt.

In den vergangenen Jahren konnte der Anstieg der Ausgaben für Sozialhilfe trotz wachsender Arbeitslosigkeit vor allem durch die Einführung der Pflegeversicherung und durch die Abwehr von Asylbewerbern gebremst werden. Gleichwohl belastet die Sozialhilfe die kommunalen Haushalte weiterhin erheblich, und vor allem wollen die Unternehmer den Abstand zwischen Niedriglöhnen und Sozialhilfe weiter vergrößern.

Während Mitgliedschaft und potentielle Wählerschaft der CDU ganz überwiegend einen Angriff auf die Empfänger von Sozialhilfe billigt oder wenigstens gleichgültig toleriert, haben Teile der sozialdemokratischen Mitgliedschaft schon eher Probleme damit, das fallen zu lassen, was in ihren Augen einmal den »Sozialstaat« ausmachte. Wie die Praxis sozialdemokratisch geführter Regierungen in Bund, Ländern und Gemeinden zeigt, erweitern auch diese die Maschen des Sozialen Netzes – aber es geschieht selten ohne Auseinandersetzungen in ihrem eigenen Lager, sei es mit Juso-Gruppen, Sozialverbänden oder Gewerkschaften.

»Nationale Identität«

Noch bleibt unklar, wie Roland Koch im einzelnen mit »Nationaler Identität« Wahlkampf führen will. Aber die Erinnerung an seinen Coup, der ihn in Hessen zum Ministerpräsidenten machte – die Mobilisierung des von den Nazis so genannten gesunden Volksempfindens gegen den Doppelpass für eingebürgerte Ausländer weist die Richtung.

Und auch hier wieder das Dilemma der sozialdemokratischen Führung, insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg. Angefangen bei ihrem ersten Parteivorsitzenden Schumacher, hat die Sozialdemokratie immer wieder ihre »nationale Zuverlässigkeit« betont, gegen das Bild von den »vaterlandlosen Gesellen« aufbegehrt, welches das bürgerlich-nationale Lager ihr vorhielt. Aber trotz allen Bemühens ist es der SPD nie gelungen, die national-konservativen Wählerschichten anzusprechen und diese der CDU/CSU oder der FDP abspenstig zu machen.

Die CDU dagegen hat mit Roland Koch nun endlich einen Politiker der jüngeren Generation, der die Wählerklientel anspricht, die zuvor von Leuten wie den CDU-Bundestagsabgeordneten Dregger oder Kanther repräsentiert wurde. Ziel der CDU/CSU ist nach wie vor ein Zustand, in dem »rechts von ihr nur noch die Wand ist«, wie Franz Joseph Strauss es einmal formulierte. Um dieses Ziel erreichen zu können, muss sie sich in der Öffentlichkeit als die bessere Alternative zu Republikanern und DVU darstellen.

Ähnlich verhält es sich der SPD hinsichtlich der Parteien im linken Spektrum – früher einmal den Grünen und heute der PDS, die sie parlamentarisch integriert oder überflüssig zu machen trachtet. Insoweit existiert – und funktioniert

größtenteils – auch heute noch diese »Arbeitsteilung« der beiden großen Volksparteien in Deutschland.

Es ist naheliegend, dass diese parlamentarische Integration in die Volksparteien ein Ende finden muss, wenn die sozialen Spannungen zunehmen und vor allem die Widersprüche zwischen Unternehmern und Beschäftigten sich zuspitzen. Die wachsende Zahl von Nicht-Wählern vor allem bei Kommunal- und Landtagswahlen weist in diese Richtung. Doch bislang haben vor allem die Parteien der extremen Rechten, NPD und DVU, immer nur vorübergehend Wahlerfolge erzielen können; für den größeren Teil ihrer Wähler waren sie bislang nicht so sehr Alternative vor allem zur CDU als vielmehr Möglichkeit, Protest mit dem Stimmzettel ausdrücken zu können.

Die SPD versucht nun ganz offenkundig, wenigstens einen Teil ihrer weg gebliebenen Wähler mit Law-and-Order-Sprüchen à la Schily wieder an die Wahlurnen zu bringen. Dies lässt für die bevorstehende »heiße« Wahlkampfphase einiges erwarten. 20.9.2001 ■

■ DAS WISCONSIN-MODELL

Sozialhilfe als Erziehungsdiktatur

Koch zeigte sich nach seiner Wisconsin-Reise insbesondere vom Umgang der Behörden mit armen Menschen beeindruckt, anders als in Hessen: »Wir sind zu weich beim Zwang und zu schlecht bei der Hilfe.« Es gehe darum, Menschen Arbeit anzubieten und ihnen bei der Eingliederung ins Arbeitsleben zu helfen, statt ihnen Lebensunterhalt für Nichtstun zu zahlen. Damit das funktioniere, sei ihnen aber auch mit Strafe zu drohen, denn wer Leistung verweigere, solle »sich auf ein sehr bescheidenes Leben bis hin zur Wohnunterkunft einrichten«. Sozialdemokraten drücken genau dies mit dem Slogan »fördern und fordern« aus. Diese Ideologie des strengen, aber gerechten Familienvaters wird in der Realität von Wisconsin auf besonders rabiate Weise umgesetzt. Es sind aber auch unterschiedliche Bedingungen und Traditionen, die sich darin ausdrücken.

Das Modell »Wisconsin works (kurz: W2)« beruht auf Änderungen im amerikanischen System der Sozialhilfe, die noch von der Clinton-Administration vorgenommen wurden (»today we are ending welfare as we know it«, Clinton, August 1996). Das alte Sozialhilfeprogramm AFDC (Aid to Families with Depending Children) wurde durch ein neues TANF (Temporary Aid to Needy Families) ersetzt. Eine wesentliche Änderung geht schon aus dem Namen hervor, nämlich die Beschränkung der staatlichen Unterstützung auf fünf Jahre. Wie jemand sein Leben danach fristen soll, wenn seine Bedürftigkeit anhält, sagt das Gesetz nicht. Zweitens soll Sozialhilfe nur noch gegen Leistung, das heißt gemeinnützige Arbeit sowie aktive Bemühung um Eingliederung in den Arbeitsmarkt gewährt werden (damit verloren zirka fünf Millionen alleinerziehende Mütter gleich ihren Anspruch auf Unterstützung). Schließlich bestimmt das Gesetz, Sozialhilfe zwar durch den Bund zu finanzieren, die Regelung der Auszahlungsbedingungen aber vollständig den Bundesstaaten zu überlassen. Damit begannen in den USA fünfzig verschiedene Experimente, von denen Wisconsin das bekannteste und eins der härtesten ist.

Der Begriff der Sozialhilfe ist im übrigen in den USA im Vergleich zur BRD einerseits stark eingeschränkt. Bezugsberechtigt sind nämlich nur Familien mit minderjährigen Kindern. RentnerInnen, die Unterstützung benötigen, erhalten diese nach einem anderen Programm. Für Alleinstehende und Familien ohne Kinder gab es noch nie Sozialhilfe. Programme zur Armutsbekämpfung gibt es zwar auch in den USA, doch typischerweise setzen diese einen Arbeitsplatz voraus: Wer von seinem Job nicht leben kann, bekommt vom Finanzamt nicht nur Steuern zurück, sondern darüber hinaus noch einen Zuschuss (Earned Income Tax Credit, im Grunde ein Kombilohn).

Andererseits ist die Sozialhilfe nicht wie in der BRD das letzte Auffangbecken, sondern – wegen des Fehlens einer Arbeitslosenversicherung – schon das erste nach dem Verlust des Jobs. Die Abhängigkeit der US-AmerikanerInnen von einer Arbeitsstelle ist also ungleich höher als hierzulande (weitere Bedingungen wie die Bindung von Kranken- und Altersversicherung an den Arbeitsplatz kommen hinzu). Diese Unterschiede im gesamten Sozialsystem machen schon deutlich, dass ein direkter Zahlenvergleich des Sozialhilfebezugs in Wisconsin und Hessen trotz annähernd gleicher Bevölkerungszahl schlechterdings nicht möglich ist. Die brutale Senkung der Fallzahlen (sogenanntes Wunder von Wisconsin) von 34.890 SozialhilfebezieherInnen im Jahre 1997 auf 7060 bis Mitte 2001 liegt freilich an der konkreten Umsetzung des einzelstaatlichen Programms W2.

Zu den eigenmächtigen Regelungen, die die Regierung von Wisconsin traf, gehört vorweg schon die nochmalige Kürzung des maximalen Sozialhilfebezuges auf zwei Jahre. Im übrigen handelt es sich um eine brutale Erziehungsdiktatur, die davon ausgeht, dass Notlagen nicht gesellschaftlich, sondern durch individuelles Versagen verursacht sind. Den davon betroffenen Menschen soll richtiges Verhalten bis in die Einzelheiten des täglichen Lebens eingetrichtert werden. Zu den einschlägigen Maßnahmen, die zwangsweise verordnet werden, gehören etwa Kurse für Bewerbungstraining und Arbeitserprobung (was auch hierzulande üblich ist), aber auch Entziehungskuren für Alkoholabhängige und Schulbesuch zum Nachholen von Schulabschlüssen. Schwänzen wird mit finanziellen Abzügen bestraft. Sozialhilfe wird in vier Leistungsstufen gewährt: Die unterste beginnt bei Lebensmittelmarken, für die oberen muss Gegenleistung in Form der erwähnten Maßnahmen erbracht werden.

Zur Peitsche wird auch Zuckerbrot für Unterordnung und gelungene Anpassung gewährt. Dazu gehören zum Beispiel Kinderbetreuung, Zugang zu einer bezahlbaren Krankenversicherung und schließlich die Jobvermittlung. Dies führt paradoxerweise dazu, dass trotz sinkender Fallzahlen die Sozialhilfekosten des Bundesstaates Wisconsin enorm (bis zu 40 Prozent) gestiegen sind und dieser Anstieg nur dadurch bezahlbar ist, dass Washington seine Zuschüsse auf der Grundlage der überholten Statistiken weiter gewährt. Ein weiterer und, wie KritikerInnen sicher zu Recht meinen, der wesentliche Grund dieser Kostenexplosion ist die Tatsache, dass die Wahrnehmung der Aufgaben im Bereich Sozialhilfe zwar als öffentliche Pflicht angesehen wird, jedoch privaten Firmen überlassen wurde. Deren Maßstab ist natürlich Profit, so dass der angebliche Hilfecharakter völlig unter die Räder gerät. Inzwischen ermittelt in einem Fall in Milwaukee das FBI, und die Forderungen, zumindest die Privatisierung der sogenannten Jobcenter zurück zu nehmen, haben zur Grün-

dung einer Reformkommission geführt. Diese soll nun dafür sorgen, dass W2 »eher zu einem Programm wird, das Arbeitsplätze vermittelt, als zu einem, das nur Leute von der Sozialhilfeligkeit streicht«. Die Bilanz des Programms ist trotz der schönen Fallzahlen nur als düster zu bezeichnen, denn wer von der Liste gestrichen wird, ist noch lange nicht aus der Armut heraus, weil die Löhne häufig unter der Grenze von 2000 Dollar liegen, die als Minimum gelten. Nur jeder dritten Frau geht es nach fünf Jahren W2 besser, und viele sind immer noch auf Lebensmittelmarken angewiesen. Am härtesten trifft es allein erziehende Frauen, die bei fehlender Kinderbetreuung keine Möglichkeit sehen, vierzig Stunden in der Woche zu arbeiten. Rund 38 Prozent der SozialhilfebezieherInnen von 1997 sind von der Liste verschwunden, ohne einen Job zu bekommen. Es gibt keine Feststellungen darüber, wovon diese Menschen jetzt eigentlich leben; zu vermuten ist, dass ein erheblicher Teil aus Wisconsin in andere Bundesstaaten geflüchtet ist.

Nicht viel Neues

Mit seinen Empfehlungen, sich an Wisconsin zu orientieren, läuft Koch gerade bei den SozialpolitikerInnen der Kommunen offene Türen ein, und zwar parteiübergreifend. Das deutsche Gegenstück, die »Hilfe zur Arbeit (HzA)«, ist zwar in den Konsequenzen bei weitem nicht so brutal wie W2 (zum Beispiel kann sogenannten Arbeitsunwilligen die Sozialhilfe im ersten Schritt zu 25 Prozent, dann sogar ganz entzogen werden, jedoch nicht auf Dauer). Den Betroffenen mögen die

Unterschiede jedoch gleichgültig sein, und eine Änderung des Bundessozialhilfegesetzes ist angesichts der darin enthaltenen Möglichkeiten offensichtlich weder nötig, um mehr Druck zu entfalten, noch ist sie sinnvoll, solange die bisherigen Instrumentarien zu diesem Zweck ausreichen. Die Elemente von W2, die in diesem Sinne brauchbar wären, gibt es schon, andere dagegen würden einen Systembruch voraussetzen, den in dieser Radikalität derzeit kaum jemand will. Zwar wird das Sozialsystem laufend umgekrempelt (vgl. Riesters »Rentenreform«), aber eben schrittweise. Der tiefste demnächst anstehende Einschnitt, die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe bei Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes auf ein Jahr, wird seit Jahren vorbereitet und jetzt mit einer Perspektive auf 2006 angepeilt.

Der Kern des Problems besteht darin, dass Massenarbeitslosigkeit, Massenarmut und andere gesellschaftliche Notlagen im kapitalistischen System der Bundesrepublik dauerhaft nicht mehr zu bewältigen sind, es sei denn, durch Ausgrenzung der davon Betroffenen. Die Verunsicherung greift um sich und schlägt sich bspw. in sinkenden Wahlbeteiligungen oder negativen Proteststimmen (Hamburg-Wahl) nieder. In dieser Lage weisen populistische PolitikerInnen vom Schlage Koch die Schuld an den Notlagen den betroffenen Menschen selbst zu. Im Wesentlichen geht es um Veränderung des gesellschaftlichen Klimas, um Einschüchterung, die eine Formierung von wirklichem, aktivem Protestpotential so lange wie möglich verhindern soll. 11.12.2001 ■

■ »SCHONUNGSLOS DIE FEHLER DER VERGANGENHEIT AUFDECKEN, DIE HEUTIGE POLITIK ÄNDERN«

Zum Abschied von unserem Genosse Fritz Lübke

27. Mai 1911 – 21. Oktober 2001

Die vorliegende Ausgabe der »Arbeiterpolitik« trägt zum letzten Mal seinen Namen als Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Fritz Lübke. Er hatte sich nicht darum gedrängt, namentlich in Erscheinung zu treten, aber wie so oft in seinem Leben, wenn es galt in betrieblichen, gewerkschaftlichen oder politischen Zusammenhängen für gemeinsame Interessen einzustehen, hatte er vor zwanzig Jahren nicht gezögert, sich zur Verfügung zu stellen, um andere, die noch im Arbeitsleben standen, nicht unnötig zu belasten.

Am 17. November trafen sich seine gewerkschaftlichen und politischen Freunde auf dem Waldfriedhof in Salzgitter-Bad, um von ihm Abschied zu nehmen und seine Urne im Gräberfeld der Anonymen beizusetzen. »Er wünscht, auf dieser Wiese in die Anonymität zu gehen, wir werden aber nicht zulassen, dass er in unseren Köpfen und Herzen zu einem Anonymen wird« – Walter Gruber, Betriebsratsvorsitzender auf der Hütte, als Fritz bereits in Rente war, sprach aus, was viele der Anwesenden bewegte: »Sein politischer Einsatz forderte die heraus, die die Macht hatten und die nicht bereit waren, sie abzugeben oder zu teilen. Sie ließen ihn das spüren. Fritz stand aber immer wieder auf und ging den einmal gewählten Weg weiter.« Das galt auch für innergewerkschaftliche Auseinandersetzungen. Werner Kubitzka, 1. Bevollmächtigter der IG Metall Salzgitter: »Ja, auch in der Organisation, im Umgang mit den Kolleginnen und Kollegen und mit Leitungsmitgliedern war Fritz Lübke kein bequemer



Geist. Aus Erzählungen meiner Vorgänger weiß ich, dass Fritz für sie immer ein zuverlässiger Kumpel war, der sich jedoch nicht selten mit ihnen anlegte, wenn er politische Entscheidungen für falsch hielt oder meinte, die Interessen der Kollegen würden beeinträchtigt.«

Versammelt hatten sich mit seinen politischen Freunden einige seiner wenigen noch lebenden Arbeitskollegen von der Hütte, die genannten gewerkschaftlichen und betriebli-

chen Vertreter, Mitglieder und Vorstände des Deutschen Freidenkerverbandes, vom Bündnis gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit und vom Arbeitskreis Stadtgeschichte, für den Eva Freudenstein Lebensgeschichte und Erfahrungen von Fritz verglich mit dem, woran Bertolt Brecht in seinem Gedicht »An die Nachgeborenen« erinnert hatte. »Gedenkt, wenn ihr von unseren Schwächen spricht, auch der finsternen Zeit, der ihr entronnen seid«.

Aus dem Nachruf eines langjährigen Genossen: »Ich kenne Fritz von uns hier am längsten, wir kamen fast zur gleichen Zeit in den 20er Jahren in die sozialistische Bewegung. Wir haben das Auf und Ab der Arbeiterbewegung erlebt und unsere Erfahrungen gemacht.

Leider verläßt uns Fritz zu früh, denn Genossen wie er mit seinen gewerkschaftlichen und politischen Erfahrungen, seiner stillen und ausgewogenen, ausdauernden und zuverlässigen Energie werden für die Aufgaben, die auf die Arbeiterklasse zukommen, wieder Vorbild und bitter nötig sein.

Ich wußte von seiner Existenz schon zur Zeit seiner Emigration ins Saargebiet, bevor es 1935 rückgegliedert wurde, "heim ins Reich". Obgleich das Leben als politischer Flüchtling schon damals schwer, und später in Frankreich noch schwerer war, hat er sich in diesen Jahren durchgeschlagen, ohne seine politischen Aktivitäten zu vernachlässigen.

Erst durch die Aufgaben, die uns nach Kriegsende gestellt waren, bildete sich ein Verhältnis heraus zu den Genossen der Gruppe Arbeiterpolitik, das ich so beschreiben möchte: er wuchs mit uns zusammen, als wir in den Ruinen des 2. Weltkriegs politisch und organisatorisch wieder von vorn anfangen mußten. Er wurde an der Seite von Waldemar Bolze, Erich Söchtig und deren und unseren politischen Freunden einer von uns. Mancher, dem damals schon radikale Sprüche genügten, verließ unsere Reihen so schnell wie er gekommen war und lief der Karriere nach. Fritz hat der Arbeiterklasse und ihrer Bewegung bis zuletzt, so weit es seine Kräfte zuließen, gedient. Seine Erfahrungen werden für die jetzt nachwachsenden Generationen wichtig sein. Wir erleben gerade das rücksichtslose Verdienen so mancher Hauptamtlicher in den Gewerkschaften nach Maßstäben von Managern in Unternehmen der freien Wirtschaft, anders als früher, als sich die Gehälter der gewerkschaftlich Angestellten nach dem Lohn von Facharbeitern richteten. Ohne Opfer zu bringen für die Arbeiterklasse, was selbstverständlich war für Genossen wie Fritz, die eher auf ein angenehmes Leben verzichteten als auf Kosten der Kollegen zu leben, hinterlassen solche Gewerkschaftsführer nichts als Enttäuschung. Sie werden schnell vergessen sein, während Menschen wie Fritz in der Arbeiterklasse weiterleben werden.«

Vom Urnenfeld, in dem Fritz beigesetzt ist, sind es nur wenige Schritte bis zum Grab von Waldemar Bolze. Oft hatte Fritz es besucht, Freunde hingeführt. Nach Jacob Walcher war Waldemar Bolze der zweite namhafte Genosse aus der Arbeiterbewegung, an dem sich Fritz orientierte und mit dem er freundschaftlich verbunden war. Fast alle Schriften, die Waldemar Bolze in Salzgitter verfaßte, wurden bei Lübbes mit der Schreibmaschine zur Vervielfältigung vorbereitet. Herma tippte, was Waldemar diktierte. Ein Genosse zitierte nach dem Beisetzen der Urne aus »Der Weg der Gewerkschaften«:

»Die Arbeiter werden den Imperialisten nicht in den Arm fallen können, solange sie nicht vom reformistischen Einfluß befreit sind, d.h. solange sie noch an diese bürgerliche Demo-

kratie glauben. All der Groll, den ihre ständig zunehmende Verelendung gegen die kapitalistische Wirtschaft erzeugt, bringt die Massen nicht von selbst zum klassenbewußten Handeln, sondern kann umgekehrt (wie seinerzeit von dem Faschismus) für konterrevolutionäre Zwecke ausgenützt werden, wenn die revolutionäre Kraft fehlt, die das instinktive richtige Empfinden der Massen in klares Bewußtsein zu formen und zu planmäßigem Handeln zu leiten versteht.

Wie soll den Massen der Schwindel aufgedeckt werden, daß eine bürgerliche Regierung nicht für eine Demokratie kämpfen kann, die ihnen ihre demokratischen Rechte und Freiheiten erweitert und nicht schmälert, die ihre Existenz verbessert und nicht verschlechtert, die Krisen und Kriege verhindert und der Welt den Frieden sichern kann, wenn den Massen nicht gesagt und praktisch bewiesen wird, was sie selbst schon rein instinktiv empfinden, daß diese von den Reformisten gefeierte und sehr einträgliche Demokratie eine Demokratie für die Reichen gegen die Armen ist, daß diese Demokratie keine Herrschaft der Mehrheit des Volkes, sondern die dürftig verkleidete Kapitalsdiktatur einer verschwindenden Minderheit ist, die die Demokraten bei Bedarf mit bewaffneter Macht in die faschistische Sklaverei zwingen wird.«

Nachstehend, insbesondere für jüngere Leser, die Fritz Lübbe nicht kennen, Auszüge aus einem Artikel in der »Arbeiterpolitik« vom 30. Juni 1981:

»Lübbes, Salzgitter«

Fritz Lübbe, geboren in Rostock, ist in Wilhelmshaven aufgewachsen. Sein Vater arbeitete als Bäcker in der genossenschaftlichen Brotfabrik. »Er war immer gewerkschaftlich organisiert und in der SPD. Er legte Wert darauf, dass ich mich auch organisierte.« 1927, mit Beginn seiner Lehre als Schmied, tritt Fritz in die Gewerkschaft ein und wird Mitglied der sozialistischen Arbeiterjugend, SAJ. Nach der Lehre wird er arbeitslos. Als er auch in der Umgebung keine Stelle findet, geht er auf Wanderschaft, durchs Rheinland, Schlesien, Sachsen, Nordbayern. Die Winter verbringt er in Wilhelmshaven, auch um an der Jugendarbeit teilzunehmen. »In der SAJ hatten sich, wie in der SPD auch, verschiedene Richtungen entwickelt. »Kinderspeisung statt Panzerkreuzerbau« war die Parole im Wahlkampf 1928 gewesen. Und dann hat die SPD-Regierung mit den Bürgerlichen für den Panzerkreuzerbau gestimmt. Da waren die Diskussionen losgegangen. Und als die Weltwirtschaftskrise ausbrach, und immer mehr arbeitslos wurden, spitzte sich das zu. Wenn wir so weitermachten, mit dem »friedlichen Weg«, arbeiteten wir dann nicht der Reaktion in die Hände? Deshalb traten wir für den revolutionären Weg ein. Ende 1931 wurden wir ausgeschlossen. Wir hatten Verbindung zu einigen sächsischen Buchdruckern, die arbeiteten in Oldenburg. Durch die kamen wir zur SAP, der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands. Im Sommer war die gegründet worden, nach dem Ausschluss der SPD-Linken um Max Seydewitz. Wir waren im Jugendverband, SJV. Wir waren nicht viele, Wilhelmshaven war ja eine reformistische Hochburg. Aber wir hatten starken Einfluss, vor allem bei der Metallarbeiterjugend.

Wenn die Hitlerjugend was machen wollte, haben wir dafür gesorgt, dass Gegendemonstrationen auf die Beine kamen. Wir haben die SAJ und den KJV, das war der Kommunistische Jugendverband, angesprochen und meistens erreicht, dass wir gemeinsam auftraten. Als die Nazis dran

waren, 33, sind wir gewarnt worden.« Fritz und seine politischen Freunde gehen ins Saargebiet. »Das stand seit dem Ende des Ersten Weltkrieges unter Aufsicht einer Kommission des Völkerbundes. 1935 sollte abgestimmt werden, ob das so bleibt, Status quo, oder ob die Saar an Deutschland geht. Wir traten dafür ein, Status quo, bis der Faschismus in Deutschland erledigt ist. Darauf hatten sich die Arbeiterparteien geeinigt. Die Emigrationsgruppen waren besonders aktiv. Aber wir haben nicht viel erreicht, alles war von den Nazis unterwandert.« Am 1. März 1935 wird das Saargebiet dem Deutschen Reich »angegliedert«. Die Emigranten müssen nach Frankreich fliehen. »Wir kamen in Sammellager. Aber die wurden schon bald wieder aufgelöst, wir wurden ausgewiesen. Unter der Regierung Laval war das. Bekamen den Ausweisungsbefehl und einen Freifahrtschein bis an die belgische Grenze. Unser Transport ging über Paris. In Paris sind wir ausgestiegen, das hatte uns unsere Auslandszentrale der SAP geraten. Herbst 35 war das.«

Die Ausweisungsbefehle werden auch unter der Volksfrontregierung nicht aufgehoben. »Aber unser Aufenthalt wurde jedenfalls legalisiert, durch ein Papier, das von Monat zu Monat verlängert wurde.« Arbeitserlaubnis erhält Fritz nicht. Mit einigen Genossen verdient er sich etwas Geld durch Musizieren in Hinterhöfen.

Im Dezember lernt Fritz seine spätere Frau kennen, Herma, durch österreichische Emigranten. Sie war bis dahin politisch nicht organisiert, aber immer Gewerkschafterin. Im Herbst 1938 heiraten sie. Kurz darauf wird Fritz interniert, als es wegen des drohenden deutschen Einmarschs in die Tschechoslowakei zum Krieg zu kommen scheint. Nach dem Münchner Abkommen wird er wieder entlassen. Bei Kriegsausbruch abermalige Internierung. Anfang 1940 wird er »dienstverpflichtet«, in eine Transformatorenfabrik bei Rouen. Herma begleitet ihn. Als die deutschen Armeen in Frankreich einfallen, werden die beiden getrennt. Herma kommt ins Lager Gurs, nördlich der Pyrenäen, Fritz in die Normandie. Aber bald schon kann er sich nach Paris durchschlagen. Nur: »Da war niemand mehr, keine Anlaufstelle, nichts.« Er hört von einem Sammellager. »Das war eingerichtet von den Faschisten, die suchten Arbeitskräfte für die deutsche Industrie. Angeblich verlangten sie keine Papiere, Hauptsache, man war Facharbeiter. Ich hab mich bei denen gemeldet, was blieb mir übrig. Gesagt, ich wäre auf Wanderschaft gewesen und hängen geblieben, und dann wäre ich interniert worden. Die Papiere hätten die Franzosen mir abgenommen. Ich habe mir eingebildet, ich kann denen durch die Maschen schlüpfen.«

Wenige Tage später ist er in Salzgitter. Er kommt als Schweißer in die Hauptwerkstatt der Hütte, damals »Reichswerke Hermann Göring«. Als »Reichsdeutscher« wird er in Lager 9 untergebracht. »Ein Lager neben dem andern. Das zog sich 'rauf von Watenstedt bis nach Immendorf. Lager 21 war das Straflager, das unterstand der Gestapo in Braunschweig. Dann das KZ, unter der Hochstraße auf der Hütte, die Außenstelle von Neuengamme.«

Herma ist noch im Lager Gurs, im unbesetzten Teil Frankreichs. Sie weiß nicht, wo Fritz ist. Endlich ein Brief, im Oktober, den er im Mai schon geschrieben hat. Dass er sie erwartet, in Paris. Aber dort ist er nicht mehr. Auf vielen Umwegen findet sie ihn. Herma kann sich im Reichsgebiet frei bewegen, ist »unverdächtig«, weil sie Österreich schon acht Jahre vor dem »Anschluss ans Reich« aus wirtschaftli-

chen Gründen verlassen hat. Sie findet in Salzgitter Arbeit als Verwaltungsangestellte der »Reichswerke« und für beide eine Wohnung.

Zwei Monate sind sie wieder zusammen, da wird Fritz verhaftet. Die Gestapo hat durch die französischen Behörden Auskunft über ihn erhalten. Die SAP-Mitgliedschaft muss er zugeben, auch die politische Betätigung vor der Saarabstimmung. Das Reichskammergericht verurteilt ihn zu einem Jahr Gefängnis wegen »Vorbereitung zum Hochverrat«. Als er entlassen wird, befürchtet er, er kommt ins KZ. »Aber ich kam zurück. Und wie das im Urteil ausdrücklich vermerkt war, auf dieselbe Arbeitsstelle.« Politisch kann er kaum noch was machen: »Ich war nun gezeichnet, konnte nichts sein als Arbeitstier. Was brauchten die für Arbeitskräfte, der Rußlandfeldzug hatte ja angefangen. Die meisten deutschen Kollegen wurden eingezogen. Ich war wehrunwürdig.« 1945 ist von 'Wehrwürde' keine Rede mehr, Fritz wird eingezogen. »Aber unser Haufen war vernünftig: weißes Taschentuch ans Gewehr und in Gefangenschaft.«

Nach dem Krieg will Fritz wieder auf der Hütte anfangen, aber es werden keine Arbeitskräfte gebraucht. Bis über die Demontage entschieden ist, wird nur soviel gearbeitet, dass die Anlagen erhalten bleiben. Er kommt zu den Stahlwerken Braunschweig, in die Waggonreparatur. »Ich erinnerte mich an meine Vergangenheit. Das erste war, mich wieder organisieren, erst mal in der Gewerkschaft. Die ersten Betriebsversammlungen kamen zustande. Anfang 46 die erste Betriebsratswahl. Ich war nominiert, wurde aber nicht gewählt, ich kam erst ein Jahr später in den Betriebsrat, als ein Kollege ausschied. Jetzt kam ich in Verbindung mit der IG Metall-Ortsverwaltung in Salzgitter und dem KPO-Kreis um Erich Söchtig, Ende 46, Anfang 47. Karl Sievers gehörte dazu, ein alter SAP-Genosse. Er nahm mich mit zu den Zusammenkünften der Gruppe Arbeiterpolitik, die sich damals herausbildete.«

»Ich habe mich nach 1945 nicht entschließen können, zu einer von den traditionellen Parteien zu gehen. Wir hatten uns doch nicht umsonst Gedanken gemacht über den Zerfall der deutschen Arbeiterparteien. Viele von der SAP sind wieder zur SPD. Zur KP wollten sie nicht, ausschlaggebend dafür war für sie die Politik der Sowjetunion. Schon 36 bis 38, diese Maßnahmen gegen die alten Bolschewiken. Ich habe mir gesagt, was wollen die, die alten Parteien haben versagt, also müssen wir von vorn anfangen, auch wenn das noch so mühsam ist.«

1947 kommt Waldemar Bolze nach Salzgitter. »Die Auseinandersetzungen um die Demontage spitzten sich zu. Der größte Teil der politischen Arbeit lag bei ihm.« Fritz ist am Kampf gegen die Demontage nicht unmittelbar beteiligt, weil er nicht auf der Hütte arbeitet. »Das war der Höhepunkt unserer politischen Arbeit. Wir hatten Gruppenteile in den verschiedenen Ortschaften hier, Steterburg, Salzgitter-Bad, Lebenstedt. So um 20 nahmen hier in Lebenstedt regelmäßig teil. Bei gewerkschaftlichen Veranstaltungen waren das natürlich mehr, um die 200. Bei unseren Kulturabenden waren 150, 200 da. Unseren Einfluss kannst du auch daran messen, dass wir hier damals bis zu 500 Zeitungen abgesetzt haben. Die ersten Jahrgänge sind ja wieder aufgelegt worden. Darin findest du viel über uns. Es ist hauptsächlich das Verdienst von Waldemar, dass diese Dinge richtig dargestellt sind. Er war, im Hintergrund, der treibende Motor, hat den Ausschlag gegeben bei den entscheidenden Sitzungen. Die

Abwehr gegen die Demontage kam in Gang durch die Vorarbeit, die gemacht wurde. Erst mal gewerkschaftspolitisch, dann durch Kundgebungen, durch Diskussionen innerhalb des Betriebes, durch Flugblattverteilen, durch betriebliche und örtliche Versammlungen. Die Großkundgebung am Hochofen ist schon angesetzt, da schaltet sich die Bezirksleitung der IG Metall ein, unter Brenner, dann der Hauptvorstand: Absagen, nichts machen, wir machen das. Wir haben uns zusammengesetzt und beschlossen, die Aktion wird durchgeführt.« Es gelingt den Salzgitter-Arbeitern die Weiterführung der Demontage zu verhindern und damit den Wiederaufbau der Hütte durchzusetzen.

»Dann kam die Aufbauphase: die kapitalistische Restauration mit Hilfe der Amerikaner. Die mussten sich ein Bollwerk schaffen gegen die Sowjetunion. Dabei fiel auch für die Massen was ab. Unser Einfluss ging zurück. Die Mitgliederzahl hielt sich noch nach der Demontage, aber das politische Interesse war schon nicht mehr so wie in den schlechten Jahren. Die Leute kümmerten sich um ihren eigenen Kram. Zuerst setzten sich die ab, die mit uns nur sympathisiert hatten, die Dinge politisch nicht so überblickten. Der Kern blieb, aber man spürte doch, wie das Interesse sich allmählich verlagerte. Dann die sogenannte Wende in der Sowjetunion, der XX. Parteitag. Chruschtschow hatte erklärt, dass sich in den bürgerlich-demokratischen Ländern Übergangsformen zum Sozialismus entwickeln könnten. Das wirkte sich aus. Erich Söchtig und andere streckten die Fühler aus in Richtung SPD. Sie glaubten, auf diese Weise politisch weiterzugehen. Mit Söchtig sind fast alle rübergegangen. Nur Otto Müller nicht, Karl Sievers nicht, Paul nicht und ich.«

1956 wird Fritz der Prozess gemacht. »Nicht nur mir. Mit Günter Nagel und Klaus Wagner ging es weiter. Dann Helmut Barke. Wir waren alle Betriebsräte, in verschiedenen Betrieben, und bekannt als Arpo-Leute. Die Unternehmer fühlten sich wieder stark genug, um den Einfluss der Linken zurückzudrängen. Das wollten sie auch nach außen dokumentieren. Anlass für den Prozess gegen mich war eine Zusammenkunft, auf der über die Beitragswahrheit in der IG Metall gesprochen wurde. Einen Stundenlohn musstest du damals als wöchentlichen Beitrag zahlen. Einige Funktionäre versuchten sich zu drücken, hatten statt einer Mark nur 60 Pfennig angegeben. Das habe ich aufgegriffen: Du kannst mir nichts erzählen, ich weiß, wie hoch Dein Verdienst liegt, ich habe mich erkundigt. Das hätte ich nicht sagen dürfen. Einige beschwerten sich, und ich wurde verklagt, wegen »Bruches des Betriebsgeheimnisses«. Über drei Instanzen ging der Prozess, bis das Bundesarbeitsgericht entschieden hat: »Enthebung von den Betriebsratsfunktionen«. 1959 war das. Der Prozess wurde nur geführt, um den Leuten klar zu machen: bis hierher und nicht weiter. Mit der Betriebsratsfunktion war auch der Kündigungsschutz weg, und ich bin folgerichtig entlassen worden. Die Gewerkschaft hatte mir Rechtsschutz gegeben, durch alle Instanzen. Obwohl die vom Hauptvorstand, das weiß ich von Söchtig, schon vor der ersten Instanz gesagt haben, der Prozess geht verloren. Scheingefechte. So war ihre Einstellung damals schon.

Das alles war deprimierend, ohne Zweifel. Aber wir wussten, dass einmal ein Ende dieser Wohlstandsgesellschaft kommen würde. Auch wenn wir damals mit unserer Argumentation nicht durchkamen. Die Zeit des Umbruchs würde kommen. Das war der Grund, dass wir nicht wie die andern zur Sozialdemokratie zurückgegangen sind. Sicher, die

andern sind durch ihr Wechseln auch die materiellen Opfer, die sie sonst hätte bringen müssen, umgangen. Aber die entscheidende Ursache bleibt die lange, nicht vorhersehbare Periode des Wohlstands. Wer hatte die erwartet. Wir haben zusammengesessen, im kleinen Kreis, ich habe gesagt, Paul, wir machen das nicht mit. Ja, hat Paul gemeint, wir nehmen mit den Bremern Kontakt auf. Die alte »Arbeiterpolitik« war 59 eingegangen, aber die Bremer hatten wieder angefangen, gaben mit Brandler diese Briefe 'raus, die zur heutigen »Arbeiterpolitik« geworden sind. 30 Zeitungen von einer Ausgabe, manchmal waren es auch nur 25 oder 26, haben wir die Jahre hindurch hier abgesetzt. Wir haben an den Gewerkschaftsversammlungen teilgenommen und an den Veranstaltungen von »Arbeit und Leben« und haben unsere Argumente gebracht. Mancher hat vielleicht gewusst, dass das richtig war, was wir sagen, aber zugeben konnte das keiner. Manchmal, wenn wir am Jahresende für die Zeitung kassierten, fiel ein Hundertmarkschein ab. Naja.«

Fritz kommt mit Hilfe Erich Söchtigs auf der Hütte unter. Als Betriebsrat kandidiert er nicht mehr: »Damals konntest du als Betriebsrat nichts anderes machen wie jeder andere. Betriebsratsarbeit, ohne politisch was machen zu können, ist sinnlos. Dann besser als Vertrauensmann wirken.«

1972 geht Fritz vorzeitig auf Rente. Er hat seit 1959 als Schlosser in der Walzenschleiferei gearbeitet, die letzten Monate im Ersatzteillager. »Es ging einfach nicht mehr.« Ein Leben lang schwere Arbeit, nie eine Vergünstigung, und wenn sie angeboten wurde, hat er abgelehnt: »Das hätte mich von den Kollegen getrennt.« Dann die nervlichen Belastungen: »Nicht mal so die schweren Jahre« - Illegalität, Emigration, Haft und Gefangenschaft - die waren leichter zu ertragen als diese Aufstiegsperiode, dieser politische Abstieg, diese allmähliche Isolierung.«

Nach wie vor arbeiten die Lübbecke's politisch mit, soweit es in ihren Kräften steht. Manchmal darüber hinaus. Verkaufen die Zeitung, kassieren, besuchen »jeden, der noch ansprechbar ist«. Stellen Verbindungen her, reisen, um aus ihren Erfahrungen zu berichten. Schreiben für die Zeitung, helfen schreiben. »Was haben wir zu verbergen.« Veranstaltungen: Gruppe, Gewerkschaft, 1. Mai, Antikriegstag. Genossen kommen zu Besuch: »Manchmal will einer Rat, manchmal nur einen Platz zum Schlafen.«

Salzgitter, 31. Mai 1981: »Die Enttäuschung, die sich jetzt breit macht, vor allem bei den Jugendlichen. Da besteht doch die Gefahr, dass sie nach rechts gehen. Wenn wir nichts machen. Was tagespolitisch ansteht, in den geschichtlichen Zusammenhang bringen: Die steigende Arbeitslosigkeit, die Hausbesetzungen, die Auseinandersetzungen mit der Polizei bei Demonstrationen. Selbst in der Gewerkschaft sind sie erschüttert darüber, wie wenig politisch vorhanden ist, wie wenig die Jugendlichen wissen über die Vergangenheit. Es kommt für die Arbeiterorganisation darauf an, dem entgegenzuwirken, weil das Unwissen von der Reaktion ausgenutzt werden kann. Aber dazu muss endlich offen geredet werden. Auch über die Fehler der Organisationen der Arbeiter. Da wollen die vom Vorstand nicht ran. Das Versagen, als die Nazis an die Macht kamen, die Spaltung im Arbeiterlager. Dass die SPD nach 1918 auf ihre Plakate geschrieben hat, die Sozialisierung marschiert, und in Wirklichkeit kamen die Generäle. Die reaktionäre Entwicklung wurde doch begünstigt durch die sozialdemokratische Politik. Wie sie das hin-

genommen haben mit der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht.

Auf der anderen Seite die KP mit ihrer ultralinken Einstellung vor 1933. Die hat dazu geführt, dass der Graben zwischen den sozialdemokratischen und den kommunistischen Arbeitern noch größer wurde. Die Beeinflussung von der Sowjetunion. Statt dass bei uns Politik aus den eigenen Bedingungen gemacht wurde. Die Halbheiten der sozialdemokratischen Politik und die Fehler der kommunistischen:

da wollen sie nicht ran. Wenn wir mit den Jugendlichen wirklich reden wollen, müssen wir auch ehrlich sein und zugeben, dass die Arbeiterorganisationen vor 33 versagt haben. Schonungslos die Fehler der Vergangenheit aufdecken. Aber das heißt, die heutige Politik ändern. Und das wollen sie nicht, sie sind ja staatsbejahend. Was die Führung angeht, schliddern sie genauso 'rein wie in der Weimarer Zeit. Noch schlimmer: hängen sich an die Bürgerlichen. Und das geht weiter bergab, solange wir ihnen nichts entgegensetzen.«

■ WAHL ZUR HAMBURGER BÜRGERSCHAFT

Sozialdemokraten verlieren ihren Koalitionspartner, der Bürgerblock stützt sich auf einen Populisten

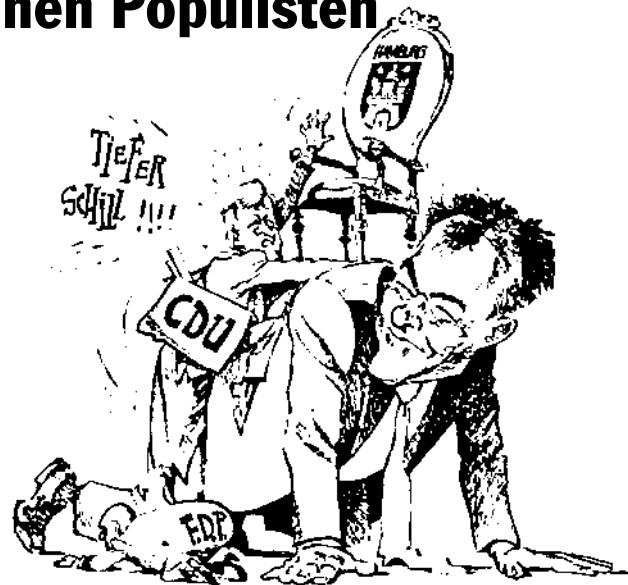
14 Tage vor der Wahl zum Hamburger Stadtparlament und zu den Bezirksparlamenten veröffentlichten drei Meinungsforschungsinstitute ihre jüngsten Umfragen, die in der »Welt« mit der Überschrift »Patt in Hamburg« veröffentlicht wurden. Während das Ergebnis von SPD, GAL, CDU und FDP mit einer Fehlertoleranz von +/- 1,8 Prozent richtig vorausgesagt wurde, erhielt die »Partei Rechtsstaatliche Offensive« (PRO) mit ihrem Vorsitzenden Schill am Wahltag rund 5 Prozent mehr Stimmen, als zuvor »erforscht« wurden.

Je näher der Wahltag heranrückte, um so deutlicher konnte man aus Gesprächen mit Sozialdemokraten heraus hören, dass parteiintern damit gerechnet werde, die »Macht« an einen »Bürgerblock« abgeben zu müssen. Die PRO mit ihrem aggressiven Populisten Schill wurde als der Gegner begriffen, der die Unzufriedenheit in den klassischen SPD-Hochburgen für sich nutzen könnte.

Zum Glück habe man ja drei Monate vor der Wahl noch den neuen Innensenator eingesetzt, der beim Thema »Sicherheit« nun gegensteuere. Der ehemalige Mitbegründer der JUSO-Stamokap-Fraktion, Rechtsanwalt Olaf Scholz, war im Mai kurzfristig zum Innensenator ernannt worden, nachdem sein Vorgänger, Hartmut Wrocklage, von der CDU-Opposition mit Hilfe der Hamburger Presse mittels verschiedener Unterstellungen in der Öffentlichkeit denunziert, von seiner Partei eilfertig fallengelassen worden war.

Scholz sollte nun dem reaktionären Populisten Schill den Wind aus den Segeln nehmen, denn es dämmerte den Parteistrategen inzwischen: Ihre eigene Mitglied- und Wählerschaft schlug ähnliche Töne an wie Schill, wenn es um Fragen des konkreten Alltags in den Stadtteilen und Wohnquartieren ging. Scholz bot sich in einem ersten öffentlichen Auftritt als jemand an, der »keine Beißhemmungen gegenüber Kriminellen« habe, dies sagte er anlässlich eines Rundganges um den Hauptbahnhof angesichts der dort sichtbaren **sozialpolitischen** Probleme, vor allem im angrenzenden Stadtteil St. Georg. Und weiter: »Obwohl die Gefängnisse schon voll sind, wollen wir dafür sorgen, dass es dort noch enger wird«, wird Scholz am 6.6.01 im »Hamburger Abendblatt« zitiert.

Der frisch gekürte Innensenator Scholz mit seiner verschärften Strafverfolgung mache es »endlich richtig, so, wie es in der S- und U-Bahn und auf vielen Straßen« aussehe, gehe es einfach nicht mehr weiter. So drückten es Parteimitglieder aus, die dem Wechsel von SPD-Stammwählern zu



Schill noch etwas entgegensetzen wollten. Scholz sollte es für die SPD »richten«.

Schill selbst konterte angesichts einer kurzfristig in Containern am Bahnhof errichteten Polizeiwache: »Der vom Saulus zum Paulus mutierte Innensenator führt hier ein Law-and-order-Spektakel auf. Er ist der Populist. Er glaubt, mich kopieren zu können. Aber das nimmt einem SPD-Politiker niemand mehr ab. Ich brauche gar nichts mehr zu tun. Ich brauche nur da zu sein.« (»Die Zeit«, 3.9.01)

Schill hatte recht: Der Wahltag zerstörte die Hoffnungen innerhalb der SPD, durch eine populäre Law-and-order-Politik ausreichend Stimmen für den Machterhalt an sich ziehen zu können. Nicht die kurzfristig aufgestellte Kopie (Scholz) wurde gewählt, sondern das Original (Schill).

Reizthema Drogen

Im Wahlergebnis zeigt sich, dass die Bewohner des Stadtteils St. Georg der neuen PRO im Verhältnis deutlich weniger Stimmen als im Hamburger Durchschnitt gegeben haben, nämlich »nur« 12,2 Prozent. Wenn jemand einen Grund hätte, Schill zu wählen, wären es die Bewohner von St. Georg. Doch die Alltagserlebnisse der Bewohner führten nicht zu einem Verfolgungs- und Repressionsverlangen an die Politik, wie es SPD und PRO meinen anbieten zu müssen. Nach dem Verständnis der bürgerlichen Wahlforschung

waren in St. Georg alle Voraussetzungen da, mit einer hohen Zustimmung zu Schill zu rechnen: Hohe soziale Belastung durch Drogenszene, Prostitution, Bahnhofsmilieu, hoher Ausländeranteil, niedriger Einkommensdurchschnitt, steigende Mieten....

Die Bewohner St. Georgs haben seit rund zwei Jahrzehnten immer wieder mit Initiativen der verschiedensten Art auf die genannten Probleme reagiert und sich im besten Sinne eingemischt – in der Regel mußte diese Einmischung gegen den sozialdemokratisch geprägten Behördenapparat durchgesetzt werden. Dabei hat sich eine überproportional große Zahl von Anwohnern ein tieferes Verständnis der sozialpolitischen Probleme angeeignet, die Plattheiten von PRO/Schill hatten deshalb nur geringen Nährboden. Das war in weniger belasteten Stadtteilen genau umgekehrt (siehe Kasten).

Die Probleme vor allem in diesem Stadtteil (und in St. Pauli sowie im Schanzenviertel – alle kliegen im Bezirk Hamburg-Mitte) sind seit 15 Jahren auf der Straße sichtbar wie der obere Teil eines Eisbergs. Sozialarbeiter, die in Sucht- und Drogeneinrichtungen, in der Jugendhilfe sowie in der Prostituierten- und Obdachlosenbetreuung tätig sind, haben in einem jahrelang quälend-zähen Prozess der alles in der Stadt beherrschenden Sozialdemokratie das eine oder andere Zugeständnis abgerungen: Erstere hatten die fachliche Kompetenz, letztere hatten die Verfügungsgewalt über das Geld.

Schon in den achtziger Jahren stellte man fest, dass der Staat in der Drogenpolitik mit Repression nicht weiterkommt. Es konnten, mit vielen Rückschlägen, langsam Maßnahmen durchgesetzt werden, die die Süchtigen als Kranke akzeptierten und das Leben der Abhängigen ansatzweise stabilisierte, u.a. durch Spritzentausch und Fixerräume. Noch im Jahr 2000 war eine hochrangige Delegation aus Behördenvertretern und Sozialarbeitern in Holland, um dort schon in die Praxis umgesetzte, weitergehende Maßnahmen zu erkunden (z.B. legale, kontrollierte Abgabe von Heroin, um das Suchtproblem von der Beschaffungskriminalität zu trennen). Positiv beeindruckt kamen die Behördenvertreter zurück, wollten sich an die Umsetzung in Hamburg machen – dann sollte Scholz den Wahlkampf retten. Norbert Dworsky, Geschäftsführer des Betreuungsvereins »Freiraum«: *»...jetzt kehrt man wieder zur Repression zurück – das ist ein Paradigmenwechsel«*. Und Pastor Marwege von der St.-Georgskirche ergänzt: *»Man wird sagen, das alles hat ja auch nicht geholfen. Dabei sind diese (bisherigen) Instrumente in Hamburg immer nur halbherzig angefasst worden.«* Scholz als Innensenator ließ das umsetzen, was Schill in seinem Programm hatte: unter anderem die Verabreichung von Brechmitteln (notfalls mit Sonde) bei Dealern, die Beweismittel ihrer Täterschaft verschluckt haben könnten.

Schill als inzwischen neuer Innensenator braucht jetzt nur noch in die von Scholz begonnene Richtung weitermachen – in dieser Frage kann die SPD sich nicht mehr oppositionell gebärden.

Reizthema Kriminalität

Der für den Wahlkampf freigestellte Amtsrichter Ronald Schill war bekannt geworden, nachdem er in verschiedenen Bagatellfällen ungewöhnlich hohe Strafen verhängt hatte. Zwei Männer, die während einer seiner Verhandlungen wegen angeblicher Störungen in Ordnungshaft genommen wurden, ließ er über die zulässige Zeit in der Haft »schmo-

ren«, indem er die Akten nicht in der dafür üblichen Zeit weiterleitete¹⁾.

Mit seinen gezielt vor der Presse gemachten Kommentaren über die »zu lasche« Rechtsprechung in Hamburg begann seine Karriere als von den Medien gesuchtes Konflikt-Objekt. Vor allem sein schon seit Studienzeiten andauernder Streit innerhalb der Richterschaft mit einem Jugendrichter, dem er grenzenloses Entgegenkommen gegenüber jugendlichen Straftätern vorwirft, wurde neben dem Drogenthema quasi zum Programm der von ihm gegründeten »Partei Rechtsstaatliche Offensive«. Die Presse, voran die des Springer-Konzerns, spielte eifrig mit, die Schill-These von der Aussichtslosigkeit der Resozialisierung durch immer wieder neue Einzelbeispiele zu untermauern. Es wurde durch gezielt unübersichtliche Statistiken und nicht vergleichbare Zahlen eine ungewöhnlich hohe Kriminalitätsrate für Hamburg herbeigeredet, die darin mündete, daß Schill versprach, er würde als Innensenator dafür sorgen, daß die Kriminalitätsrate in 100 Tagen halbiert sei.

»Besser würde das Leben vielleicht sein, wenn die Gesunden und die Rechtschaffenen in unserer Gesellschaft anerkannt würden, dass einige unter uns nicht mitkommen mit dem hohen Tempo und den vielfältigen Angeboten. Sie werden auffällig, durch Krankheit oder Kriminalität, durch falschen Genuss oder rohe Gewalt. Notwendig wären angemessene Hilfen, nicht aber der härtere Knüppel des Gesetzes. Der ist schon hart genug«.

Heinrich Bellmann,
Pastor an der JVA Fuhlsbüttel

Die Themen der SPD: Wirtschaftspolitik...

Die Wirtschaftspolitik des bisherigen Rot-Grünen Senats wurde in der bürgerlichen Presse und vom Handelskammerpräsidenten Nikolaus Schües positiv gewürdigt, besonders Wirtschaftsminister Mirow und Bürgermeister Runde: *»Der Senator hat gute, solide Arbeit geleistet und ist auch international hoch anerkannt als Repräsentant der Hamburger Wirtschaft«*.

Die CDU hat die großen Bauprojekte der Hansestadt in den letzten Jahren immer unterstützt. Ihre Kritik an der Wirtschaftspolitik des Senats betraf die Stadtentwicklung und vorrangig den Straßenverkehr. Sie setzte zwar andere Prioritäten, hatte und hat aber dieselbe Ausrichtung: **den Reichen zu geben, damit sie investieren, den Armen zu nehmen, damit sie sich bewegen.**

Die Okkupation der DDR, die bundesdeutsche Exportkonjunktur der letzten Jahre und verschiedene Hamburger Großprojekte haben die lokale Wirtschaft bisher begünstigt. Der rot-grüne Senat pries die Resultate seiner Standortpolitik: 2 Prozent Wirtschaftswachstum (im Bundesdurchschnitt waren es im 1. Halbjahr 2001 nur 1 Prozent) und ein Rückgang der Arbeitslosenzahlen um fast 30 Prozent.

Runde in der »Welt«: *»Wir haben nicht mehr 100.000 Arbeitslose, sondern 70.000«*. Und im SPD-Wahlprogramm war nachzulesen: *»Wir sorgen für gute Entwicklungsmöglichkeiten unserer industriellen Großbetriebe ... Zur Stärkung des Industriestandortes werden wir moderne Industrieparks schaffen...«*. Eine »Ansiedelungsoffensive für Luftfahrtzulieferer und Luftfahrtdienstleistungs-Unternehmer« wurde ver-

1) Dieser Vorgang war Anlass für die Geschädigten, ihn wegen Rechtsbeugung und Freiheitsberaubung anzuzeigen. Am 18. Dezember wurde nach Aufhebung des erstinstanzlichen Urteils (12.000 DM Strafe) durch die höhere Instanz vom Hamburger Landgericht erneut geurteilt: Freispruch, da kein Vorsatz nachweisbar war. Der Richter stellte dabei fest, dass Schill vor Gericht gelogen habe.

Das Wahlergebnis in Zahlen

Die Wahlbeteiligung war mit 71 % nur rund 2,3 % höher als 1997, blieb aber deutlich hinter den Prognosen zurück. Das Wahlergebnis zunächst in Zahlen:

Es kommen nun 5 statt bisher drei Parteien in die Bürgerschaft. Die übrigen zwölf Wahllisten kommen zusammen auf nur 4,3 % der gültigen Stimmen. Die bisher regierenden Sozialdemokraten verlieren trotz eines leichten Zugewinns an Stimmen (+ 0,3) von ihren bisherigen 54 Sitzen 8 Plätze. Ihr bisheriger Koalitionspartner, die GAL, verliert von ihren ursprünglich 21 Sitzen 10 Plätze, sie verlor 5,4 % der Wählerstimmen. Die CDU verliert von ihren bisher 46 Sitzen 13 Plätze, weil sie 4,5 % weniger Stimmen erhielt.

Die hier weggefallenen Plätze gehen in der neuen Bürgerschaft an die PRO mit 25 Sitzen für 19,4 % der Stimmen (+19,4%) und an die FDP mit 6 Sitzen für 5,1% (+1,6%) der Stimmen.

Die während der letzten Legislaturperiode im Frühjahr 1999 von der GAL abgespaltene Gruppe »Regenbogen« hielt bis zur Wahl 5 Sitze, die sie mit 1,7 % Wählerstimmen (das beste Ergebnis unter den »draußen gebliebenen« rechten und linken Parteien und Gruppen) nicht mehr halten konnte.

Welche Stimmen für wen?

Die Altersgruppe der 35- bis 59jährigen hat sich stärker (gemessen an den Bürgerschaftswahlen von 1997) an den Wahlen beteiligt (+2,5 %), während die der 25 – 34jährigen und die der älter-als-60jährigen etwas zurückging (- 1,7 %). Dagegen ist die Beteiligung der 18 – 24jährigen deutlicher zurückgegangen: um - 11,5 %. Der Rückgang betrug bei den Männern -14%, bei den Frauen -9,3%; mit dem Ergebnis,

dass diesmal von den Frauen dieser Altersgruppe nur noch 47% zur Wahl gingen, deutlich weniger als die Wahlbeteiligung der gesamten Bevölkerung mit 71 %.

Zwei markante Verschiebungen aus der Analyse der Altersgruppen: Die GAL verliert gegenüber der letzten Wahl bei den 25 – 30jährigen 13,3 %, bei den 35 – 44jährigen 11,4 %, das sind ihre Hauptwählergruppen in der Alterspyramide.

Die PRO hat ihre Hauptwählergruppe bei den über 45jährigen mit Anteilen von 21 % und mehr, bei den über 60jährigen Männern hat sie einen Anteil von 28,7 %. Sie wurde insgesamt mehr von Männern (21,9 %) als von Frauen (16,4 %) gewählt.

Laut einer Umfrage am Wahltag von infratest/dimap setzt sich die Wählerschaft von PRO zusammen aus 29% Arbeitern, 24 % Angestellten und 20,2 % Arbeitslosen – die restlichen 28 % wurden nicht zugeordnet.

Die Wählerwanderung zur PRO setzt sich den Umfragen nach zusammen aus:

- 27 % (31.000) Wählern vormals rechter Parteien (DVU, Reps + Statt-Partei)
- 27 % (37.000) Wählern vormals der CDU,
- 27 % (36.000) Wählern vormals der SPD,
- 19 % (31.000) mobilisierte Nichtwähler – unter denen vor vier Jahren besonders viele enttäuschte SPD-Wähler waren.

Die rechten Parteien DVU und Reps haben zusammen mit der Statt-Partei dieses Jahr 77.000 Stimmen gegenüber 1977 verloren. Es ist zu vermuten, daß von den sich aus den obigen Zahlen ergebenden 46.000 »heimatlosen« Rechten nicht alle zuhause geblieben sind, sondern in erheblichen Maße auch für die PRO gestimmt haben.

kündet, »die von der direkten Akquisition bis zur Bereitstellung neuer attraktiver Gewerbeflächen reicht«. Die Erweiterung des EASA-Airbus-Geländes kostete der Stadt bisher 1,3 Mrd. DM (laut Regenbogen). Mittelstand und Handwerk sollten weiter mit Wirtschaftsfördermitteln unterstützt werden.

Die Arbeiter und Angestellten der öffentlichen Unternehmen erleben diese Standortpolitik seit Jahren ganz anders. Wer dort neu eingestellt wurde, muß gegenüber den länger Beschäftigten immer kräftigere Lohneinbußen hinnehmen. Sie bringen ihr Opfer, damit die Unternehmen »fit für den Wettbewerb« (SPD-Slogan) sind. In ausgegliederten Betriebsstellen und in den unteren Lohngruppen betragen die Lohnkürzungen inzwischen bis zu 16,4 %. Wolfgang Rose, Bezirksleiter der Gewerkschaft ver.di, sprach von einer »erpresserischen Situation, der die Gewerkschaften immer häufiger gegenüberstehen.« Die öffentlichen Arbeitgeber drohten mit Ausgründung von Unternehmen oder der Vergabe von Aufträgen an billigere Konkurrenten. Ziel sei es, die für den öffentlichen Dienst vereinbarten Tarife zu unterlaufen. »Aushilfen, ungelernte und angelernte Arbeitnehmer bei den Wasserwerken mußten beispielsweise 1998 eine Tarifsenkung von DM 3813,- auf DM 2709,- akzeptieren.« (»Die Welt«, 25.4.01)

Die »erpresserische Situation«, von der der sozialdemokratische Gewerkschaftsfunktionär Rose spricht, ist integra-

ler Bestandteil der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik, die von der GAL als Juniorpartnerin der Regierung flankiert wurde: Erpreßt haben die öffentlichen Betriebe – wie die privaten auch. Aber erpressen ließen sich die Beschäftigten u. a. deshalb, weil die Gewerkschaftsführung eine mögliche Abwehr (die hätte organisiert werden müssen) der Erpressung im Interesse der rotgrünen Landesregierung nicht wollte. Das wird natürlich nicht so deutlich gesagt, aber es wird »organisiert« – durch Beruhigung, Desinformation, Spaltung, Führungslosigkeit etc. Und genau dafür steht der ehemalige ÖTV- und jetzige verdi-Funktionär Rose.

Den Unternehmern einerseits die Konkurrenzfähigkeit erhalten und den Beschäftigten andererseits »Gerechtigkeit« gewähren, steht in einem gegensätzlichen Zusammenhang. Je härter der Konkurrenzdruck, desto weniger »Gerechtigkeit« wird gewährt. So wird dem Reformismus, der nicht kämpfen will, der materielle Boden für seine »Politik des kleineren Übels« entzogen.

Der abgewählte Bürgermeister Runde wurde nach der Wahl in einem Interview zu der Wertorientierung der Parteien des bürgerlichen Lagers gefragt, worauf er u. a. antwortete: »... auch 36,5 Prozent, die SPD gewählt haben, sind Bürgerinnen und Bürger. Es gibt nicht das bürgerliche Lager. Das ist eine Fiktion.« (Die Welt, 1.10.01)

Er drückt damit zunächst das allgemeine Verständnis der sozialdemokratischen Parteiführung aus, dass nämlich die

gegensätzlichen Interessen in der Gesellschaft, vor allem die zwischen Kapital und Arbeit, überbrückbar und folglich nicht mehr antagonistisch seien. Alle Menschen seien Bürger, die arbeiten; also gebe es keine Arbeiter mehr, deren Klasseninteressen die SPD vertreten müsse. Die Parteien betrieben bürgerliche Politik, mit unterschiedlichen Schwerpunkten zwar, aber eben doch bürgerliche Politik.

Diese Vorstellungen der Sozialdemokratie haben einen tatsächlichen Boden: Die arbeitende Klasse entwickelte in den wirtschaftlichen Aufstiegsjahren der Bundesrepublik keine Klassen- oder gar revolutionäre Klassenpolitik. Das von einer dünnen Schicht der Arbeiterklasse über die Nazizeit herübergerettete Klassenbewußtsein verkümmerte unter den ökonomischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen zurück zu bürgerlicher Denkweise. In diesem Rahmen wurde natürlich auch dieser Wahlkampf geführt.

Die SPD glaubte, den Wahlkampf mit einer positiven Bilanz ihrer Politik starten zu können. Sie führte als erfolgreiche »Standortpolitik« an:

- der Wandel Hamburgs zur Medienmetropole,
- der Infrastrukturausbau der Hafenerweiterung,
- die Elbvertiefung,
- der Bau der vierten Elbtunnelröhre,
- der Ausbau des Flughafens,
- die Erweiterung des DASA-Geländes, um die Endmontage des Airbus-380 nach Hamburg zu bekommen.

Diese Wunderwerke der Technik zeigen die Leistungskraft der kapitalistischen Wirtschaft, die in immer größeren Widerspruch zu den sozialen Verhältnissen gerät.

Die Wirtschaftspolitik wird bestimmt durch den kapitalistischen Verwertungsprozess: Eine enorm gestiegene Produktivkraft, in der immer weniger Menschen immer mehr herstellen. Nur durch die produzierten Waren bzw. Dienstleistungen, die **tatsächlich verkauft** werden, kann das darin enthaltene (verausgabte/vorgeschoßene) Kapital in Geldkapital zurückverwandelt werden. Und **nur dieses zurückverwandelte Kapital** kann auch verteilt werden.

Im heutigen Entwicklungsstadium des kapitalistischen Prozesses steht diese Verteilung unter dem ruinösen Konkurrenzdruck der weltweit geschaffenen Überkapazitäten. In gleicher Weise konkurriert die Stadt Hamburg mit den anderen Metropolen Europas um den besseren »Standort«, soll heißen: Um die besseren von der Landesregierung/dem Staat den Unternehmern zur Verfügung gestellten Infrastrukturen für ihre kapitalistische Produktion, die auf privaten Profit hinausläuft.

Die Subventionsforderungen der Privatwirtschaft artikulierten Handelskammer, Arbeitgeberverband, Arbeitsgemeinschaft Selbstständiger Unternehmer, Bundesverband junger Unternehmer etc. Das Klasseninteresse der Hamburger Wirtschaft ist vorrangig die »Standortpflege«, die von der rot-grünen Regierung schon ausgiebig bedient wurde, vom Bürgerblock aber noch weiter vorangetrieben werden soll:

- Abgaben und Gebühren für Unternehmen senken;
- Gewerbeflächen herrichten und verfügbar halten ...
- ... zu entsprechend geänderten Preisen (laut Regenbogen werden Hafensflächen teilweise jetzt schon zu DM 4,-/qm jährliche Miete abgegeben).
- Die »echte« Privatisierung soll vorangetrieben werden.

Darüber hinaus forderten sie vom neuen Senat eine »Deregulierungsoffensive« und darin als zentralen Bereich den Arbeitsmarkt: »Die notwendige Novellierung der Tarifgesetzgebung, des Kündigungsschutzes und eine Öffnung des Arbeitsmarktes für ausländische Arbeitnehmer durch ein Einwanderungsgesetz ...«

Die SPD warnte vor Schill & Beust mit der Begründung, »ein Senat mit Schill ist eine Gefahr für das wirtschaftliche, internationale und politische Klima in der Stadt.« Die Vorstellungen von Beust waren aber unisono mit den Forderungen der Handelskammer, alles ging in Richtung Deregulierung. Wo sollte da eine »Klimaverschlechterung« herkommen?

... und Sozialpolitik

Die Erfolge der massiven Standortpolitik der SPD hatten keine Folgen in den Stadtteilen, die als soziale Brennpunkte gelten: Für verstärktes soziales Wohnen für schwach Verdienende, für verbesserte Wohnqualität in belasteten Vierteln wie Wilhelmsburg und für sozial-kulturelle Angebote in den Quartieren hatte die rot-grüne Koalition kein Interesse und kein Geld.

Die Sozialpolitik der Regierung wurde erst durch die Ankündigung von Beust, er wolle die »400 Staatsbetriebe ... nach und nach privatisieren« zu einem greifbaren Wahlkampfthema. Nun hatte die SPD etwas in der Hand, die latenten Ängste der Mieter von stadteigenen Wohnungen aufzugreifen und zur Abwehr der Privatisierung die Wahl der SPD zu empfehlen, »weil die Mieter der SAGA und GWG sich bei der SPD darauf verlassen können, dass ihre Wohnungen nicht verscherbelt und sie nicht mit ihren Familien auf die Straße gesetzt werden.«

Die CDU lieferte somit eine Steilvorlage, mit der die SPD an die sozialen Ängste ihrer klassischen Wählerklientel in den ca. 30.000 Wohnungen von SAGA und GWG anknüpfen konnte. Ob das gelungen ist, bleibt offen, da die CDU sofort mit einem »persönlichen Schreiben« von Ole von Beust antwortete, in dem dieser versprach, jeder Mieter habe ein Erstkaufrecht auf seine eigene Wohnung.

Ein sogenanntes »QUAS-Programm« (Qualifizierung für Ausbildung und Schule), das der rot-grüne Senat zusammen mit Handels-/Handwerkskammer und DGB schon im Jahr 2000 propagiert hatte, sollte das Engagement der SPD für arbeitslose, schwer vermittelbare Jugendliche belegen. Es wurde während des Wahlkampfes immer wieder in Zusammenhang mit dem Rückgang der Arbeitslosenzahlen in Hamburg genannt: Jugendliche ohne Hauptschul- oder Realschulabschluss, oftmals lerngestört, vielfach aus einem zerrütteten sozialen Umfeld, erhalten ein Jahr lang rund 700 DM monatliche Beihilfe. Dafür müssen sie sich bereit erklären, an der Qualifizierung für einen Haupt- oder Realschulabschluss und an einer überbetrieblichen Ausbildung teilzunehmen, sowie ein Praktikum in einem von der jeweiligen Innung vermittelten Betrieb zu absolvieren. Die Anforderungen an diese Jugendlichen sind von ihnen ohne eine sozialpädagogische Intensivbetreuung (neben den Berufsschullehrern) nicht zu bewältigen – da diese sich z.B. im Kfz-Handwerk auf zwei Sozialpädagogen beschränken, ist seit geraumer Zeit erkennbar, dass das hochgelobte QUAS-Programm nicht greift. Die Realität, die für einen Wahlkampf allerdings nicht taugt: Rund 80 % der Jugendlichen erzielen keinen Fortschritt in ihrer Qualifizierung, das Arbeitsamt zahlt alle Beihilfen, die

Abgegebene Stimmen für die »draußengebliebene« Linke:

im Bezirk	PDS-Hamburg Stimmen für		Regenbogen Stimmen für	
	Bürgerschaft	Bezirk	Bürgerschaft	Bezirk
Mitte	515	724	2.276	3.252
Altona	55	837	3.632	5.357
Eimsbüttel	524	787	2.726	3.948
Nord	664	883	2.426	3.417
Wandsbek	634	874	1.770	2.395
Bergedorf	147	–	581	968
Harburg	264	328	836	1.045
Summe	3.299	4.433	14.247	20.382

Innungen bekommen Soz.-Päd.-Stellen finanziert, egal ob die Jugendlichen von denen betreut werden oder nicht, die Praktikums-Betriebe haben ein erstes Ausleseverfahren in der Hand, um schwierige Azubis, Abbrecher etc., aus ihren Betrieben rauszuhalten. QUAS war/ist vor allem gut für das Sozial-Image der Unternehmer-Verbände, die SPD hatte was zum Blenden während des Wahlkampfes und der DGB hat mal wieder mitgemacht.

Links von SPD und GAL: Zu Regenbogen

In verschiedenen Bereichen der Sozialpolitik hatte die SPD in den letzten Jahren einen dauernden Kritiker: Das waren wesentlich die Abgeordneten der Bürgerschaft, die zunächst in der GAL tätig waren, ab 1999 dann – nach der rot-grünen Befürwortung des NATO-Krieges gegen die Republik Jugoslawien – als »Gruppe Regenbogen – für eine vereinigte Linke« auftraten. Sie bemühten sich intensiv um eine Anbindung an Kolleginnen und Kollegen in den Bereichen der Drogenpolitik, der Sozial-, Jugend-, Schul- und Bildungspolitik sowie der Ausländer- und Flüchtlingspolitik. Stellenweise hatten

»Links von der SPD...«

Für die Hamburger SPD gilt: Alles, was sich links von ihr bewegt und evtl. sogar organisiert auftritt, wird schlicht ignoriert. Diese Haltung wird in Hamburg ausgiebig gepflegt, zuletzt gegenüber »Regenbogen«. Es gibt auch keinen »linken Flügel« in der SPD mehr, der in den Gewerkschaften angesiedelt wäre und für seine vielleicht sogar vom Parteivorstand abweichende Meinung werben würde. Auch die AfA, die in Hamburg z.Zt. einen Beamten zum Vorsitzenden hat, tritt seit Jahren nicht mehr als Fraktion in den Gewerkschaften auf – es ist eh alles in ihrer Hand, was es an Posten zu vergeben gibt. Die aktiven Parteimitglieder sind seit Jahren in den städtischen und von der Stadt abhängigen Apparaten und Betrieben so verwachsen, dass die Partei es überhaupt nicht mehr nötig hat, ihre politischen Auffassungen nach außen zu vertreten. Gibt es Konflikte mit »Bürgern« (laut Runde gibt es nichts anderes), werden diese »mit der kurzen Leitung« erledigt, weil ja doch in allen Ämtern Parteigenossen das Sagen haben.

sie auch gute informelle Kontakte in Kreise der Gewerkschaftsaktiven.

Die Kritik von Regenbogen an der Politik des Hamburger Senats war von einer humanistischen Grundhaltung bestimmt, war oft konkret und sachkundig in der Analyse, hatte allerdings keine grundsätzliche, gemeinsame Haltung zu den bürgerlich-parlamentarischen Verhältnissen, wenn man davon absieht, daß sie die Auswüchse der kapitalistischen Konkurrenz verurteilten. »'Regenbogen – für eine neue Linke' entwickelt seine Politik aus dem Leitgedanken der sozialen Grundrechte.« Sie wollen anders wirtschaften und propagieren Zusammenarbeit statt Konkurrenz. Dadurch soll verhindert werden, dass große Wirtschaftsunternehmen die Metropolen bzw. Standorte gegeneinander ausspielen.

Diese Erscheinung des Konkurrenzkampfes ist die Folge der Expansion des Kapitals, dem die Unternehmer wie auch die Standorte unterworfen sind. Wie unter kapitalistischen Verhältnissen Standorte zusammen arbeiten, zeigt der geplante Bau eines Tiefwasserhafens in Wilhelmshaven. Die konkurrierenden Hafenstädte Bremen und Hamburg bauen zusammen mit dem Land Niedersachsen einen Hafen, der dem gemeinsamen Konkurrenten Rotterdam die Umschlag-Aufträge entziehen soll.

Um die Gruppe dieser »Regenbogen«-Bürgerschaftsabgeordneten sammelten sich Vertreter von verschiedenen Initiativen, die vor allem in der Drogen- und Sozialpolitik sowie in der Flüchtlings- und Umweltpolitik engagiert sind. Dazu »heimatlose« Einzelne aus Gewerkschaften ebenso wie in sozialistischen Gruppen Organisierte (z.B. in der DKP sowie in der SAV), die Bündnispolitik machen wollen.

Um in der Bürgerschaft zu bleiben und möglicherweise über den Gruppenstatus hinaus Fraktionsstatus zu erlangen, war der Wahlkampf der Fokus, auf den sich alle Aktivitäten konzentrierten. Diese politische Linke zeigte sich während des Wahlkampfes in verschiedenen Stadtteil- und fachbezogenen Wahlveranstaltungen, die materialreich den Istzustand der Hamburger Politik beschreiben konnten. Über Perspektiven und Möglichkeiten des konkreten Eingreifens gingen die Vorschläge weit auseinander, bzw. es waren keine da.

Eine »Regenbogen«-Wahlkampf-Veranstaltung kurz vor dem Wahltag wurde auf dem Gänsemarkt von ca. 500 Menschen besucht, die vor allem wegen des Hauptredners, Gregor Gysi, gekommen waren. Es war durch seine öffentliche Parteinahme für »Regenbogen« und den darin eingebundenen »PDS-Stadtverband« (siehe nächsten Abschnitt) unvermeidlich, dass er sich vom »PDS-Landesverband« politisch abgrenzte – worauf dieser nur gewartet hatte, um seine Störmanöver vor dem Podium laut werden zu lassen.

Die Hamburger politische Linke hat es der schwachen und sich scharf nach links abgrenzenden SPD allzu leicht gemacht, dieses auch im Wahlkampf durchzuhalten. Zu keinem Zeitpunkt haben PDS oder Regenbogen die SPD öffentlich gezwungen, sich mit konkreten Vorschlägen z.B. zur Abwehr einer PRO-Regierungsbeteiligung auseinanderzusetzen.

Zur PDS

Die Bemühungen des Parteivorstandes der PDS, den Einfluss und die politische Anziehungskraft der Partei im Westen der BRD zu stärken, führte seit Jahren in Hamburg dazu, dass sich die Fraktionierung in zwei organisatorisch getrennte

Flügel immer weiter verschärft hat. Der Streit um formale und Kompetenz-Fragen hat die Partei gelähmt. Eine politische Diskussion, die auch für Außenstehende interessant ist und die zu praktischen Konsequenzen führt, war immer weniger zu erfahren. Die Partei kam unter den Hamburger Linken vor allem ins Gerede, als sie ihren innerparteilichen Streit um Kasse, Räume, Schlüssel, Hausrecht und Satzung vor dem bürgerlichen Gericht austrug. Das Eingreifen des Bundesvorstandes mittels finanzieller Unterstützung der einen Seite und politischer Denunziation der anderen Seite hat der Außenwirkung der Partei insgesamt geschadet und die negativen Seiten der Auseinandersetzung auf beiden Seiten befördert.

Der Flügel, der sich »PDS-Landesverband Hamburg« nennt und auch die PDS-Studentengruppe umfasst (die an der Uni als »PDS-Linke Liste« auftritt), plädierte frühzeitig für eine Teilnahme an den Bürgerschaftswahlen – als PDS, nicht im Bündnis mit anderen. Motiv war vor allem ein innerparteilicher Machtkampf. Der Parteivorstand hatte von einer solchen Teilnahme abgeraten – ein Befolgen dieses Ratschlages wäre für die Genossinnen und Genossen des »Landesverbandes« einer Kapitulation vor Gysi und den anderen, die »im Westen ankommen wollen«, gleichgekommen.

Der andere Flügel, der sich inzwischen »Stadtverband« nennt, war ohnehin in der Gefolgschaft des Bundesvorstandes, sah ebenso wie dieser die negative Wirkung eines »Null-Komma-Ergebnisses« auf die bundesweite Entwicklung und gliederte sich nach einigen Diskussionen wenige Wochen vor der Wahl in das Bündnis »Regenbogen – für eine neue Linke« ein. Dieses Bündnis war entstanden, nachdem im Frühjahr 1999 fünf Bürgerschaftsabgeordnete der GAL wegen des von der rot-grünen Bundeskoalition mitgetragenen NATO-Krieges gegen Jugoslawien aus der Bürgerschaftsfraktion ausgetreten waren.

Warum bekam die PRO »aus dem Stand heraus« 20% der Stimmen?

»Die Bindungskraft der Volksparteien geht verloren«, das ist seit mehreren Jahre die allgemeine Schlussfolgerung der bürgerlichen Presse. Wenn man neben den bundesweiten Entwicklungen nach den Hamburger Besonderheiten sucht, gehören dazu zwei entscheidende Merkmale: die **Schwäche der oppositionellen CDU** über mehr als 40 Jahre und die **Stärke der bisher regierenden SPD**.

Die Schwäche der hamburgischen CDU ist die Eingrenzung ihrer Anhängerschaft auf ihre Klientel im engsten Sinne, auf die Kaufmannschaft, auf die Juristen etc. Darüber hinaus fehlt die Verbindung zur arbeitenden Bevölkerung. Im Unterschied zu Flächenländern wie Hessen oder NRW, aber ähnlich wie in Bremen, hat die CDU im protestantischen Hamburg keine Chance, mit christlich-sozialen Ansprüchen die abhängig Beschäftigten zu ködern. Sie profiliert sich ausschließlich mit Wirtschaftsfragen.

Die Stärke der hamburgischen SPD beruht auf den großen im Nachkriegs-Hamburg wieder aufgebauten Unternehmen und deren bundesweit agierenden Zentralen, die von Gewerkschaften und SPD beeinflusst oder in Besitz waren: die Genossenschaftsbetriebe der GEG, die Neue Heimat, die Volksfürsorge, die BfG. Dazu die landeseigenen Betriebe HHLA, SAGA, GWG mit mehreren Tausend Arbeitsplätzen. Durch die seit Kriegsende andauernde (mit der Unterbrechung 1953 – 57) SPD-Regierung wurden diese Betriebe zu



SPD-Heimstätten. Die Arbeitsplätze waren begehrt, weil es dort nicht ganz so hektisch zugeht wie in Privat-Unternehmen und weil die Beschäftigten einen »sicheren« Arbeitsplatz hatten. Dafür wurde das gegenüber der Privatwirtschaft durchschnittlich geringere Einkommen durchaus hingenommen. Zur Zeit gibt es rund 400 landeseigene oder von der Hamburger Regierung beeinflusste Betriebe. Ergänzend dazu sind in der Hamburger Verwaltung, die sich natürlich auch immer mehr aufblähte, Zigtausende Arbeitsplätze entstanden, die weitgehend unter sozialdemokratischem Einfluss besetzt wurden.

Anfang der 70er Jahre verschob sich die Struktur der Arbeitsplätze in der Hamburger Wirtschaft, beginnend mit dem Niedergang des Schiffbaus: Weniger Industrie-, mehr Dienstleistungs- und Verwaltungs-Arbeitsplätze. Zusätzlich begann der Niedergang der Neuen Heimat und der Genossenschaften – desillusionierende Erfahrungen um die Arbeitsplätze und die Versprechungen der SPD machten sich im sozialdemokratischen Milieu breit. Die einstige Stärke der Partei wandelte sich zu einer Schwierigkeit für die SPD, die in Hamburg intensiver als in anderen Ballungszentren erlebt wurde. Auf die bundesweite Entwicklung, dass die Bindung immer breiterer Teile der abhängig Beschäftigten sich löste, reagierte die SPD-Führung 1973 mit der Gründung der »Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen« (AfA), »um das dünner werdende Band zwischen SPD und der Arbeitnehmerschaft in den Betrieben wieder zu festigen« (Jörg Kuhbier, 1997).

Schon vier Jahre später schlussfolgerte ein Gewerkschaftsfunktionär in einem AfA-internen Kritikpapier, dass »die Vertreter der klassischen Arbeitnehmerbereiche in der Partei kaum noch Einfluß (haben)... Die SPD, speziell in ihren Hochburgen, ist dabei, die Bindung zum Bürger zu verlieren ... sie wird zum Wartesaal für Positionen im Dienstleistungs- und Verwaltungsapparat....« (Johannes Müller, 1977).

Zwanzig Jahre später, 1997, zieht derselbe Kollege, Funktionär der Hamburger IG Metall, in einer Festschrift folgende Konsequenz: »Je geringer der eigentliche Arbeiteranteil in der Wirtschaft wurde, um so geringer auch sein Einfluß in der Partei. Die auch im gewerkschaftlichen Bereich nur schwer erfassbaren Angestellten der Privatwirtschaft waren natürlich für die Partei ebenso wenig in ausreichendem Maße zu gewinnen. In diese Lücke stieß und stoßen immer mehr Beamte und abgesicherte Angestellte des öffentlichen Dien-

stes ... Ob wir unsere 'Stellung halten' können und wieder mehrheitsfähig werden ohne gut organisierte Arbeitnehmerschaft, bleibt abzuwarten ... Es scheint die Erkenntnis bei einigen Verantwortlichen zu fehlen, daß auch sie die Arbeitnehmerschaft brauchen ... So wie sich die SPD in den letzten Jahren hin zu einer Partei gewandelt hat, in der die sozial Abgesicherten die Richtung bestimmen, so können sich durch wirtschaftliche Umwälzungen ebenso völlig neue Entwicklungen ergeben«.

Durch die wirtschaftlichen Umwälzungen »verlagerte sich der politische Schwerpunkt in der ersten Hälfte der 90er Jahre mehr und mehr auf die Konsolidierung des Landeshaushaltes. Darüber hinaus wurden alle politischen Bereiche dem Primat der Standortpolitik untergeordnet«. (Dierk Hirschel in »Sozialismus«, 11/2001)

Das breite Potential an Frust und Enttäuschung zeigte sich schon vor der Wahl 1997. Der damalige Bürgermeister Voscherau, ein hanseatischer Rechtsanwalt, sprach während einer Wahlkampfrundreise durch den Hamburger Südosten von einer »brachialen Grundstimmung«, die er erlebt habe. Die Wahl ergab dann rund 12 Prozent Stimmen für rechte und rechtsradikale Parteien, von den SPD-Anhängern waren viele nicht zur Wahl gegangen, die Partei fuhr ihr schlechtestes Ergebnis überhaupt ein. Trotzdem hat sie aus der 97er Wahl keinerlei Schlussfolgerungen gezogen und vor allem das Frust-Verhalten bei den Arbeitern, ihrer ureigenen Klientel, schlicht ignoriert.

Die diesjährige Wahl brachte das zweitschlechteste Ergebnis für die SPD, die 0,3 Prozent plus zur vorherigen Wahl gewann sie offenbar, weil sie einen Teil der »Nicht-mehr-GAL-Wähler« zu sich zog. Vormalige GAL-Wähler realisierten ihren Wunsch, Schill zu verhindern, mit dem individuellen Kreuzchen-Wechsel zur SPD. Für die SPD reichte das nicht und die GAL wurde nicht mal mehr Juniorpartner.

Die PRO mit Schill an der Spitze hatte mit ihrem eindimensionalen Wahlkampfthema »Aufräumen« ein einfaches, überschaubares Angebot an Frustrierte und Verunsicherte aus allen sozialen Schichten. Überproportional hohe Zustimmung erhielt er in den Stadtgebieten, in denen das soziale Milieu tatsächlich kaputt geht: Dort, wo seit Jahren immer weniger miteinander geredet wird, wo die Parolen und Kurzformeln des Kleinbürgertums den öffentlichen Ton angeben, wo die »Sündenböcke« schon feststehen, wo mit dem umzäunten Eigenheim oder der Eigentumswohnung der Individualismus handfest betont wird. Es ist vor allem die **verlorengegangene soziale Sicherheit, ihren bisherigen Lebensstandard halten zu können**, weswegen sie – zunächst noch – verbal nach unten treten und dafür einen Macher im parlamentarischen Gefüge suchen.

Schill ist die »Blechfigur«, die den Ton trifft, der im Moment schon von vielen akzeptiert wird, weil an ihm nicht der Makel eines Anhängers rückwärtsgewandter, nazistischer Hassparolen klebt. Er hat einen »ehrenwerten« Beruf, er grenzt sich von Rechtsradikalen ab. Nichtsdestotrotz hat er quasi die gesamten Stimmen, die 1997 noch die rechtsradikalen Parteien REP, NPD, DVU und BfB erhielten, für die

PRO eingesammelt. Zusammen mit der PRO-Vorgänger-Partei STATT-Partei waren das vor 4 Jahren 11,9 Prozent.

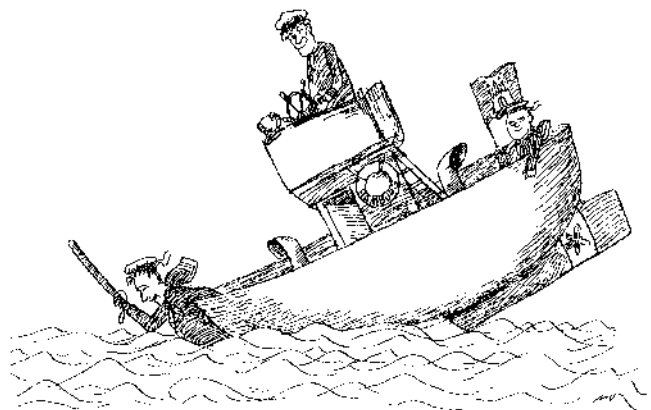
Die CDU ist mit der PRO eine Symbiose eingegangen, in der diese und ihr Anführer Schill nur gewinnen kann. Zusammen werden sie »aufräumen« mit der bisherigen Politik, »keinem auf die Füße treten« zu wollen. Jetzt wird den »Sündenböcken« auf die Füße getreten. Natürlich nicht den Unternehmern.

Nach der Wahl

Die ersten Maßnahmen nach der Regierungsbildung sahen eher nach einer Posse aus: Damit Schill sein Versprechen »... 200 Polizisten mehr ...« einhalten konnte, bot der bayrische Innenminister Beckstein an, 20 Polizisten aus Bayern an Hamburg auszuleihen. Mit der Forderung nach neuen, attraktiveren Uniformen machte sich Schill ebenfalls vor der Innenministerkonferenz lächerlich und: Noch nicht einmal für die 20 Leihpolizisten scheint Geld übrig zu sein. Die Stilllegung von Radar-Blitz-Anlagen, die Schill demonstrativ selbst vornahm (»Freie Fahrt für freie Bürger«), reduziert die Einnahmen von Strafgehdern erheblich.

Der neue Bürgermeister Ole von Beust erklärte vor der Abstimmung zum Koalitionsvertrag den Delegierten der CDU: Das Regieren falle in eine Zeit, »die völlig anders ist, als die Zeit, in der wir unser Wahlprogramm erstellt haben« und er begründete die veränderte Lage mit der terroristischen Bedrohung, den massiven Rückgängen bei den Steuereinnahmen und der Aussicht, mehr in den Länderfinanzhaushalt einzahlen zu müssen. Von Beust appellierte an die Verantwortung der Delegierten, dass sie dafür einstehen müssten, »wenn sie gefragt werden, warum hier oder da gestrichen oder gespart werden muß«. (»Welt« 22.10.01)

Eine andere Maßnahme ist dagegen nicht ernst genug einzuschätzen, weil sie die Richtung des »Bürgerblocks« anzeigt: Die von Schill schon vor der Wahl geforderte Auflösung der »Polizeikommission«²⁾ wurde Teil der Koalitionsvereinbarung und sofort nach der Regierungsbildung umgesetzt. Dies ist ein deutliches »Knüppel-frei«-Signal an den Teil der Polizeibeamten, die wegen ihrer dienstlichen Praxis eine interne Untersuchung fürchten müssten.



Die Galionsfigur

Am 1. November wurde der neue Senat vereidigt. Über das, was diese schwarz-blau-schwarze Koalition fortsetzt, was sie anders macht und – vor allem – wie die Sozialdemokratie mitsamt ihrem Appendix DGB-Führung dagegen opponieren, wird das Thema eines nächsten Berichtes aus Hamburg sein.

16.12.01 ■

2) Die vom SPD-GAL-Senat eingeführte Kommission aus Fachleuten und unabhängigen Persönlichkeiten hatte die Aufgabe, Konflikte innerhalb der Polizei sowie Vorwürfe aus der Bevölkerung zu untersuchen, um vor allem dem »Korpsgeist« auf den einzelnen Wachen etwas entgegenzusetzen.

»Rot-Rot« will die Hauptstadt sanieren

Am 21.10.2001 haben in Berlin vorgezogene Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus stattgefunden, nachdem die SPD den Skandal um die Berliner Bankgesellschaft genutzt hatte, um die große Koalition mit der CDU aufzukündigen. (siehe Arbeiterpolitik, Sonderausgabe Berlin, Oktober 2001, Beilage zur Nr. 3/2001)

Berliner Wahlen sind immer schon dadurch interessant, dass Berlin das einzige Bundesland ist, in dem Ost und West gemeinsam wählen. Wobei sich das »gemeinsam« lediglich auf den Zeitpunkt und das Objekt der Wahl bezieht. Das Wahlverhalten weist so eklatante Unterschiede auf, dass man getrost von einer gespaltenen Stadt sprechen kann. Das Ergebnis der Zweitstimmen ist deutlich und spricht für sich.

Das auffallendste an diesem Ergebnis ist der Niedergang der CDU, die mit einem blassen Kandidaten Frank Steffel angetreten war, der eine Ungeschicklichkeit nach der anderen beging: mitten im Wahlkampf erklärte, dass München viel schöner ist als Berlin, ausländerfeindliche Sprüche als Gymnasiast erst leugnete, dann aber zugeben musste, sich bei einer Kundgebung in Ostberlin hinter dem Gast Edmund Stoiber vor den geworfenen Eiern versteckte etc.

Alle anderen Parteien erklärten sich noch am Wahlabend unisono als Sieger. PDS und FDP, weil sie es waren, die SPD ob ihres Stimmenzuwachses nach dem Jammertal der 99-er Wahl und die Grünen schließlich, weil sie im Verhältnis zu vorangegangenen Wahlen in anderen Bundesländern nur so wenig verloren hatten.

Der Niedergang der CDU spiegelt ihren Zustand auf Bundesebene ebenso wieder wie ihre desolate Lage nach dem Skandal um die Berliner Bankgesellschaft, der immer neue Milliardenlöcher in den Berliner Haushalt reißt und Miswirtschaft in der Regierung, in der CDU und in der überwiegend landeseigenen Bankgesellschaft ebenso offenbarte wie er Korruption und Bereicherung erahnen lässt. Trotzdem war er in diesem Ausmaß kaum erwartet worden.

Das wichtigste Ergebnis dieser Wahl scheint aber, dass es gegenwärtig in Berlin keine sogenannte »große Volkspartei« mehr gibt: Keine Partei erreicht mehr über 30 Prozent der Wähler. Eine Koalition aus CDU und SPD wäre zwar rechnerisch noch möglich, sie wäre aber keine »große Koalition« mehr.

Das zweite wesentliche Ergebnis dieser Wahl ist die zunehmende politische Spaltung der Stadt, die sich in ihm ausdrückt. Man kann das als »Ostalgie« dummer und undankbarer Osis abtun, aber auch als Ergebnis der Politik der Bundesregierung seit 1990 analysieren.

Als drittes fällt das Wahlergebnis der FDP ins Auge. Sie konnte offenbar viele enttäuschte CDU-Wähler für sich gewinnen und stieg wie Phönix aus der Asche. Sie ist aber

politisch uneins und muss sich nun mit neuem, unbekanntem Personal neu aufstellen.

Die SPD tritt als stärkste politische Kraft mit ihrem Spitzenmann Wowereit selbstbewusst auf und kaschiert damit, dass ihre gut 29 Prozent nur gegenüber dem absoluten historischen Tiefpunkt der 99-er Wahl sich überhaupt als positives Ergebnis darstellen lassen.

Das sensationellste Ergebnis dürfte aber das der PDS sein. Sie ist drittstärkste politische Kraft in Berlin und liegt fast gleichauf mit der CDU. Im Osten ist sie nicht nur stärkste, sondern dominierende politische Kraft. Sie hat hier allein fast 5000 Stimmen mehr erhalten als alle anderen ins Abgeordnetenhaus gewählten Parteien zusammen. Sie hat in allen 32 Ostberliner Stimmbezirken die Direktmandate gewonnen und sie hat – das vielleicht wichtigste Ergebnis – die absolute Mehrheit bei den Jung- und Neuwählern erreicht.

Aber auch in Westberlin konnte sie ein achtbares Ergebnis erzielen. Sie überschritt dort erstmals die 5 Prozent – Hürde und zwar gleich deutlich. Darüber hinaus ist sie in allen Westberliner Bezirken in den ebenfalls neugewählten Bezirkerverordnetenversammlungen vertreten (Mindeststimmenanteil bei den BVV-Wahlen: drei Prozent). In den Bezirken, die bei der Bezirksreform aus Ost- und Westberliner Bezirken gebildet wurden stellt sie Stadträte.

Nach der Wahl wurde von vielen die Bildung einer »rot-roten« Koalition erwartet, deren Möglichkeit Wowereit, trotz Widerstandes von der traditionell antikommunistischen Westberliner SPD-Basis, bereits vor der Wahl angekündigt hatte. Auf öffentlichen Druck von Bundeskanzler Schröder wurden aber zuerst Koalitionsverhandlungen mit der FDP und den Grünen geführt. Ob nun die Gegensätze zwischen Grünen und FDP wirklich unüberwindbar waren oder von diesen nur ein strategisches Spiel in Vorbereitung der Bundestagswahl vorgeführt wurde oder ob gar die SPD diese Verhandlungen nur führte, um bei deren Scheitern ein Feigenblatt für die Koalition mit der PDS zu haben ist für das Ergebnis nicht sehr bedeutsam.

Nach dem Beginn der Koalitionsverhandlungen zwischen SPD, FDP und Grünen war in Ostberlin eine Stimmung entstanden, bei der sich die Ostberliner mit ihrem Wahlverhalten übergangen fühlten. Bei vielen war mit Blick auf die Bundestagswahl im September 2002 ein Trotzgefühl entstanden, das für die traditionellen Westberliner Parteien nichts Gutes erwarten ließ.

Mit Beginn der Koalitionsverhandlungen von SPD und PDS hat sich das natürlich geändert. Man fühlt sich bestätigt und anerkannt. Zugleich zeigen sich erste Enttäuschungen. So hatte die PDS im Wahlkampf den Eindruck erweckt, gegen das Projekt Großflughafen Schönefeld zu sein (was so deutlich allerdings nicht in ihrem Wahlprogramm stand). Nach

	Berlin 2001	Berlin 1999	West-Berlin 2001	West-Berlin 1999	Ost-Berlin 2001	Ost-Berlin 1999
CDU	23,8 %	40,8 %	30,8 %	49,3 %	12,4 %	26,9 %
SPD	29,7 %	22,4 %	33,7 %	25,2 %	23,2 %	17,8 %
PDS	22,6 %	17,7 %	6,9 %	4,2 %	47,6 %	39,5 %
FDP	9,9 %	2,2 %	12,8 %	2,8 %	5,3 %	1,1 %
Grüne	9,1 %	9,9 %	11,1 %	12,1 %	5,9 %	6,4 %

Mitteilungen bei Pressekonferenzen scheint sie nun mit der SPD einen Kuhhandel gemacht zu haben: Keine Olympiabewerbung Berlins, dafür aber wohlwollende Prüfung des Projekts Großflughafen. Die Interessenverbände der Anwohner Schönefelds sprechen schon mal von Wählerbetrug. Der Personalabbau im öffentlichen Dienst wird nun mit der PDS stattfinden, natürlich sozial verträglich – als ob diese Gesellschaft überhaupt noch Stellenabbau vertragen könnte. Und steigende Neuverschuldung statt Haushaltssanierung ist schon angekündigt. Die PDS wird durch den allseits erwarteten Eintritt in den Berliner Senat den Widersprüchen zwi-

schen dem Anspruch einer sozialistischen Partei einerseits und dem Regierungsgeschäft in einer kapitalistischen Gesellschaft eine Bewegungsform und -richtung geben müssen. In welche Richtung sie sich dabei entwickelt, hängt wesentlich davon ab, ob ihre Mitglieder, Wähler und Anhänger es verstehen, außerparlamentarischen Druck auf Abgeordnete und Senatsmitglieder zu entwickeln, der diese in die Richtung sozialistischer oder wenigstens sozialer Politik drängt. Ohne einen solchen Druck wird die PDS zum etwas linken Partner der SPD verkommen. L/B, 16.12.2001 ■

■ NPD-DEMONSTRATION IN BERLIN

»Vorsicht, das sind Juden!«

Am Samstag den 1. Dezember 2001 schoss die Berliner Polizei mit Wasserwerfern und Tränengas auf jüdische (und nichtjüdische) DemonstrantInnen, die auf die Straße gegangen waren, um die Synagoge in der Oranienburger Straße vor einer faschistischen Demonstration zu schützen. Dabei entweichte die Polizei, aus religiöser Sicht, nicht nur die Gebetsstätte, sondern der SPD-Innensenator Körting hatte zusätzlich in vorhergehenden Geheimabsprachen mit der NPD die Demonstrationsroute geändert, so dass sie gar nicht mehr an der Synagoge vorbei führen sollte. Dieser Skandal war in den darauf folgenden Tagen in dieser Form nur wenigen deutschsprachigen Zeitungen zu entnehmen, obwohl die Fakten für alle sichtbar »auf der Straße lagen«. Was war geschehen?

Am 28. November wurde, nach zweijähriger Überarbeitung, die Ausstellung »*Verbrechen der Wehrmacht – Dimensionen des Vernichtungskrieges*« von Jan-Phillip Reentsma und dem Hamburger Institut für Sozialforschung in den Kunst-Werken in der Berliner Auguststraße wiedereröffnet. Für den 1. Dezember hatte die NPD eine Demonstration gegen die Ausstellung und zur »Ehrenrettung« der Täter angemeldet. Angekündigt und durch die Presse gegangen war sie als die größte faschistische Demonstration in Berlin seit der Zerschlagung des Faschismus und tatsächlich kamen auch etwa 3000 NPD-Anhänger. Die Demonstration sollte durch das Scheunenviertel und die Spandauer Vorstadt, früher Zentren jüdischen Lebens in Berlin, ziehen und die Nazis wollten dabei auch an der Synagoge in der Oranienburger Straße vorbei marschieren. Die Auguststraße, in der die Wehrmachtausstellung gezeigt wird, ist eine Querstraße der Oranienburger.

Ein breites bürgerliches Spektrum von Einzelpersonen, Abgeordnete von PDS, SPD und Grünen aus Bundestag und Abgeordnetenhaus, einzelne Betriebsräte und Gewerkschaftsgliederungen, aber beispielsweise auch alle Parteien des Bezirks Mitte (von PDS bis CDU) hatten für 13 Uhr »*alle Berliner und Berlinerinnen*« dazu aufgerufen, sich vor den Kunst-Werken in der Auguststraße zu versammeln, um »*der Geschichtsklitterung der Ewiggestrigen entgegenzutreten und nicht zuzulassen, dass ausgerechnet an den Stätten des Verbrechens diese geleugnet werden*«.

Gegen 11 Uhr begann am Hackeschen Markt (westlicher Teil der Oranienburger Straße) eine Demonstration gegen die NPD, zu der von unabhängigen antifaschistischen Gruppen aufgerufen wurde. Gegen 12 Uhr dann war die Oranienburger Straße auf der Höhe der Tucholskistraße soweit von der Poli-



zei abgesperrt worden, dass kein Durchkommen mehr zur Auguststraße möglich war. Gegen 13 Uhr befanden sich etwa 3000 Menschen vor den Absperrungen, allerdings in dem Bewusstsein dort nicht falsch zu sein. Es ging ja auch um den Schutz der Synagoge und man vermutete, dass die Nazis durch die Oranienburger Straße ziehen würden. Die Menge war geprägt durch ihr äußerst unterschiedliches Erscheinungsbild. Junge AntifaschistInnen und Autonome, die sich schon vorher am Hackeschen Markt versammelt hatten, GewerkschafterInnen, evangelische und jüdische Geistliche, vor allem aber viele Menschen, die mit Sicherheit nicht die Auseinandersetzung mit der Polizei suchten. Gegen 13 Uhr nahm die Polizei das Zerren an den Absperrungen durch einige junge AntifaschistInnen zum Anlass, mit Wasserwerfern, Schlagstöcken und Tränengas die Demonstration Richtung Osten zurückzudrängen. Unter den DemonstrantInnen

befanden sich inzwischen etliche Mitglieder der Jüdischen Gemeinde, die ihr Abschlussgebet vor die Synagoge verlegt hatten. Unbeirrt räumte die Polizei jedoch mit den bei Antifa-Demonstrationen üblichen Mitteln die Straße. Nur dank der scharfen Beobachtungsgabe eines Beamten (*»Vorsicht, das sind Juden!«*) wurde einer kleinen Gruppe der Einsatz von Schlagstöcken »erspart«. Statt dessen fanden sie sich, von Wasserwerfern nass gespritzt, lediglich in einem Polizeikessel wieder. Unter ihnen die Hälfte der Repräsentantenversammlung der Jüdischen Gemeinde in Berlin (mit dem Gemeinderat vergleichbar).

Gegen 14 Uhr beruhigte sich die Situation auf der Oranienburger Straße. Die Straße blieb zwar Richtung Westen weiterhin gesperrt, ein Teil der Demonstration gelangte aber über Umwege in die Auguststraße, andere begleiteten, durch großräumige Absperrungen auf Abstand gehalten, die NPD bis zum Nordbahnhof, wo sie von der Polizei in die S-Bahn gesetzt wurde. Am nächsten Tag konnte man dann erfahren, dass der Innensenator schon am Anfang November mit der NPD eine geänderte Demo-Route ausgehandelt hatte. Sie sollte nicht durch das Scheunenviertel und an der Synagoge vorbei ziehen, sondern nur ein kurzes Stück vom Bahnhof Friedrichstraße bis zum Nordbahnhof gehen.

Der Skandal vom 1. Dezember fand jedoch nur zum Teil Niederschlag in der Presse und in den Nachrichten. In den ZDF-Nachrichten wurden Bilder, auf denen ein evangelischer Pfarrer von Polizisten über den Boden geschleift wird, mit der Meldung kommentiert, dass Antifas die Auseinandersetzung mit der Polizei suchten. In der *»Zeitung für Deutschland«* (Frankfurter Allgemeine Zeitung) wurde festgestellt: *»Auch einige Juden mit Kippa hakten sich unter und stellten sich den Wasserwerfern entgegen; sie mussten von der Polizei zur Seite gebeten werden.«* Die *»junge Welt«* nahm zwar eine linksradikale Position ein, machte aber ähnlich wie die *»FAZ«* den Eindruck, auf einer anderen Veranstaltung gewesen zu sein. In dem Artikel vom Montag wird die Auseinandersetzung auf der Oranienburger Straße als das übliche Geplänkel zwischen Antifas und der Polizei abgehandelt. Dass die Polizei jedoch diesmal nicht nur gegen das »linke Spektrum« vorging, sondern auch gegen diejenigen, die sonst bei Lichterketten und Mahnwachen erscheinen, ist dem ehemaligen Mitglied der Bewegung 2. Juni, Till Meyer, entgangen.

Tatsächlich lassen sich mindestens drei Lehren aus dieser Demonstration ziehen. Zum einen hat sich hier die Doppelbödigkeit des »staatlichen Antifaschismus« gezeigt. Dass die antifaschistischen Gruppen, die sich nicht am *»Aufstand der Anständigen«* beteiligen, Polizeiprovokationen kennen und fast schon gewöhnt sind, ist nichts Neues. Dass allerdings die bürgerliche Mitte mittels Räumpanzer und Tränengas bearbeitet wird und die Polizei eine Demonstration auflöst, zu der im Grunde vom Senat aufgerufen wurde, das ist neu. Der staatliche »Antifaschismus« hat damit eine neue Qualität erreicht.

Über die Motive des Polizeieinsatzes kann nur spekuliert werden. Klar ist allerdings, dass dies nicht im Sinne der



SPD-geführten Senats sein kann, sondern dass die Polizeiführung am 1. Dezember auf »eigene Rechnung« gearbeitet hat. Der Innensenator sah sich inzwischen auch gezwungen, sich bei der Jüdischen Gemeinde dafür zu entschuldigen, dass sie nicht vorher über den geänderten Demonstrationsverlauf informiert wurde.

Die Polizei dagegen und vor allem ihre Gewerkschaft (GdP) sieht bisher jedoch keinen Grund für Entschuldigungen. Schließlich seien die Juden selber schuld, wenn sie verprügelt werden, sollten sie sich gefälligst bei der Polizei entschuldigen. In einer Pressemitteilung des Berliner Landesverbandes der GdP vom 4. Dezember heißt es: *»Es gibt im Versammlungsrecht noch keine Möglichkeit, bestimmte Orte von Demonstrationen auszunehmen [...] Es gibt aber auch einigen Mitgliedern der Jüdischen Gemeinde nicht das Recht, sich mit Steinewerfern und anderen Straftätern zu verbünden und diesen Schutz zu gewähren. [...] Eine pauschale Verunglimpfung der Polizei, die nach Recht und Gesetz ihren Dienst versieht, steht den Vertretern der Jüdischen Gemeinde nicht zu. Eine Entschuldigung bei den betroffenen Kolleginnen und Kollegen wäre das richtige Zeichen.«* (www.gdp-berlin.de) Nicht zu Unrecht zitierte die *»Berliner Zeitung«* am 3.12.01 eine ältere Frau mit den Worten: *»Wäre ich jünger, dann würde ich nach dem heutigen Tag Deutschland verlassen.«* Die zweite Lehre kann sich also die PDS ins Stammbuch schreiben. Egal, welche Senatorenposten sie besetzen wird: Die PDS ist zwar an der Regierung, nicht aber an der Macht!

Die dritte Lehre, die allerdings ebenso wie die zweite nicht ganz so neu ist, lautet, dass es weiterhin einen mehr oder weniger latenten Antisemitismus in Deutschland gibt. Nach der »Historikerdebatte« in den achtziger Jahren und der damit verbundenen Relativierung des Holocaust, nach Wiedervereinigung und wiedergewonnener militärischer Außenpolitik, nach Martin Walsers Schlussstrich mit der Geschichte in seiner Paulskirchenrede, nachdem Fischer/Scharping/Schröder überall in der Welt ein neues Auschwitz entdecken, kommt jetzt für Juden und Jüdinnen in Deutschland die Zeit sich entschuldigen zu müssen, wenn sie gegen faschistische Aufmärsche demonstrieren.

St. M./B. 18.12.2001 ■

PDS: Richtungsentscheidung hin zur »Regierungspartei«

Wir veröffentlichen hier eine Einschätzung des Dresdner Parteitag der PDS von Delegierten, die inzwischen aus Protest gegen die freiwillige Ein- und Unterordnung der PDS in und unter das bürgerliche Parteiensystem diese Partei verlassen haben. Wir verbinden damit die Erwartung an einen sich entwickelnden Diskussionsprozess über die Perspektiven sozialistischer Politik in Deutschland.

Die Red. ■

Eine Nachbetrachtung zum Parteitag vom 6./7. Oktober 2001 –

Der Dresdner Parteitag der PDS gehört zweifellos zu den bemerkenswertesten Ereignissen in der Niedergangsgeschichte einer Partei, die in ihrem noch geltenden Programm ausdrücklich erklärt: *»Die Existenzkrise der Zivilisation macht die Umwälzung der herrschenden kapitalistischen Produktions- und Lebensweise zu einer Frage menschlichen Überlebens.«* Schon kurz nach seinem Ende unterlag dieser Parteitag einer Mannigfaltigkeit von Deutungen: Von der gewachsenen Führungskraft der PDS-Führung über einen Friedensparteitag bis hin zum Abschied vom Sozialismus. Die Gegensätzlichkeit der Interessen, die mit dem »Ankunfts-Potpourri« des unter Leitung von Gabriele Zimmer stehenden »Orchesters der Moderne« verknüpft sind, findet hier ihren Ausdruck. Zur Aufführung gelangte das »Konzert« von Eduard Bernstein *»Und was sie ist, das wage sie zu scheinen!«*, nachdem im Herbst 2000 in Cottbus der allseits bekannte und beliebte Schlager *»Für Gabi tu ich alles!«* den Wunsch einer Treue zur neuen Parteivorsitzenden ohne Wenn und Aber signalisiert hatte.

Das wahre Geheimnis der Dresdner »Politik-Show« war dies: Sie war wesentlich ein Durchmarsch der »Reformer«, begleitet vom rigorosen Abbau innerparteilicher Demokratie und der realitätsfernen Sicht auf einen sich friedlich entwickelnden Kapitalismus. Nach neuesten Erkenntnissen der »Modernetheoretiker« Dieter Klein, André Brie und Michael Brie, die mit der Programmentscheidung des Parteitages nunmehr den Rang eines Trios von Chefideologen einnehmen, kann faktisch für den Kapitalismus die Gewaltlosigkeit zur Regel, aber die Gewalt zur Ausnahme werden. Alles hängt offenbar davon ab, wer die besseren Argumente hat. Denn: *»Krieg beginnt immer in den Köpfen.«* (PDS-Programmentwurf I) Die politische Botschaft des Parteitages in Dresden an die Mitglieder der PDS lautet: Mittels politischer Mitgestaltung von PDS-Politikern, ihrer Beteiligung an den Regierungen auf Landes- wie auf Bundesebene könne Regieren in diesem Lande der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet werden. Vergessen ist die Sentenz von Kurt Tucholsky an die Adresse der SPD: *»Sie glaubten, sie wären an der Macht, und waren doch nur an der Regierung.«* Vergessen ist die Lehre, dass eine sozialistische Partei (ohne den Rückhalt einflussreicher Massenbewegungen) reaktionäre Regierungen zwar nicht unbedingt schlechter macht, aber auf jeden Fall selbst »schlechter«, immer offensichtlicher mit den bürgerlichen Parteien austauschbar wird, sich *»auf lange Sicht in eine ideologische Hilfstruppe des Kapitals verwandelt«*, von einer Partei des Sozialismus und der Kritik des Kapitalismus über eine Phase *»der Anpassungs-»Opposition«* zur *»Regierungs-*

partei« mutiert. (W. Abendroth, Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie, Köln 1978, S. 73 und 79) Nicht die in jüngster Zeit sich wieder aktivierende außerparlamentarische Bewegung, sondern der Weg zu den Futterkrippen in Parlamenten und Regierungen steht nunmehr unverkennbar im Zentrum der Politik der PDS.

Dresden ist als strategischer Wendepunkt der Partei des Demokratischen Sozialismus durchaus vergleichbar mit dem Parteitag der SPD 1959 in Bad Godesberg. Auf beiden Parteitagen ging es um die programmatische Absegnung von Anpassungspolitik. Angesichts des Krieges gegen Afghanistan knüpfen, wie die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus zeigten, große Teile der Bevölkerung an die Parlamentsfraktionen der PDS oder sogar deren »regierungssozialistische« Tätigkeit Hoffnungen. Diese könnten sich womöglich alsbald als Illusion erweisen, da das Nein zu diesem Krieg zögerlich ausfiel, nicht mit dem Nein zum Kapitalismus und nicht mit einem Ja zu einem Antikriegsprogramm im Geiste von Karl Liebknecht verbunden wurde.

Friedensappell und die »kritische Solidarität« mit den USA

Die Frage des Friedens als aktuelles Programm der Sozialisten interessiert jedermann. Für die breite Öffentlichkeit präsentierte sich die PDS in Dresden in einer kritischen Situation betont als Friedens- und Antikriegspartei. Prägend für den Parteitag war das Thema: Terror, Krieg, Frieden. Das Parteitagsmotto *»Gerechtigkeit weltweit«* und der verabschiedete Friedensappell enthalten eine positive Botschaft. Dies wird verstärkt dadurch, dass die US-Regierung wenige Stunden nach Beendigung des Parteitags ihren Eroberungskrieg gegen Afghanistan begann und die PDS als einzige im Bundestag vertretene Partei sich nahezu einstimmig gegen diese Aggression stellte.

Der Friedensappell, der, da er keine konkreten Maßnahmen gegen den Krieg vorschlägt und auf die »guten Beziehungen« der Bundesregierung zu den USA setzt, schon wenige Stunden nach seiner Verabschiedung vom Leben überholt war, ist allerdings so zwiespältig wie der Dresdner Parteitag selbst. Anstatt die Beschlüsse von Magdeburg und Münster zu bestätigen (Ablehnung auch vom UNO-Sicherheitsrat mandatierter Kriege), hebt er diese faktisch auf. Die bislang geltende und immer wieder bekräftigte programmatische Anti-Kriegs-Position der PDS wurde deutlich aufgeweicht. Dies geschah in einer Form, die der Antikriegsstimmung in der Bevölkerung Rechnung trug und zugleich eine »Brücke« für die Wahl von Gregor Gysi in den Senat von Berlin zu schlagen suchte: Also ohne bei den Herrschenden den Eindruck zu erwecken, dass man mit der PDS nicht auch über den Krieg reden könne. Ein *»Kommandounternehmen«*, so meinte Gregor Gysi, *»ginge in Ordnung«*. Es müsste zwar *»vom Militär«* durchgeführt werden, wäre jedoch vom Charakter her ... *»eine polizeiliche Aktion. Unter einer Bedingung: Es werden dabei keine Unbeteiligten und keine Unschuldigen gefährdet oder in Mitleidenschaft gezogen.«* (Disput, 10/01, Pressedienst 41/42, S. 51) Niemand fiel ihm ins Wort. Mittlerweile haben Roland Claus und Petra Pau den *»Berliner Aufruf«* unterschrieben, der vom Nein zum Krieg

zu einem grundsätzlichen Ja übergeht: »Militärische Kampfmaßnahmen haben nur dann einen Platz, wenn ihnen gegenüber den vorrangigen Maßnahmen noch ein eigenes Anwendungsfeld verbleibt, wenn sie die anderen Mittel nicht beeinträchtigen und wenn sie nicht zu vermeidbaren Opfern führen.« (taz vom 26.10.2001)

Kern des Friedensappells ist die Friedenslosung. Wäre sie im sozialistischen Sinn aufgestellt worden, dann hätte sie, wie in dem Programmwurf II, die »Einheit von Kapitalismus und Krieg« klarmachen müssen. Auf der Grundlage des geltenden Programms der PDS wäre dies ohne weiteres möglich gewesen. Statt dessen wurden zwei sich ausschließende politische Richtungen mit Hilfe von Schlagworten wie u.a. »Frieden braucht Recht« versöhnt. Dies fiel auch den bürgerlichen Medien auf, die den Appell vor allem deshalb kritisierten, weil er jeden Krieg ablehnt, der nicht von der UNO geführt wird oder mit den Maßstäben eines Polizeieinsatzes gemessen werden kann. Über den imperialistischen Charakter des zur Zeit des Parteitages noch in Vorbereitung befindlichen Krieges schweigt sich der Friedensappell aus. Er negiert die politische Vorgeschichte dieses Krieges, erweist sich als »zahnlos« hinsichtlich der Benennung der Aufgaben, um die Ursachen von Terror und Kriegsgefahr zu überwinden und er nährt die Illusion, vor allem die Vereinten Nationen könnten »den Weltfrieden sichern« (Disput, a.a.O., S. 48)

Festzuhalten ist:

- ◆ Der in Dresden verabschiedete Friedensappell stellt nicht den konkreten Krieg und den Massenprotest gegen denselben in den Mittelpunkt. Seine Forderungen nach »Frieden und Besonnenheit« sind unspezifisch in einer Situation, in der Ross und Reiter genannt werden müssen und es um konkrete antimilitaristische Aktionen gehen muss.
- ◆ Er benennt die US-Regierung und die NATO nicht als das, was sie sind, als Kriegstreiber, die die Terrorakte zum Vorwand nehmen, um mit militärischen Mitteln nunmehr umfassend und weltweit ihre ökonomischen und machtpolitischen Interessen durchzusetzen.
- ◆ Der Appell kritisiert nicht die Bundesregierung und die Parteien SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU/CSU und FDP wegen ihrer Unterstützung für die US-Regierung und für die Inkraftsetzung von Artikel 5 der NATO-Charta, das heißt die Postulierung des »Bündnisfalles«.
- ◆ Er stellt die Kriegsgefahr nicht in einen Zusammenhang mit der erweiterten Militarisierung auf dem Balkan und der Entscheidung, wonach die Bundesrepublik Deutschland mit der Bundeswehr kurz vor Kriegsbeginn von der NATO zur führenden Militärmacht in Mazedonien bestimmt wurde.
- ◆ Der Appell enthält keinerlei Aktionsperspektive und nicht einmal einen Aufruf zu Antikriegs-Demonstrationen, wie sie in zunehmendem Maße im ganzen Land stattfinden.

Dass diese »Mängel« kein Zufall sind, beweist die Zurückweisung der Forderung von zahlreichen Delegierten, im Leitantrag die geradezu groteske Formulierung von einer »kritische(n) Solidarität mit den USA ... (als) Gebot der Stunde« zu streichen (Disput, a.a.O., S. 41) und die Ablehnung von zwei Änderungs- bzw. Ergänzungsanträgen zum Friedensappell, die von Vertretern des Marxistischen Forums der PDS und Unterstützern des alternativen Programm-entwurfes 2.2 eingebracht wurden. Einer dieser Anträge, »Der Kriegsgefahr begegnen« (Disput, a.a.O., S. 68), wurde

dann am letzten Beratungstag im Rahmen der Befassung mit »übrigen Parteitagsträgen« doch noch angenommen. Doch keine parteioffizielle Stellungnahme zur Frage des Friedens bezieht sich darauf. Immerhin heißt es in diesem faktisch »in den Skat« gedrückten Beschluss u.a.: »In der vor uns liegenden Zeit kommt es darauf an, unsere vielfach zum Ausdruck gebrachte prinzipielle Position in eine Aktionsperspektive gegen die Kriegsgefahr und gegen diejenigen, die die Kriegsdynamik vorantreiben, münden zu lassen ... Wir sagen NEIN zu den KRIEGSVORBEREITUNGEN von US-Regierung und NATO! Wir unterstreichen unsere Ablehnung jeglicher militärischer Aktionen als angebliche ›Antwort‹ auf die Terrorakte ... Wir sagen ›Nein zur Spirale der Gewalt‹ – wir fordern ein ›Aufstehen für den Frieden‹«.

In Dresden wurde die Frage des Friedens weitgehend von der Frage des Kampfes gegen den konkreten Krieg, des Kampfes gegen Kapitalismus und Militarismus sowie des Kampfes als Systemopposition abgetrennt. Vor Dresden galten für die Mitglieder der PDS die Antikriegsbeschlüsse von Münster. Nach Dresden erklärte Roland Claus: »Es hat da Riesenschritte gegeben, gerade auch auf unserem Parteitag Anfang Oktober in Dresden. Die zuvor bei uns heiß diskutierte Haltung zu einzelnen Kapiteln der UN-Charta ist keine Streitfrage mehr«. (Der Tagesspiegel vom 27.10.2001) Die Auffassung, dass der Militarismus »ein Teil oder richtiger eine besonders schädliche und gefährliche Lebensäußerung des Kapitalismus« ist und deshalb die Sozialisten »Antimilitaristen als Antikapitalisten« sind (Karl Liebknecht, Militarismus und Antimilitarismus, Ausgewählte Reden, Briefe und Aufsätze, Berlin 1952, S. 113) hat im geltenden Programm, das den »kapitalistische(n) Charakter der modernen Gesellschaften ursächlich verantwortlich« macht für »den militaristischen Charakter der internationalen Beziehungen«, durchaus eine Basis. Heute ist diese Position durchlöchert wie ein Schweizer Käse.

Es bestätigt sich die Erfahrung, die wir seit mehreren Jahren in der PDS erleben: Je mehr die PDS danach strebt, Koalitions- und Regierungsfähigkeit im Rahmen des bestehenden politischen Systems zu erlangen, desto unverhüllter wird ihr von den Regierenden – wie Jahre zuvor den Grünen – die Gretchenfrage zu Krieg und Frieden gestellt: Nur wer JA zu imperialistischen Kriegen sagt, darf auf der Regierungsbank Platz nehmen. Auf der ersten Tagung des neu gebildeten 7. Parteitages der PDS in Cottbus wurde die »nationale Karte« gespielt. Jetzt in Dresden hat man sich auf die Kriegspolitiker der anderen Bundestagsparteien zu bewegt. Ein völliges »Ankommen« bei ihnen war allerdings angesichts der bevorstehenden Aggression ausgeschlossen. Damit aber steht die Anerkennung als »verlässlicher und demokratischer Koalitionspartner« noch immer aus.

Programmatische Entsorgung des wissenschaftlichen Sozialismus

In ihrem Programm erklärt die PDS, ein »Zusammenschluss unterschiedlicher linker Kräfte« zu sein. Eine sozialistische und antikapitalistische Partei, die sich über ein Aktionsbündnis definiert, kann jedoch ihre Einheit nur unter der Bedingung beibehalten und stärken, dass sie marxistischen Positionen einen legitimen Platz einräumt, wie dies im geltenden Programm der PDS der Fall ist. Gewinnt der Trend zur »Regierungspartei« die Oberhand, wird die marxistische Strömung unterdrückt oder an den Rand gedrängt, dann

schwindet der Antikapitalismus in der Parteipolitik. Der Kompromiss des Linksbündnisses wird aufgekündigt.

Diesem Wendepunkt näherte sich die PDS seit dem im Jahre 1994 von Dieter Klein ausgearbeiteten und von Gregor Gysi verkündeten Ingolstädter Manifest. Die Debatte um die Revision aller entscheidenden Grundsätze sozialistischer Programmatik wurde zielgerichtet in Gang gesetzt. An die Stelle von Ansätzen einer inhaltlichen Diskussion um die aktuellen Probleme sozialistischer Politik trat ganz offensichtlich nach dem Scheitern der am 17.11.1999 von der Programmkommission gebilligten *»Thesen zur programmatischen Debatte«* (gerade auch infolge eines überzeugenden Minderheitenvotums von Michael Benjamin, Uwe-Jens Heuer und Winfried Wolf) ein Konzept der Erzwingung einer programmatischen Wende mit allen Mitteln. Die *»dogmatische Linke der PDS«* sollte nach Gregor Gysi *»spüren«*, *»dass das Programm gegen sie steht«*. (Berliner Zeitung vom 8.2.2000) In Dresden gab es nun eine deutliche Richtungsentscheidung zugunsten des von Gabriele Zimmer am 27. April dieses Jahres vor der Presse vorgestellten Programmentwurfs von Brie-Klein-Brie (die PDS-Programmkommission erfuhr erst danach von seinem Inhalt). Der Parteitag beschloss in seinem Leitantrag mit der Zustimmung von etwa zwei Dritteln der Delegierten, dass *»auf der Grundlage«* dieses Entwurfs *»unter Einbeziehung unterschiedlicher Sichten«* ein neuer Entwurf unmittelbar nach den Bundestagswahlen vorgelegt werden soll, der dann im Jahre 2003 zu beschließen ist.

Georg Fülberth meint zu Recht, *»dass im favorisierten Programmentwurf der Grundsatzteil nicht viel Grundsätze enthält und der Aktionsteil kaum Praktisches.«* (Ankunfts-Potpourri, KONKRET, 7/01, S. 30) Hermann Klenner überschrieb seinen kritischen Artikel zu diesem Entwurf mit den Worten: *»Ein Programmentwurf sollte nicht mit einer Lüge beginnen«*, das heißt mit der Behauptung: *»Die Würde des Menschen ist unantastbar«*, (Wortmeldungen, 32 Autoren zum Programm der PDS, Schkeuditz 2001, S. 61 ff.)

Allerdings hatten die Delegierten des 7. Parteitages die Qual der Wahl. Es lagen ihnen drei Programmentwürfe vor, von denen einer, der mittlerweile als 2.2 überarbeitete Programmentwurf II, als Gegenprogramm konzipiert war. Da sich die Unterstützer und Autoren dieses auf dem geltenden PDS-Programm basierenden Entwurfs die Aufgabe gestellt hatten, eine programmatische Konsensfindung im Sinne des geltenden Programms, das heißt unter ausdrücklicher Benennung der politischen und theoretischen Differenzpunkte, zu ermöglichen, brachten sie einen Antrag zur Änderung des vom Parteivorstand beschlossenen Leitantrages ein, der eine Gleichbehandlung aller vorgelegten Programmentwürfe in der Programmdebatte als *»Grundlage«* eines neuen Entwurfs vorsah. Zahlreiche weitere Anträge, so auch ein Antrag aus Leipzig, den neun der zehn Parteitagsdelegierten des dortigen PDS-Stadtverbandes unterschrieben, unterstützten diese Position. Der Parteivorstand ließ sich viel einfallen, um die Annahme auch nur eines dieser Alternativanträge zu verhindern. Er berief Regionalkonferenzen (zwei in Westdeutschland und sechs in den ostdeutschen Bundesländern) ein, auf denen maßgebliche PDS-Politiker die Delegierten vorab – und bis auf Sachsen ohne wesentlichen Widerstand – gerade in dieser Frage zu disziplinieren suchten und Vertreter gegenteiliger Positionen zum Teil heftig und unsachlich attackierten. Auf dem Parteitag selbst stellten sich – bis auf

Hans Modrow – die drei Redner des Parteivorstandes hinter die Formulierung des Leitantrages nach Favorisierung des Entwurfs I.

Auf dem Godesberger SPD-Parteitag 1959 sprachen in der *»Generaldebatte«* 14 Redner, davon immerhin acht Gegner des Godesberger Programmentwurfs (Vgl. J. von Freyberg, G. Fülberth, J. Harrer u.a., Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, Köln 1989, S. 420). Auf dem Dresdner Parteitag der PDS kamen in der Diskussion zum Schwerpunkt *»Programmdebatte«* elf Delegierte zu Wort. Lediglich einer – Uwe-Jens Heuer – sprach sich gegen die Favorisierung von Entwurf I und für die Gleichbehandlung aller Entwürfe aus. Das Arbeitspräsidium machte es möglich. Von den drei Autoren des Programmentwurfs 2.2, die sich zur Diskussion gemeldet hatten (Winfried Wolf, Dorothee Menzer und Ekkehard Lieberam), erhielt keiner das Wort. Ein schöner Beleg für die *»Fortentwicklung«* der Parteiendemokratie und das von Gregor Gysi verkündete Prinzip: *»Für die PDS ist Demokratie kein Mittel zum Zweck. Das muss in den Köpfen und Herzen der Partei ganz klar sein.«* (Berliner Zeitung vom 8.2.2001)

Bedeutsam dabei war, dass der Entwurf 2.2 durchaus Hand und Fuß hat. Auch er stellt sicherlich einen Kompromiss dar, aber er geht bewusst von marxistischen Grundsätzen aus. Seine Annahme als gleichberechtigte Arbeitsgrundlage in Vorbereitung des neuen Parteiprogramms hätte der PDS die Chance eröffnet, das sozialistische Profil wieder zu stärken bzw. zurückzugewinnen. Doch die maßgebenden Politiker der PDS wollen einen anderen Weg gehen. Für die Anerkennung als *»Regierungspartei im Wartestand«* auch auf Bundesebene sind sie bereit, den Preis der Entsorgung des wissenschaftlichen Sozialismus zu zahlen. Der Programmentwurf I ist dafür in jeder Hinsicht geeignet.

◆ Abgegangen wird von dem auch im geltenden Programm der PDS verankerten Grundsatz sozialistischer und kommunistischer Programmatik, die Grundsätze mittel- und langfristiger Handlungsorientierung sozialistischer Politik zunächst erst einmal aus der *»Kennzeichnung der heutigen Gesellschaft und ihres Entwicklungsweges«* abzuleiten (K. Kautsky, Das Erfurter Programm, Stuttgart 1892, S. 1). Stattdessen wird über Seiten hinweg ein angesichts des gegenwärtigen neoliberalen *»Raubtierkapitalismus«* illusionäres Konzept zur Harmonisierung von Freiheit und Gleichheit bzw. zur Durchsetzung von *»Freiheitsgütern«* entwickelt.

◆ Sozialismus wird nicht mehr als alternative Gesellschaft zum Kapitalismus, als *»Überwindung der Dominanz des privatkapitalistischen Eigentums«* (PDS-Parteiprogramm von 1993) definiert, sondern als *»Zugang zu den Grundbedingungen individuellen Lebens«* und damit im Sinne eines realitätsfernen *»Sozialismus im Kapitalismus«*.

◆ Der Kapitalismus erscheint nicht mehr als ganzheitliche Profitgesellschaft mit einem unvermeidlich antagonistischen und krisenhaften Charakter, sondern als *»moderne Gesellschaft«* mit völlig unterschiedlichen Chancen für die Politik, diese Gesellschaft *»barbarisch oder gerecht«* zu gestalten. Gesamtgesellschaftliches Eigentum, damit auch die Realisierung des Art. 15 Grundgesetz, wird abgelehnt, *»Privatisierung«* öffentlichen Eigentums dagegen unter bestimmten Umständen befürwortet.

◆ Die Bewertung des Realsozialismus geht in Richtung Pauschalverurteilung. Fallengelassen wird der im geltenden Pro-

gramm formulierte Grundsatz, mit der DDR auch »die Berechtigung und Rechtmäßigkeit einer über den Kapitalismus hinausgehenden Entwicklung auf deutschem Boden zu verteidigen«, während dem heutigen Kapitalismus bescheinigt wird, die »Freiheitsgüter« verwirklichen zu können.

◆ Im Gegensatz zum geltenden Programm wird ein Bekenntnis zum angeblichen »internationalen Gewaltmonopol des Sicherheitsrats der UNO« abgelegt.

◆ Gestrichen wird der Grundsatz im geltenden Programm vom Primat des »außerparlamentarischen Kampfes«. Propagiert wird ein Politikverständnis der »Verlässlichkeit und Politikfähigkeit« im Zusammenhang mit Regierungsbeteiligungen.

Fülberth fasst seine Kritik zur Behandlung der Eigentumsfrage im Entwurf I und der dort vorgenommenen Verabschiedung von der Abbildung von zwei unterschiedlichen Meinungen im geltenden Programm (Änderung der Verfügung bzw. Vergesellschaftung) in den Worten zusammen: »so behelfen Brie-Klein-Brie sich jetzt mit einer Fotografie eines kapitalistischen Zustandes, in dem Unternehmertum und Profit eine bestimmte Art von Innovation und Effizienz hervorbringen, nämlich eben kapitalistische. Man wüsste gern, was das auf sozialistisch heißt, und darf argwöhnen, für die drei Autoren sei das alles dieselbe Sache.« (A.a.O., S. 30)

Die Mängel des Programmtextes I sind nicht reparierbar. Es ist so auch zu befürchten, dass die Mängel einer Partei irreparabel sind, die diesem Entwurf folgt. Und tatsächlich ließ schon die Debatte in Dresden keine Zweifel daran, dass der Anpassungsprozess unumkehrbar ist.

Die nüchterne Bilanz der Debatte zum Leitantrag an den Dresdner Parteitag, die eine »Debatte« zum Parteiprogramm (zum Charakter der Partei) war, lautet: Eine repressive Regie, die auf der Stärke der reformistischen Strömung, der Spaltung der Linken in der PDS und der Einbindung vieler Delegierter in den Integrationsmechanismus des Parlamentarismus beruht, hat jegliche demokratische und sachbezogene Debatte um die wahrlich brennenden Fragen sozialistischer Politik verhindert. Auf dem Weg zum neuen Programm wird sicherlich alles unternommen werden, um die Zersplitterung der noch in der PDS verbliebenen Restlinken weiter zu vertiefen. Dabei darf der Parteivorstand davon ausgehen, dass sich innerhalb der Partei eine Richtung herausgebildet hat, die sich beharrlich weigert, den Kampf gegen diese Entwicklung zu führen. Zwar brachte diese Stillhaltetaktik, dieser »Burgfrieden« keinen Erfolg, aber eine Einigung der Linken in der PDS ist auch nach dem Parteitag nicht in Sicht.

Wie weiter in der PDS?

Auf dem mehrjährigen Weg nach Dresden wurde durch den Parteivorstand der PDS wiederholt betont, die Partei müsse ankommen, sich in die Gesellschaft öffnen, einen Kultur sprung machen u.ä.m. Sie hat sich geöffnet, aber nicht der Gesellschaft von unten, den sozialen und antikapitalistischen Bewegungen, nicht den Lohnabhängigen als Klasse, sondern den Regierenden, deren Freund- und Feindbildern und Denkschablonen. An der Spitze der PDS stehen mittlerweile überwiegend geschäftstüchtige Unternehmer, die Politik als Beruf verstehen und ausüben. Es bildete sich in den letzten zehn Jahren eine soziale Schicht von Funktionsträ-

gern heraus, die materiell und oft auch ideell fest mit dem bestehenden Staat bzw. dem Kapitalismus verbunden sind. Diejenigen, die von der Partei und vom Staat bezahlt werden, bestimmen auch die Bundes- und Landespolitik der PDS.

Diese Entwicklung darf sicherlich nicht im Sinne einer schicksalhaften Notwendigkeit verstanden werden. Aber die strukturellen Veränderungen, die Beherrschung des Dresdner Parteitages durch die Parlamentarier, deren Mitarbeiter und die Angestellten der PDS waren zweifellos entscheidend. Hinzu kam die mangelnde Einheit der Linken in der PDS, ihr unzureichender Widerstand. So waren von den Delegierten des Dresdener Parteitages nur noch etwa 55 Prozent auch Delegierte des Münsteraner Parteitages, der seinerzeit dem Parteivorstand eine Niederlage bereitete.

Von Bedeutung ist vor allem auch der Erfolg des bereits vor mehr als fünf Jahren von André Brie verkündeten Ziels: »Die PDS muss für Poststalinisten unerträglich gemacht werden.« (Stern vom 1.8.1996) Allein in den letzten Monaten haben etwa 1000 Mitglieder aus Protest vor allem gegen die Entschuldigungsorgien der PDS-Führung die Partei verlassen. Die Mitgliedschaft in der PDS ist überaltert. Insbesondere bei neuen und jungen Mitgliedern ist das durchschnittliche Niveau des politischen Grundwissens und der marxistischen Bildung sehr niedrig. Gegen diesen Zustand wird wenig unternommen. In der PDS selbst gibt es so kaum Möglichkeiten, dass sich neue Mitglieder zu selbstbewussten und kenntnisreichen Sozialisten entwickeln.

Die Geschichte aller linken und fortschrittlichen Parteien – zuletzt diejenige der Grünen – lehrt uns: Die Integration dieser Parteien in die bürgerliche Gesellschaft erwies sich immer in erheblichem Maß als Resultat von politischen und soziologischen Veränderungen. Der Druck von außen, der gerade in Zeiten eines neuen Kriegs in die PDS hineinwirkt, muss gerade auch vor dem Hintergrund der Herausbildung einer Schicht von gutbezahlten Funktionsträgern und der Mitgliederentwicklung gesehen werden. All dies begünstigt den Prozess der Anpassung, der Integration und des Verlustes von Widerständigkeit.

Die Frage »Wie weiter?« lässt sich aus dieser Sicht nur insofern ziemlich verlässlich beantworten, als eine Trennung der Parteibasis von ihrer »Führung« angesichts von Austritten und Resignation in keiner Weise in Sicht ist. Wer als aufrechter Sozialist noch in der Partei verbleiben will, sollte seine Energien weniger auf ideologische Ringkämpfe mit der Parteiführung und deren »Theoretikern« konzentrieren, sondern mehr auf die Mitarbeit in den erfreulicherweise wieder stärker werdenden außerparlamentarischen Bewegungen gegen den »neuen« Krieg der Reichen gegen die Armen, im Widerstand gegen soziale Grausamkeiten und Kapitalmacht. Dabei darf nicht außer Acht gelassen werden, dass es sich hier um Kämpfe handelt, die auf den energischen Widerstand der Herrschenden stoßen und mit der »Karriere« der PDS als Regierungspartei nur insoweit vereinbar sind, als sie ihr eine entsprechende Anzahl von Wählern bescheren. Der Richtungsstreit muss im Interesse der Schaffung von antikapitalistischer Gegenmacht letztlich auch organisatorisch entschieden werden. Daran führt kein Weg vorbei. 11.11.2001 ■



■ DEMO IM BELGISCHEN GENT

Druck auf den EU-Gipfel

Drinne für den Krieg – draußen ein buntes Fest

IWF-Tagungen, WTO-Verhandlungen, G-7-Gipfel und auch die EU-Gipfel sind Anlass für die außerparlamentarische Bewegung aufzumarschieren. Es geht für sie gegen die Globalisierung im Interesse der Konzerne, gegen die EU der Reichen, gegen die Weltherrschaft der USA und ihre Herrschaftsinstrumente. Die europäischen Aktionen in diesem Herbst fanden in Belgien gegen die Tagungen der EU-Regierungen statt. Es begann in Brügge und Lüttich und nun in Gent, mobilisiert wird bereits jetzt für Mitte Dezember in Brüssel.

Die EU-Ratspräsidentschaft Belgiens war hier ein besonderer Anlass Druck zu machen. Waren am 21.9. in Lüttich bei der Aktion anlässlich des Treffens der EU-Finanz- und Wirtschaftsminister noch internationale Gruppen vertreten, gab es das in Gent am Freitag, dem 19.10., nicht. Hier lahmte das internationale Netzwerk. Nur einzelne TeilnehmerInnen aus anderen EU-Staaten erlebten so die drei Demonstrationen gegen den EU-Gipfel.

Hieß das Hauptthema der Gewerkschaften in Lüttich »Gegen die Privatisierungen«, war es diesmal die angekündigte Arbeitsplatzvernichtung in den Betrieben. Alle belgischen Gewerkschaften hatten aufgerufen dagegen zu demonstrieren. Zeitgleich hatte die »antikapitalistische Jugendbewegung« (verschiedene Jugendorganisationen) einen Marsch durch die Stadt veranstaltet. Ihre Hauptthemen waren die »unsoziale Politik und der Krieg«. Abends startete dann die dritte Aktion dieses Tages mit einer Großdemonstration aller. Deshalb hieß das übergreifende Motto dieses Aktionstages: »Drinne (die Regierungschefs) für den Krieg, wir draußen dagegen«.

Polizei besetzt Gent

Die geplanten Aktionen hatten die belgische Regierung und die Medien vor dem Hintergrund von Göteborg und Genua veranlasst mit einer breiten Hetzkampagne die DemonstrantInnen zu kriminalisieren. Der Bürgermeister von Gent erklärte der Bevölkerung »die Antiglobalisten kommen und werden alles kaputt machen«. Sie würden gewalttätig sein und Auseinandersetzungen suchen. Gerade deshalb hatten die OrganisatorInnen der verschiedensten Richtungen der Linken betont zu »gewaltfreier Aktion« aufgerufen. Der Staat

schloss die Schulen, die Betriebe waren ab mittags geschlossen, Polizei aus ganz Belgien hatte Gent regelrecht besetzt.

Die Demonstrationstrecke hin zum Versammlungsort konnte man nicht verfehlen: Zivile und uniformierte Polizei war überall an den Kreuzungen und großen Geschäften wie Banken, in den Seitenstraßen warteten Polizeiwagen. Barrieren aus »Spanischen Reitern« versperren Wege in die Seitenstraßen, standen auch vor Banken. Es gab kaum Passanten, geschweige denn Touristen in der sonst so belebten Innenstadt, alles erschien gespenstisch leise und ruhig, nur ein Hubschrauber dröhnte über der Stadt. Junge Menschen hatten an einem Gerüst der größten Genter Kirche ein Transparent aufgehängt: »Stop the war – peace!« Mehrere Polizisten versuchten an die Kriegsgegner heranzukommen.

Es fuhr keine Taxis – nur in der Ferne kreuzte einmal eines die Straße. Straßenbahnen? Fehlanzeige – auch kein Bus fuhr. Kein Kiosk war geöffnet. Ähnlich wie zu Beginn der Friedensdemonstrationen bei uns in Bonn in den achtziger Jahren. Belgien und Gent erlebten das zum ersten Mal.

Und da kam er uns schon eindrucksvoll entgegen: Der »Antikapitalistische jongerenmars«, zirka tausend junge bunt Gekleidete mit vielen Fahnen und Transparenten, die ganze Straße einnehmend, singend und fröhlich, vorn aber in geschlossenen Reihen und untergehakt.

Gegen Entlassungen Streik und Demonstration der Gewerkschaften

Arbeitsplatzvernichtung wird überall angekündigt, überall nimmt der Druck auf die Beschäftigten in den Betrieben zu, findet sozialer Abbau und Privatisierung öffentlicher Einrichtungen statt. So auch in Belgien. Der EU-Gipfel forderte die Gewerkschaften zum Handeln heraus, die betroffenen Belegschaften drängten nach Aktionen. Doch mobilisierten die Gewerkschaftsvorstände Belgiens nicht gegen die Folgen der Globalisierung und erst recht nicht gegen das Kapital und die Verantwortung der Politiker dafür, sondern sie wünschten »gewaltlose« Aktion »für ein soziales Europa«. Für diese Ziele riefen sie die »Militanten«, das heißt die Aktiven, auf. Die Führung der Sozialistischen Gewerkschaft meinte, zur Demonstration würden 500 ausreichen. Doch die Kollegen in den Betrieben sahen das anders und kamen viel zahlreicher aus dem ganzen Land zusammen. Eigene Transparente und

Plakate wiesen aus, woher sie kamen und aus welcher Gewerkschaft. Halstücher, Mützen und Plastikwesten in den Farben der Gewerkschaften ergaben ein buntes Bild. Alle Generationen waren vertreten. Kaum jemand, der nicht »dekoriert« war zum Beispiel auch mit Luftballons an Mützen, Zöpfen, Gürteln. In Rot waren die vom ABVV (sozialistisch), Grün der ACV (christlich). Auf dem Kundgebungsplatz sammelten sich viele »Aktivisten« um die Bierzelte, Flugblätter und Aufkleber wurden verteilt, auch die Informationen von kommunistisch orientierten Gruppen wurden von den KollegInnen mitgenommen. Sie diskutierten. War man auf dem Sammlungsplatz noch zusammen, trennten sie sich zur Demonstration und traten als Betriebs- und Gewerkschaftsblock geschlossen auf. Die größte Gruppe mit über 500 war vom Hafen in Antwerpen gekommen. Dort wurde gestreikt gegen Belegschaftsabbau und den Plan, das Schutzgesetz für die Hafentarbeiter abzuschaffen, welches regelt, dass nur Hafentarbeiter – und nicht Seeleute – die Hafentarbeit machen. Deshalb ihre Parole: »Auch für Europa – Hände weg von der Hafentarbeit«. Am Schluss der Demonstration machten sie noch einen kleinen Abstecher in die Stadt und hielten dort eine Versammlung ab.

Kontakt mit der Bevölkerung!

Von den Gewerkschaften war alles gut organisiert, Posten leiteten die Ankommenden zum Versammlungsplatz, Schilder wiesen die Richtung dahin, Plakate der Gewerkschaften waren in der ganzen Stadt zu sehen. Die Demonstration selbst war anders als in Deutschland: Die ganze Straße wurde eingenommen, man kam nach vorn nicht vorbei, Einweiser verhinderten an den Seitenstraßen das Verlassen des Zuges. Vorneweg zuerst die Polizei, die dann aber bald verschwand (die Demoleitung wollte sie nicht). Die Spitze stellten kräftige Kollegen vom ABVV (Sozialistische Gewerkschaft), untergehakt und in geschlossenen Reihen sangen sie ab und zu auch eine Strophe der Internationale. Passanten standen am Rand und mussten mit. Anwohner schauten aus Fenstern zu, standen in den Hauseingängen, nahmen Flugblätter ab. Die KollegInnen in den Betriebs- und Gewerkschaftsblocks stoppten ab und zu, riefen Parolen im Chor, sangen auch mal, Reden wurden gehalten, dann ging es weiter. Zwischen diesen Gruppen waren Lücken, so konnte jede einmal stoppen, sogar eine Polonaise machen. Organisatoren hatten ein Auge auf die nächste Gruppe, verzögerten oder beschleunigten den Marsch, am Schluss kamen sie alle hintereinander zum Versammlungsplatz zurück.

Sprechchöre und Transparente: »CHÉnge the World«

»Meer sociale Europa«, »Stop das asoziale Europa«, »Solidarität ist Trumpf der Arbeiter« (flämisch wie französisch), »Europa ist angekommen, aber nicht die Arbeitsplätze«, »Werkers aller Landen verenig u«, »Een ander Europa«. Erwerbslose bildeten einen Block und trugen ein Transparent: »Travailleurs sans employ« (Arbeiter ohne Beschäftigung). Meist jüngere KollegInnen tragen ein Plastik-T-Shirt mit einem Marx-Kopf darauf und »een andere Wereld is mogelijk« und »voor een communistisch Europa«; oder das Bild von Ché Guevara mit »Chéngé the world« ... Sie sind überall in den Demoblöcken zu sehen. Das sind alles Anhänger der PVDA (französisch: PTB), der »Partei der Arbeit«. Die Berührungsprobleme mit kommunistischen Standpunkten sind offensichtlich in Belgien weniger vorhanden als in

Deutschland: Die Leute der PVDA gehören zur Demonstration der Gewerkschaftskollegen dazu und sind nicht isoliert. Der laute und bunte Menschenzug wurde von Musikgruppen verstärkt. Da hörte man Melodien von Arbeiterliedern, die in Deutschland vergessen sind. Beim Einzug der Gewerkschaftsblöcke auf den Versammlungsplatz nannte ein Sprecher die Gewerkschaft, den Ort und den Betrieb. – Ganz schwer ist einzuschätzen, wieviele Tausend es sind, später heißt es 10.000. Der Kanal in der Stadt ist vielleicht drei Kilometer lang und so lang auch der Zug. Über eine Stunde ziehen sie um den Kanal herum und auf den Versammlungsplatz zurück, gehen dann Richtung Innenstadt.

Wo bleibt die gewerkschaftliche Gemeinsamkeit in der EU?

Das war die seit Jahren größte Gewerkschaftsdemonstration in Belgien. Überraschend viele waren dem Aufruf gefolgt. Da die europaweit produzierenden Konzerne überall mögliche Rationalisierungen durchsetzen wollen, sind eigentlich auch die stark betroffenen deutschen Beschäftigten und ihre Gewerkschaften gefragt: In allen größeren Konzernen sitzen Betriebsräte und Gewerkschaftssekretäre in den europäischen Unternehmensräten. Die dort herrschenden Gemeinsamkeiten bestehen offensichtlich nur im Essen und Trinken auf europäischem Niveau. An diesem Tag wurde die Chance zu einer gemeinsamen Aktion mit den belgischen Kollegen nicht genutzt. Auch die Interessen der Beschäftigten in Deutschland werden so nicht wahrgenommen.

Das DGB-Info »einblick« vom 22.10. meldet: Trotz der durch die geplanten Entlassungen überall veränderten Lage will DGB-Chef Schulte kein vorgezogenes Bündnistreffen. »Wir wollen kein neues Fass aufmachen«. Statt Arbeitsplatzvernichtung werden (in der jetzigen Wirtschaftskrise) Abbau von Überstunden angemahnt und die Umsetzung von Qualifizierungsmaßnahmen. DGB-Vize Engelen-Kefer fordert die Arbeitgeber auf, die internationale Situation nicht zum Stellenabbau auszunutzen! Und das in einer Zeit, wo die Zeitungen bereits davon schon voll stehen: Siemens nannte erst 6000, dann, als alles ruhig blieb, 12.000 und schob dann noch weitere 3000 nach. Welche Bedeutung haben Euro-»Betriebsräte« am Beispiel Stahl?

Auch der Europäische Beratungsausschuss des Arbed-Konzerns mit den Stahlwerken Bremen und Sidmar (Gent) weiß um die geplante Arbeitsplatzvernichtung. Unmittelbar vor der Gewerkschaftsdemonstration am 19.10. gar hat der Sidmar-Vorstand mitgeteilt, dass nicht 600, sondern 930 Leute weg sollen. Ältere sollen es sein, die ihren Ruhestand





sicherlich auch brauchen können – doch: Die Arbeitsplätze sind für Jüngere ein für allemal weg. Das wurde auf der Demonstration zwischen den Stahlkollegen ausgetauscht – auch ein Grund, solche europäischen Aktionstage wahrzunehmen. Darüber hinaus: Es herrscht eine Absatzkrise in der Stahlindustrie, alle Werke wurden ausgebaut, die Kapazitäten in den letzten Jahren um über 20 Prozent erweitert. Nun soll die Stahlfusion von Arbed/Aceralia/Usinor-Sacilor – fast die Hälfte der europäischen Stahlindustrie – zu NewCo, einen neuen Rationalisierungsschritt bringen. Die heutigen Ankündigungen sind nur ein Vorgesmack der Arbeitsplatzvernichtung. Außerdem haben die großen europäischen Stahlkonzerne, das heißt auch Thyssen-Krupp, dem polnischen Staat ein Angebot auf die Übernahme der besten Teile der polnischen Stahlindustrie gemacht. Daraufhin hat die EU-Kommission, gegen die es am 19.10. ging, beschlossen, dass fünf Mio. Jahrestonnen Stahl, also zwei komplette Werke, stillgelegt werden müssen. Alles Grund genug auch für die deutschen Gewerkschaften und besonders für die

Stahlkollegen in Bremen, bei EKO und im Ruhrgebiet, mobil zu machen – am besten gemeinsam mit den anderen europäischen Kollegen. Immerhin waren in Gent zahlreiche Sidmar-Kollegen anwesend.

Abends in Gent: Gegen die kapitalistische Globalisierung

Wieder gab es ein buntes und fröhliches Treffen ganz vieler Kids und auch Gewerkschaftskollegen, die nach ihrer eigenen Demonstration nicht nach Hause gefahren waren.

Dazu die Ankündigung auf einem etwas spaßigen Plakat: »Een ander Europa voor een andere wereld«. »Am 19. Oktober hat der erste Minister Verhofstadt seine europäischen Kollegen zu einem Gespräch (babbel) in die Sint-Pietersabdij in Gent eingeladen. Bei dieser Gelegenheit hat Bürgermeister Beke den Gentern einen Tag freigegeben, nicht natürlich den Polizisten. Die demokratischen Globalisten sollten da auch sein. Eine bunte, radikale, aber friedliche Gesellschaft. Sie kommen für ein anderes Europa in einer anderen Welt auf die Straße. Kommt mit hundert Ideen und macht mit einer festlichen Demonstration die eigene Meinung bekannt.«

Die verschiedenen belgischen Gruppen und Jugendbewegungen sammelten sich und zeigten ihre politischen Meinungen. Lange Vorbereitungen und gründliches Denken müssen stattgefunden haben, um diese Vielfalt und Deutlichkeit auszudrücken: Eine 20 Meter lange hohle Schlange – sie lief bei der zweistündigen Demo vorneweg mit – war gespickt mit Zetteln, von Kids draufgepiekst:

»Weg met Geld«, EU geh weg, »Fuck Kapitalism«, Islam – ungleich – Terror, »Laat de ontwikkeling Slanden leven«,

Das Problem der Beschäftigten: Arbeitsplätze

Es werden viele Flugblätter verteilt ein breit verteiltes Blatt der »Beweging« gibt Auskunft über die Hintergründe der Bewegung:

»Aan all militanten van ACV en ABVV: Nach Seattle, Davos, Prag, Göteborg, Genua nun Lüttich, Gent, Brüssel«: (weltweite Entlassungen werden bekannt gemacht) General electric 70.000, Unilever 33.000, Siemens 10.000, Philips 10.000, BASF 4000 ... usw. »Globalisierung bringt Unsicherheit für die Arbeitnehmer«, (weitere Daten zum Reichtum und der Betroffenheit und Armut weltweit folgen) »Strijden tegen het Europa van het kapitaal« – (Kämpfen gegen das Europa des Kapitals).

Kollegen der ABVV »AC Antwerpen – Waasland« verteilen ihr Flugblatt: »Chemie-Arbeiter sind gegen Wegwerfprodukte«.

»Heute ist der Tag der anderen Globalisierung. In Gent demonstrieren Schüler, Arbeitnehmer, Pensionäre, Arbeitslose, Künstler und jedermann, der eine Meinung gegen das System vertritt, das sich ausschließlich mit der Verbesserung des ökonomischen Klimas beschäftigt und dabei die Situation der gewöhnlich Beschäftigten aus den Augen verliert.

Die Aktiven der ABVV-Chemie Antwerpen schließen sich dieser Auseinandersetzung an. Auch bei uns steht nur die Erhöhung des Betriebsgewinns im Mittelpunkt. Die petro-

chemische Industrie Antwerpen ... SIRA, ist im Umsatz die zweitgrößte der Welt. ... Nach jahrelangen Gewinnen ist jetzt das Arbeitsergebnis geringer, sofort sollen Arbeiter und Angestellte auf die Straße gesetzt werden ... weil es nun mit der Wirtschaft schlechter geht, sollen wir weggeschmissen werden, als seien wir ein verschlissenes Produkt. ...

Agfa ... Monsanto ... sind heute die Opfer des durchgedrehten Systems. Wer ist morgen der nächste? Für den ABVV ist das Maß voll. ...«.

Am Schluss: »Die »Aktivisten« des ABVV-Chemie Antwerpen unterstützen die demokratischen Bewegungen, die für eine andere Globalisierung kämpfen und rufen schon jetzt auf zur Demonstration am 13. Dezember in Brüssel.« (Auszugsweise und sinngemäß übersetzt)

Dieses Flugblatt wurden von den Chemiekollegen überall verteilt, in der Demonstration und an die Passanten aus Gent. Für sie war es selbstverständlich, die Erwerblosen, auch andere Betroffene mit einzubeziehen und ihre eigenen Probleme im Zusammenhang mit der Globalisierung zu sehen – keine Berührungsprobleme mit den demonstrierenden anti-kapitalistischen Kids also – sie gehören zusammen.

Ein netwerkvlaanderen (u.a. Volkshochschule Brügge) schreibt: »Wenn der eine im Schlaf reich wird, liegt ein anderer davon wach«.

7.12.2001 ■

Solidarität mit dem Volk in Afghanistan, Gegen das Europa des Kapitals, »Stop militaire Europa«, »Make love, not war«, »Fuck USA« usw.

Die Musikband spielte auch eine etwas anders vertonte Internationale. Kahlköpfe (Perücken) zeigten Plakate: »Raa-dikaal für Tobintax«, »Nicht gegen Europa – aber sozial!«. Polizei und die »Spanischen Reiter« waren nicht mehr zu sehen – es war längst dunkel und nur wenige schauten aus den Fenstern zu. Die Demo erinnerte an alte Zeiten: Ab und zu gab es Kommandos, dann wurde untergehakt, vorge-stürmt, hingesetzt, im Laufschrift wieder vor, Sprechchöre – »Wir sind international – und gegen das Europa – des Kapi-tals« und Gesang. »Stop the war«, »Gegen das Europa der Reichen«. Auch Transparente waren überall, jeder hatte wohl daran gearbeitet und wollte mit anfassen und was tragen zum Beispiel: »Umso größer Europa wird, umso weniger Leute und Konzerne entscheiden«. Bombenlärm wurde mit den Stimmen der Vielen erzeugt und alle fielen um, als wären sie tot. Sehr eindrucksvoll, wie das klappte. Eine ein-zige »Ausländer«-Gruppe war da: Die nordrhein-westfäli-schen NaturfreundInnen mit ihrem Transparent: »Unsere Zukunft gehört uns! Reichtum verteilen! Mehr Knete für die Jugend!«, die sich gerade eine Woche lang in Belgien auf-hielten.

Wie stellen sich die belgischen Internationalisten dar?

Erfrischend war der Gegensatz zwischen der Medienmeinung »Globalisierungsgegner« und der bewussten Eigendar-stellung der Kids als internationale Bewegung. Die Jüngeren beherrschten die Szene – aber ohne Provokationen und nicht gewaltbereit. Auch waren alle Generationen vertreten und die Kids wandten sich nicht ab, wenn sie ein Älterer ansprach. Auch die buntgekleideten (rot und grün) Gewerk-schaftskollegen vom Mittag fielen auf, zum Beispiel die Gruppe der zirka 50 KollegInnen vom Hafen Antwerpen. Das happening-mäßige Verhalten und die Fröhlichkeit beim Her-umtollen auf der Straße lässt keine klare Beurteilung zu, was die Kids eigentlich wollen. Am Anfang ihres Lebens steht auf jeden Fall ein ausgeprägtes Gerechtigkeitsgefühl und damit Protest gegen die Ungerechtigkeit in der Welt, hier in Belgien und Europa. Eine Voraussetzung für Widerstand. Jedenfalls – der belgische Staat legte sich an diesem Tag nicht mit ihnen an. Nach der Demonstration der Jungen am Mittag hatte die Polizei ihre massiven Sperren abgeräumt und hielt sich jetzt zurück. Das Fernsehen meldete zunächst nur tausend Teil-nehmer, dann nachts 8000. Die vollen Straßen wurden gezeigt, sogar die Gewerkschaftsdemo mit den rotge-schmückten vom ABVV und die Internationale singend an der Spitze.

Nachts kam auch ein bekannter Künstler im Fernsehen zu Wort: Aufhören mit dem Krieg, Tobintax erheben, er ist nicht gegen Globalisierung, aber die Nutznießer sind Leute mit viel Geld. Eine Gewerkschaftsvorsitzende wies darauf hin: »Es gibt Umstrukturierungen und Entlassungen, deshalb müssen wir reagieren«. Der Genter Bürgermeister verkündete, dass es viel Polizei gegeben hätte und es deshalb ruhig geblieben wäre. Zeitungen zeigten am nächsten Tag Bilder von einem brennenden Auto in Genua und widmeten dem Globalisie-rungsthema viele Artikel.

Auch die neue europäische Bewegung »attac« war mit ihrem Motto »Unsere Welt ist nicht zu kaufen« überall sicht-bar. Auf ihrem »Zeigefinger«-Flugblatt stand das Zitat eines

kapitalistischen Globalisierers: »Ich möchte die Globalisie-rung eher umschreiben als Freiheit für meine Firma zu inve-stieren, wo wir wollen, wie lange wir wollen, zu produzieren, was wir wollen, Grundstoffe zu suchen und unsere Produkte zu verkaufen wo wir wollen und dies alles möglichst unge-stört durch Rechte von Beschäftigten und sozialen Regeln.« Percy Barnevik, Firma Beldeberg – European Round Table of Industrialist (Denkgruppe der europäischen Industrie in Brüssel).

Gegen diese kapitalistische Welt gingen die Aktionen in Gent. 7.12.2001 ■

■ VERANSTALTUNG IN BERLIN

Zum israelisch-palästinensischen Krieg

Mitte November hielt sich eine Genossin der israelischen Partei ODA in Berlin auf. In einer kleinen Veranstaltung nahm sie zu einigen Fragen des israelisch-palästinensischen Konfliktes und des Krieges gegen Afghanistan Stellung. Ihre Einschätzungen halten wir für interessant. Wir versuchen im folgenden, die wesentlichen Punkte ihres Vortrages wiederzugeben¹.

Die Organisation for Democratic Action (ODA) versteht sich als revolutionäre demokratische Partei, die innerhalb Israels für einen gerechten Frieden im Nahen Osten kämpft. Sie setzt sich für einen vollständigen Abzug der Israelis (Armee und Siedler) in die Grenzen des Gebietes von 1967 und für ein unabhängiges souveränes Palästina mit Jerusa-lem als Hauptstadt ein. Mit ihrer Basisarbeit tritt ODA in ver-schiedenen Projekten für die Rechte der in Israel selbst lebenden Palästinenser und gegen rassistische Gesetze und Verhältnisse ein.

Ein Schwerpunkt ihrer politischen Tätigkeit bildet die Arbeit mit palästinensischen Kindern. Diese gehören zu einer Generation, die bereits heute weiß, dass sie keine Chance erhält, ihre Ausbildung eines Tages nutzen zu kön-nen. Solange es kein funktionierendes Staatengebilde Palä-stina gibt, werden sie niemals als Techniker, Ärzte oder qua-lifizierte Handwerker tätig sein können. Und Israel wird sie angesichts der eigenen hohen Arbeitslosigkeit und aus grundsätzlichen Erwägungen heraus nicht beschäftigen wol-len. ODA sieht es als ihre politische Aufgabe an, die Kinder vor Hoffnungslosigkeit und Resignation oder dem Übergang zu den religiös motivierten Gruppen abzuhalten. Mit den Jugendlichen will sie auf der Grundlage einer qualifizierten Ausbildung eine Perspektive erarbeiten, die diese zu aktivem politischen und zielorientierten Verhalten befähigt.

Zu Palästina

Nach dem Zusammenbruch der SU hatte es die USA während der vergangenen zehn Jahre in der Hand, die Welt nach ihren Interessen zu gestalten. Doch das Ergebnis spricht für sich. Zirka 80 Prozent der Weltbevölkerung sind arm und leben von der Hand in den Mund. Viele von ihnen haben nicht mehr als zwei Dollar zum Leben. Nur zirka 20 Prozent

¹ Vergleiche ausführlich dazu die beiden letzten Ausgaben der Zeitung »Challenge«.

der Menschheit sind in der Lage, einen Lebensstil zu führen, der westlichen Ansprüchen entspricht. Etwa 50 Prozent der Länder stehen mittlerweile vor dem finanziellen Bankrott. Die unangefochtene Führungsrolle, die die USA nach dem Untergang der Sowjetunion übernommen haben, ist in ökonomischer Hinsicht komplett missraten. Und auch in politischer Hinsicht gelingt es den USA nicht, sich als souveräne Führungsmacht zu etablieren. Ihr Verhältnis zu einer wachsenden Zahl von Ländern gestaltet sich dadurch, dass sie immer mehr Regierungen zu Schurkenstaaten und zu international zu missachtenden Bösewichten erklärt. Um ihre Vorstellungen durchzusetzen sind sie immer häufiger bereit, sich an internationalen Konflikten (Tschetschenien, Jugoslawien, Afghanistan) zu beteiligen.

Das Osloer Abkommen ist ein Projekt dieser Dekade. Die Verhandlungen selbst können nur als Farce bezeichnet werden. An ihnen nahm auf palästinensischer Seite kein einziger Jurist teil, während Israel zwanzig Völkerrechtler und andere Juristen ins Rennen schickte.

Nachdem die Sowjetunion als Gegengewicht im Nahost-Konflikt ausgeschaltet war, nutzte Israel die Situation unter der Patronage der USA um den Palästinensern eine Ordnung aufzuzwingen, die einem Protektorat gleichkommt. Über alle Fragen der Wirtschaft wollte Israel die Kontrolle behalten. Der PLO sollte allein die Aufgabe zufallen, das palästinensische Volk zu kontrollieren und die Opposition zu Israel auszuschalten.

Israel war nie bereit, einem eigenständigen palästinensischen Staat eine Entwicklungsmöglichkeit zu geben. Nicht einmal dann, wenn dieser Staat seine Bereitschaft erklären würde, auf einen großen Teil des Landes, auf das er historisch Anspruch hat, zu verzichten. Die Regierung eines palästinensischen Staatengebildes sollte nach den Vorstellungen der israelischen Regierung nur den Charakter einer Quisling-Regierung haben, einer Staatsspitze vor Israels Gnaden. Das Oslo Abkommen ist kein Vertrag, der Palästina Unabhängigkeit gewähren sollte.

Die aktuelle Intifada ist Ausdruck einer gefährlichen Entwicklung. Sie ist überhaupt nicht mit der ersten zu vergleichen. Diese versammelte die fortschrittlichen gesellschaftlichen Gruppen zur Durchsetzung eines Zieles. Sie besaß eine breite Basis in der Bevölkerung und war sowohl in ihren politischen Forderungen wie auch in den angewandten Methoden von der Mehrheit der Palästinenser akzeptiert. Die Wurzel der Unruhen heute ist die Enttäuschung über Oslo, über die ökonomische Dominanz durch Israel in den Autonomiegebieten und über die Korruption und Inkompetenz der palästinensischen Behörden. Es steht kein Programm hinter den derzeitigen Aktivitäten, es gibt keine Führung, die Ziele formulieren könnte. Bei ihrem Ausbruch war die Atmosphäre so, dass keine Verhandlungsangebote mehr akzeptiert wurden. Die neue Intifada basiert auf Terror, sie hat als einzige Methode des Kampfes die Bomben, die Waffen und den Terror gewählt. Sie ist kein Ausdruck von Massenaktivitäten, sondern wird von kleinen Gruppen geführt. ODA plädiert damit keinesfalls für ein Ende der neuen Intifada, die sie als Ausdruck einer abnormen Situation bezeichnet. Sie will darauf hinwirken, die Inhalte und die Methoden des Kampfes neu zu bestimmen.

Die palästinensischen Behörden besitzen kein Interesse an der Lösung der Auseinandersetzung. Aufgrund ihrer Korruption sind sie nur noch an dem Machterhalt interessiert.

Sie legitimieren ihre Existenz allein noch dadurch, dass sie die Einnahmen des Staates verwalten. Sie nutzen ihre Macht dazu, um sich Leute und Gruppen zu kaufen, die ihre Stellung nicht angreifen. Sie sind unfähig, einen Beitrag zu einer politischen Lösung des Konfliktes zu leisten. An der Schaffung von Jobs für die Bevölkerung haben sie kein Interesse.

Im Juli 2000 konnte Arafat das gegenüber früheren Angeboten relativ weitgehende Papier Israels nicht akzeptieren, weil in Palästina wie in den umliegenden Ländern keine Bereitschaft zu irgendwelchen Kompromissen bestand. Es herrschte die Bereitschaft zu Konflikt und Krieg vor. Doch nirgendwo war ein Konzept zur Durchsetzung eines Alternativen Zieles sichtbar.

Der Sender Al-Jazira, der einem Mitglied des Herrscherhauses in Qatar gehört, heizte auf der Grundlage dieser Stimmungen den Zorn der Bevölkerung an. Kinder und Jugendliche werden auf einen technisch überlegenen Gegner losgehetzt, in einen ungleichen Kampf ohne Führung, in dem sie nur verlieren können. Anarchie und Chaos stürzen die Bevölkerung in ein unvorstellbares Elend, ohne ihr eine Perspektive zu geben. Die aktuelle Intifada verschlechtert die ökonomische und politische Situation der Palästinenser.

Die religiösen Gruppierungen in Palästina aber auch in anderen Regionen des Nahen Ostens haben an Stärke gewonnen, weil seit dem Niedergang der Sowjetunion ein machtpolitisches Vakuum besteht.

Wo ist die palästinensische Linke? Arabische Intellektuelle engagieren sich in NGOs, weil sie nicht in die Gesellschaft integriert werden können. Die Rolle der NGOs ist sehr kritisch zu beurteilen. Sie beschränken sich darauf, den Bürgern Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen, wo der Staat seinen Verpflichtungen nicht nachkommt und versagt hat. Sie agieren ohne politische Organisationen, ohne Bezug zu Parteien und zum Teil auch als Ersatz von Parteien. Sie breiten sich überall dort aus, wo der Einfluss der USA auf die innenpolitische Entwicklung groß ist und linke Organisationen einen schwindenden Einfluss besitzen. So gibt es in Jugoslawien wie auch in Palästina Tausende solcher Organisationen. Diese Entwicklung führt zur Entpolitisierung in der Gesellschaft und hat so langfristig einen destruktiven Effekt.

Die PFLP hatte sich Anfang der neunziger Jahre in das System Arafat integriert. Sie hat Gelder bekommen, um ein Büro zu eröffnen. Im Gegenzug hat sie die Kritik an den palästinensischen Behörden unterlassen und es unterlassen, einen eigenständigen politischen Position zu entwickeln. Erst vor einiger Zeit ist sie wieder zur direkten Aktion zurückgekehrt. Da sie aber mittlerweile keine Basis mehr für eine revolutionäre Politik besitzt, hat sie auch zu den Methoden des Terrors gegriffen. Dies wird ihr jedoch keine Perspektiven eröffnen.

A/H, Bln, Anfang Dezember 2001 ■

**Es wechseln die Zeiten. Die riesigen Pläne
Der Mächtigen kommen am Ende zum Halt.
Und gehn sie einher auch wie blutige Hähne
Es wechseln die Zeiten, da hilft kein Gewalt.**

Bertolt Brecht, aus: »Schweyk im Zweiten Weltkrieg«, 1943

Allen Leserinnen und Lesern unserer »Informationsbriefe«,
allen Freunden der Gruppe Arbeiterpolitik ein gutes Jahr 2002.

Jugoslawien: Ein Volk wird enteignet

Am 7. Dezember verabschiedete das serbische Parlament im zweiten Anlauf das neue Arbeitsgesetz. Damit endete vorläufig die parlamentarische Auseinandersetzung um eine »Reform«, die von der DOS Regierung als wichtigstes Gesetz nach dem Privatisierungsgesetz angesehen wird, um dringend benötigte Investitionen ausländischer Kapitalanleger ins Land zu locken. Für die Arbeiter und Arbeiterinnen in Serbien hat die Änderung des Arbeitsgesetzes deshalb eine so große Bedeutung, weil das alte Arbeitsgesetz noch aus den Zeiten des jugoslawischen Sozialismus stammte und den Beschäftigten und den Gewerkschaften umfassende Rechte in den Betrieben einräumte. Fast wäre es den Gewerkschaften gelungen das neue Gesetz zu verhindern, denn wegen der massiven Proteste im Lande kam es beinahe zu einer Spaltung der regierenden DOS Koalition. Neuwahlen wären die Folge gewesen. Der folgenden Bericht und die Briefe aus Serbien von zwei jugoslawischen Gewerkschaftskollegen sollen einen Eindruck von der politischen und sozialen Stimmungslage in Serbien über ein Jahr nach dem Umsturz des 5. Oktober verschaffen:

Als Zastava von den NATO-Bomben zerstört wurde, dachten wir: Schlimmer kann es nicht mehr kommen – aber es ist noch schlimmer gekommen«, sagt Ruzica Milosavljevic, die langjährige Gewerkschaftsvorsitzende der Zastava-Automobilwerke in Kragujevac. Nach dem Bombenkrieg investierte die Belgrader Regierung 1999 und 2000 große Summen in den Wiederaufbau. Die größte Investitionsleistung aber erbrachten die Arbeiter selber: das Wunder von Zastava. Zunächst musste das Kraftwerk wiederhergestellt werden, das auch Arbeitersiedlungen mit Strom und Wärme belieferte. Und schrittweise wurde die Produktion wieder angefahren: auf über 1000 Fahrzeuge pro Monat. Das Problem der Unterbeschäftigung, das sich aus der Zerstörung des Werkes und aus dem Fortfall von Absatzmärkten in den abgetrennten Teilrepubliken Jugoslawiens ergab, wurde zunächst solidarisch gelöst: Die nach dem Krieg verbliebenen 31.700 Beschäftigten arbeiteten zum größten Teil umschichtig bei einem Lohn für die elf Tage im Monat von 40 Mark, die regelmäßig Beschäftigten verdienen 60 Mark. Nach dem Machtwechsel vom 5. Oktober 2000 aber wurden 15.400 Arbeiter entlassen. Allein im zentralen Bereich der Automobilherstellung wurden von 11.500 Arbeitsplätzen 8000 abgebaut. Den Entlassenen lässt das von der neuen Regierung Djindjic eingesetzte Management folgende Wahl: entweder Annahme eines Qualifizierungsangebots bei halbiertem Lohn mit einer Laufzeit von maximal vier Jahren. Oder eine Abfindung von 200 Mark pro Beschäftigungsjahr. Der gesetzliche Schutz von Behinderten und andere arbeitsrechtliche Regelungen werden unterlaufen. Den Zögernden stellte die Geschäftsleitung das Ultimatum, innerhalb von zwei Tagen zu unterschreiben; andernfalls würden alle Zugeständnisse hinfällig.

Die verantwortlichen Regierungsvertreter hatten es nicht gewagt, ihre Entscheidungen den Betroffenen im Betrieb zu begründen. So zog ein großer Teil der Belegschaft vors Rathaus. Die Herren aus Belgrad flüchteten vor den heftigen Protesten durch einen Hinterausgang. Gegen acht Demonstrationen laufen jetzt Strafverfahren.

Nach dem erzwungenen Rücktritt des jugoslawischen Präsidenten Milosevic Anfang Oktober vergangenen Jahres

erwartete ein Teil der Beschäftigten, der ökonomische Druck des Westens werde nun nachlassen und dadurch würden sich nach zehn Jahren des Embargos endlich die Lebensverhältnisse verbessern. Solche Hoffnungen wurden schnell enttäuscht. Trupps in schwarzen Bomberjacken forderten in vielen Betrieben – oft mit vorgehaltenen Waffen – Direktoren und Gewerkschaftsvorsitzende auf, ihre Posten zu räumen. Bei Zastava widersetzten sich nicht die Direktoren, wohl aber Ruzica Milosavljevic. Sie bestand darauf, dass über ihren Nachfolger satzungsgemäß die Mitglieder der Gewerkschaft selber bei der nächsten Wahl zu entscheiden hatten und niemand sonst. Daran konnte auch die von der Regierung eingesetzte neue Geschäftsführung nichts ändern, die den Arbeitern ein Papier vorlegte, auf dem sie die Forderung

Liebe Freunde,

sicher interessiert Euch, was in unserer Gewerkschaft in den letzten Tagen passiert ist, und so möchte ich Euch kurz informieren.

Euch ist sicher aus vielen Gesprächen bekannt, dass unsere Regierung einen Vorschlag über ein neues Arbeitsgesetz ins Parlament eingebracht hat, das die Rechte der Arbeiter ins 19. Jahrhundert zurück katapultiert.

Wir mussten mit gewerkschaftlichem Kampf antworten, denn die Medien Serbiens waren ständig voll des Lobes für dieses Arbeitsgesetz, und das Arbeitsministerium hat die Medien benutzt, uns als Gegner des demokratischen Wandels darzustellen, wegen deren altmodischen Ansichten das ausländische Kapital nicht nach Serbien kommen will. Vor allem wurden wir als die einzig Schuldigen dafür hingestellt, dass es dem serbischen Volk schlecht geht.

Der Generalstreik in Serbien wurde nach langwierigen Verhandlungen am 16. Oktober 2001 verkündet. Wir gingen nach dem System der konzentrischen Kreise vor. Zuerst wurde die Arbeit in den Betrieben niedergelegt, dann sind wir zur Blockade von Verkehrswegen, der Eisenbahn, des Stadtverkehrs übergegangen, zu öffentlichen Protesten auf Plätzen in allen größeren Städten Serbiens, schließlich fand am 17. Oktober eine große Protestdemonstration von Gewerkschaftsmitgliedern statt. Sie bewegte sich durch die Straßen Belgrads mit dem serbischen Parlament als Ziel, wo die Forderungen der Streikenden übergeben wurden: die Rücknahme des Arbeitsgesetzentwurfs und die Ablösung des Arbeitsministers. An diesem Protest waren ungefähr 30.000 Gewerkschafter beteiligt.

Am 18. Oktober kam es in 15 Städten zu Blockaden der Zufahrtsstraßen und des Stadtverkehrs. In zwölf Städten wurden auf öffentlichen Plätzen Gewerkschaftsmeetings abgehalten, wo erneut die Forderungen im Zusammenhang mit dem Arbeitsgesetz erhoben wurden.

Am 19. Oktober hat die Gesamtheit der Gewerkschaftsmitglieder Belgrads die Autobahn blockiert sowie mehrere Hauptverkehrswege, die in die Stadt und aus ihr hinaus führen. Da es ein Freitag war, der Tag vor dem Wochenende, entstand ein absolutes Durcheinander. Wir haben die Blockade aber nur eine Stunde aufrecht erhalten, als Warnung.

nach Ablösung der gewählten Gewerkschaftsleitung unterschreiben sollten. In die Presse wurden Behauptungen lanciert, die Gewerkschaft habe finanziell unsauber gearbeitet und Spendengelder deutscher und italienischer Kolleginnen und Kollegen unterschlagen. An der Lügenkampagne beteiligte sich die Konkurrenzgewerkschaft Nezavisnost. Eine gründliche Inspektion ergab: Alle Ein- und Ausgaben waren korrekt belegt.

Der vereinte Druck von EU und IWF und der neuen Regierung bewirkte zwar eine Schwächung, aber nicht den angestrebten Zerfall des Serbischen Gewerkschaftsbundes, in dem nach wie vor die Mehrheit der Beschäftigten organisiert ist. Bei Zastava ist aber wie in anderen Betrieben die gewerkschaftliche Arbeit zusätzlich erschwert durch Konkurrenz abgespaltener Gruppen. In dem Automobilwerk sind gegenwärtig sechs Gewerkschaften registriert, zwei weitere haben die Registrierung beantragt. Die Konkurrenz wird gefördert

durch die neuen Werksdirektoren, durch das Arbeitsministerium in Belgrad, durch westeuropäische Gewerkschaften (auch die IG Metall) sowie Regierungen aus EU-Ländern und den USA.

»Wir erleben jetzt den politischen Kampf von Unternehmern und Regierung gegen die Arbeiter, ihre Rechte und ihre Organisationen«, sagt Svetislav Vladislavljevic, Vorsitzender der Gewerkschaft Handel und Handwerk und Mitglied des Vorstands des Serbischen Gewerkschaftsbundes. »50 Jahre lang hatten unsere Kolleginnen und Kollegen Arbeitsplatzsicherheit. Jetzt werden sie auseinanderdividiert, jeder wird gegen jeden gehetzt: Wer behält den Arbeitsplatz, wer verliert ihn? Die Regierung instruiert die Direktoren; deren Aufgabe ist es, möglichst viele Arbeiterinnen und Arbeiter zu entlassen – unter der Drohung, dass sie sonst selber entlassen werden. Der IWF drückt auf die Regierung, die Regierung auf die Betriebsleitungen und die auf die Belegschaften...«

Am 22. Oktober haben wir erneut in den Betrieben gestreikt, und während dieser Zeit hat nur ein Minimum an Leuten gearbeitet. Ebenso hatte die Gewerkschaft Nesavistnost (kleine, vom Westen unterstützte Gewerkschaft) den Beschluss gefasst, sich unseren Protesten anzuschließen; auf diese Weise vereinigten sich die zwei größten Gewerkschaftsorganisationen, obwohl die Mehrheit unserer Mitglieder gegen diese Entscheidung war.

Am 23. Oktober um zehn Uhr hat sich eine eindrucksvolle Menge auf dem Platz vor dem Gewerkschaftshaus versammelt. Über 80.000 Arbeiter aus allen Gegenden Serbiens sind so dem Aufruf von Samostalni Syndikat (Serbischer Gewerkschaftsbund, mit zirka 800.000 Mitgliedern die größte Gewerkschaft Serbiens) gefolgt. Unsere Mitglieder kamen trotz der Polizeisperren mit allen zur Verfügung stehenden Verkehrsmitteln auf verschiedensten Verkehrswegen. Viele Mitglieder haben in den frühen Morgenstunden wegen der Sperren die Autobusse verlassen und sind zu Fuß weiter nach Belgrad gelangt.

Bina war mit einem Megaphon ausgestattet, mit dem die Informationen über den momentanen Stand der Ereignisse verbreitet wurden. Auch war für diese Gelegenheit ein spezielles Lied eingeübt worden. Eine Vielzahl an Fahnen, Transparenten und Trillerpfeifen, Trompeten und alles, was Krach macht, wurde von den Streikenden mitgeführt. Die Kolonne bewegte sich durch die Belgrader Hauptstraßen zum serbischen Parlament, wo unsere Vertreter den Parlaments-Ausschussmitgliedern eine Petition übergaben mit 63.000 Unterschriften unserer Mitglieder, mit denen gefordert wurde, das Arbeitsgesetz aus der Parlamentsdebatte zurück zu ziehen, sowie den Rücktritt des Arbeitsministers.

Ins Parlament gingen wir als Verhandlungsführer und sprachen mit dem Präsidenten und den Fraktionsvorsitzenden über unsere Forderungen. Nach einer Stunde und 30 Minuten Verhandlung haben sie akzeptiert, dass die Änderungsvorschläge der Gewerkschaft vor der Verabschiedung des Gesetzes in die Beratung eingehen. Die serbische Regierung wollte das Gesetz nicht aus der Prozedur zurückziehen und es erneut ausarbeiten. Aber sie haben schweigend ihre Niederlage anerkennen müssen und akzeptiert, dass durch Gesetzesänderung alles das verbessert wird, worüber sie gar nicht verhandeln wollten.

Im Augenblick sind unsere Fachleute zusammen mit den Abgeordneten im Parlament und betreiben die Neufassung der Gesetzesänderung vor seiner Verabschiedung, was für uns sehr günstig ist. Unterstützung haben wir von fünf Fraktionen, die ihre Vorschläge zuarbeiten, die gegen die der Regierung Serbiens stehen, aber zum Nutzen der Gewerkschaft wirken.



Um 16 Uhr haben wir die Protestversammlung unterbrochen und die übrige Streikenden über das unterrichtet, was erreicht wurde. Der Haupt-Streikausschuss tagt in Permanenz, denn wir setzen kein Vertrauen in den ordentlichen Ausgang, ehe nicht das Parlament Serbiens seinen Beschluss gefasst hat. Sollte er ungünstig ausfallen, werden wir uns erneut versammeln, aber dann wird es für die Politiker viel schwieriger werden, dem Volk zu erklären, warum sie nicht das einhalten, was sie öffentlich vor den TV-Kameras versprochen haben.

Die Medien versuchen weiterhin, die Zahl der Streikenden klein zu reden und selbst diese Protestversammlung der Öffentlichkeit als Misserfolg darzustellen. Solange die Verhandlungen mit den Parlamentariern andauern, haben wir den Streik eingefroren. Es bleiben nur die Streikkomitees bestehen, um die Übereinstimmung unserer Forderungen mit der noch zu verkündenden Fassung im Parlament abzuwarten. Wenn alles so sein wird, wie es ausgehandelt wurde, werden wir den Generalstreik abbrechen. Wenn sie uns täuschen sollten, wird der Streik fortgesetzt, aber heftiger.

Mit solidarischen Grüßen, S.V.

Die neue Regierung hatte steigenden Wohlstand verheißen. Nun steigen die Preise, dagegen sinken die Löhne. Unzufriedenheit breitet sich aus. Beispiele: Von August 2000 bis August 2001 erhöhte sich der Preis für einen Liter Milch von fünf auf 22 Dinar, für ein Kilo Brot von sechs auf 26 Dinar, für einen Liter Öl von 16 auf 50 Dinar, für ein Kilo Schweinefleisch von 112 auf 318 Dinar, für ein Kilo Zucker von neun auf 42 Dinar. Allein im ersten Halbjahr 2001 wurden die Telefongebühren um mehr als 60 Prozent, die Mieten um 58 Prozent, Wasser und Gas um 30 Prozent und Strom um 273 Prozent verteuert. Hinzu kommt eine kräftig erhöhte Umsatzsteuer.

Ziel der neuen Politik ist nicht mehr der Wohlstand und die Sicherheit der arbeitenden Bevölkerung, sondern die Sicherheit der Investoren; mit den Massenentlassungen bereitet das neue Regime die Privatisierung vor. Das Privatisierungsgesetz ist bereits zu Sommeranfang in Kraft getreten, das Arbeitsgesetz, das die weitgehende Entrechtung der arbeitenden Bevölkerung vorsieht, soll in den nächsten Wochen folgen. Bisher hat die Regierung noch keinen Betrieb verkaufen können, denn die potentiellen Investoren warten erst einmal das neue Arbeitsgesetz ab, das die Beschäftigten ihrer rechtlichen Möglichkeiten zum Widerstand beraubt.

Noch sind in Jugoslawien rechtlich die Arbeiter Besitzer ihrer Betriebe. Jetzt soll ihnen der Besitz genommen werden. Sie sollen das Recht auf Selbstverwaltung und das Recht auf Arbeit verlieren. Die Regierung will die Kündigungsschutzfrist von einem Jahr auf eine Woche verkürzen, und ähnlich drastisch will sie auch das Streikrecht einschränken. Mit Hilfe aller Medien setzt sie die Gewerkschaften unter Druck, diesem Programm zuzustimmen. Djindjic selber bemühte sich am 30. Mai mit zwei Ministern ins Gewerkschaftshaus, um sie zu überreden. Svetislav Milosavljevic ließ sich nicht überreden, denn: *»Djindjic weiß, was er tut, wenn er jetzt Unterwerfung fordert. Er ist seit 28 Jahren Mitglied bei uns. Früher hat er uns zu Streiks aufgerufen, mit denen wir Milosevic bedrängen sollten. Jetzt trat er sehr vorsichtig auf – ganz anders als beim Putsch am 5. Oktober, als er uns bezahlte Provokateure auf den Hals hetzte. Damals wurde auch versucht, uns mit dem Vorwurf der finanziellen Untreue die Basis zu entziehen. Eine 30-tägige Überprüfung endete mit dem Ergebnis: Keine Beanstandung.«*

Branislav Lambasa, gewerkschaftlicher Vertrauensmann im Zastava-Heizkraftwerk, schildert die Demontage der Gewerkschaft aus der Sicht des einfachen Arbeiters: *»Wenn unsere Ruzica früher in Belgrad anrief, eilten die Minister herbei. Jetzt darf die Gewerkschaft nicht mal mehr das Telefon benutzen. Wir Arbeiter haben nach den Bombardements nicht nur werktags, sondern auch an den Wochenenden die zerstörten Hallen wiederaufgebaut. Und nun soll unsere Gewerkschaft auch noch die Zustimmung dazu geben, dass alles privatisiert wird. Aber die Gewerkschaft sollte sich immer nach den Bedürfnissen der Arbeiter richten, nicht nach den Interessen der Politik.«*

Schon unter Milosevic wurde ein Privatisierungsgesetz erlassen. Die Gewerkschaft setzte damals durch Androhung eines Generalstreiks durch, dass mindestens 60 Prozent der Anteile in der Hand der Beschäftigten bleiben müssen. Pro Jahr der Betriebszugehörigkeit sollte jeder Beschäftigte Anteile für 500 Mark erhalten. 827 Betriebe in Serbien waren in dieses Programm einbezogen; aber 1999 bei Beginn der Bombardements wurde das Programm gestoppt. Das neue

Liebe Freunde,

eine kurze Meldung meinerseits wegen des zu verabschiedenden Arbeitsgesetzes, das schon mehr als eine Woche im Parlament zur Debatte steht.

Nach den Verhandlungen über das Arbeitsgesetz zwischen den Gewerkschaften und den parlamentarischen Parteien wurden 50 Änderungen abgesprochen, die Regierung Serbiens hat aber nur 18 Änderungen davon übernommen. Die wichtigsten Änderungen, die die gewerkschaftliche Interessenvertretung betreffen, lehnte sie ab, was für eine Gewerkschaft inakzeptabel ist.

Auf der Sitzung des Gewerkschaftsrates, wurde auf Vorschlag des Vorsitzenden Milenko Smiljanic beschlossen, die Streiks und Proteste, bis zur Verabschiedung des Gesetzes im Parlament auszusetzen. Für mich ist so ein Beschluss vollständig unverständlich, wie leider auch nur für fünf andere Mitglieder des Gewerkschaftsrats. So stehen wir jetzt in völliger Passivität, was das Parlament mit dem Gesetz schließlich macht.

Die letzte Sitzung des Parlaments wurde vorläufig ausgesetzt, da der Arbeitsminister Dragan Milovanovic die Oppositions-Abgeordneten übel beschimpfte, so dass es zur körperlichen Auseinandersetzung kam. Am 3.12.2001 wird die Sitzung fortgesetzt. Mal schauen, was passiert, da die Regierung weiß, dass wir mit den Protesten aufgehört haben.

Was das Leben in Jugoslawien betrifft, ist es nie schlimmer und schwerer gewesen. Wir sind die Weltmeister, wenn es um die Abwertung unserer Währung geht. Wir haben es in einem Jahr geschafft, den Dinar gegenüber der DM um 50 Prozent abzuwerten.

Nach dem neuesten Beschluss der Regierung sind weitere 100 Medikamente, die es früher noch umsonst gab, aus der Medikamentenliste gestrichen worden. Was das für chronisch Kranke bedeutet, die diese Medikamente nicht bezahlen können, brauche ich Euch nicht weiter zu erzählen. Das Dilemma, ob man Medikamente, Brot, Miete oder Steuern bezahlt, bleibt unlöslich. Alles zu bezahlen ist unmöglich... Von der versprochenen Hilfe der westlichen Demokratie für das neue »demokratische« Jugoslawien, sind nur noch Wörter geblieben, die Taten werden höchst wahrscheinlich nie folgen. Das einzige, was uns jetzt retten kann, ist der schnellstmögliche Abgang der neuen »Demokraten«. Ob es dann besser wird, weiß ich nicht, aber was ich weiß, ist: Es gibt kein Leben mit dieser neuen »Demokratie«.

Alle grüßt Euch, B.

Privatisierungsgesetz, das Djindjic nach den Wünschen der Weltbank und der EU ausarbeiten ließ, billigt den Investoren 70 Prozent der Aktien zu, so dass den Arbeitern höchstens 30 Prozent bleiben. Um die Privatisierung durchzupeitschen, dachte man sich diesen Trick aus: Ein Jahr nach Verabschiedung des Gesetzes vermindert sich der Anspruch der Arbeiter auf 20 Prozent, nach einem weiteren Jahr auf zehn, dann auf null Prozent. Eine Anzahl eigens benannter Staatsbetriebe soll von vornherein zu Vorzugsbedingungen an ausländische Investoren veräußert werden; hier bleiben den Arbeitern höchstens 15 Prozent Mitbesitz. Die von dem regie-

Die Kantine bei Zastava

Auch als Zastava in Kragujevac vor mehr als zehn Jahren noch voll produzierte und mehr als 30.000 Beschäftigte hatte, gab es nur eine kleine werkseigene Kantine (37 Mitarbeiter), die eine tägliche Kapazität von maximal 600 Essen hatte. Die Verpflegung für die Mehrheit der Arbeiter wurde durch Fremdfirmen gewährleistet, die im Auftrag des Werks die Arbeiter von Zastava versorgten.

Nach der Wende und mit dem Wegfall von Subventionen verschlechterte sich die Qualität der Mahlzeiten drastisch und es kam vereinzelt zu Streiks wegen der mangelhaften Verpflegung. Die Arbeiter konnten sich entscheiden, 35,-DM monatlich Essensgeld zu den 50,-DM monatlich, also 85,-DM ausgezahlt zu bekommen und sich selbst zu verpflegen oder nur 50,-DM Lohn bei voller Verpflegung. Die Masse der Arbeiter entschied sich gegen die Verpflegung. Die Folge aber ist ein sich zunehmend verschlechternder Gesundheitszustand der Beschäftigten, wie die Ärzte des Gesundheitszentrums von Zastava seit einiger Zeit feststellen.

Diese Erfahrungen des Gesundheitszentrums decken sich mit Untersuchungen der UNICEF über den Gesundheitszustand der Kinder in Jugoslawien. Von 1996 bis heute hat sich



der Anteil unterernährter Kinder vervierfacht. 30% aller Kinder in Jugoslawien leiden an Anämie!

In einer Übereinkunft zwischen dem Gesundheitszentrum, der Kantine und dem Zastava-Betriebsrat besteht Konsens, möglichst viele Werksangehörige mit warmem Essen zu versorgen. Ziel ist es, die Kapazität der Kantine auf täglich 1.500 warme Essen zu erhöhen. Dazu ist es nötig, zwei neue Kessel zu beschaffen, die zusammen ca. 19.000,- DM kosten (siehe Spendenaufruf).

renden Parteienbündnis DOS kontrollierte und gesteuerte Presse feiert das neue Arbeitsgesetz schon vor seiner Verabschiedung als das beste in Europa – nachdem Djindjic selber die Redaktionen auf Kurs gebracht hat. Über den Inhalt aber informiert sie nicht. Die Medien geraten unter zunehmenden Druck von oben, je mehr sich die Stimmung gegen DOS wendet. Eingriffe in die Arbeit der Medien, wie es sie früher nie gab, sind jetzt selbstverständlich geworden.

Schon in den letzten Jahren unter Milosevic befand sich die Mehrzahl der Medien in den Händen der damaligen Opposition. Die jetzige Opposition hat keinerlei Publikationsmöglichkeiten mehr. Der letzte Sender der Sozialistischen Partei, »Globus« in Kragujevac, musste Ende August seinen Betrieb einstellen – unter dem Vorwand, der Sendemast sei nicht genehmigt. Geblieben ist der SPS nur ein unregelmäßig erscheinendes Bulletin für die Mitglieder. Es gibt zwei staatliche Fernsehsender, einen jugoslawischen und einen serbischen. Der jugoslawische unterstützt vor allem Kostunica, der serbische Djindjic. Die Privatsender machen allesamt für Djindjic Propaganda. Auch ausländisches Kapital bemächtigt sich der Medien. Die große Boulevardzeitung »Blic« gehört Gruner & Jahr.

Und wo bleiben die wirtschaftlichen Hilfen des Westens? Sie werden an immer neue Bedingungen geknüpft. Vier Milliarden Dollar waren für den Sturz von Milosevic in Aussicht gestellt worden (nachdem die NATO mit ihren Bombardements Schäden angerichtet hatte, die ein Mehrfaches dieser Summe ausmachen). Aber bisher sind nur wenige Millionen Mark in Form »humanitärer Hilfsgüter« eingetroffen. Eine neue Bedingung war dann die Auslieferung Milosevics an das Haager Tribunal; dafür sollte das höchste Kopfgeld gezahlt werden, das je in der Geschichte der Menschheit geboten wurde. Aber ausbezahlt ist es bis heute nicht. Umfangreiche Investitionen werden ausbleiben, solange nicht alle politischen und wirtschaftlichen Ziele der Sieger-

mächte erreicht sind. Dazu gehören die Einordnung der Armee in die NATO und die Enteignung der Arbeiter. ■

Mit frdl. Genehmigung des Herausgebers Eckart Spoo entnommen der Zeitschrift »Ossietzky« Nr. 17, Aug. 2001 – Die Red.

■ SPENDENAUFTRUF:

**Vergesst die Opfer
des NATO-Krieges nicht!
Helft Kragujevac!**

**Dialog von unten
statt Bomben von oben!**
Gewerkschafterinnen und
Gewerkschafter gegen den Krieg

Die Menschen in Jugoslawien brauchen weiterhin unsere Hilfe – sogar mehr als je. Die NATO-Staaten, die das Land zehn Jahre mit Wirtschaftsboykott und 78 Tage und Nächte mit Bombardements heimgesucht haben, lösen auch nach dem von ihnen verlangten Sturz des Präsidenten Milosevic ihre finanziellen und humanitären Versprechungen nicht ein. Im Gegenteil: Unter dem Druck von IWF und EU werden soziale Errungenschaften demontiert, massenhaft Arbeitsplätze vernichtet, Preise drastisch angehoben. Die Verarmung des Volkes galoppiert – zumal es auch für rund 800 000 Flüchtlinge aus den abgespaltenen Teilen des Landes aufkommen muss.

Die Gewerkschaftergruppe »Dialog von unten« setzt ihre Hilfsaktion fort. Weil wir nicht überall helfen können, konzentrieren wir uns auf die vom NATO-Krieg besonders schwer getroffene Automobilarbeiterstadt Kragujevac, wo wir schon seit über zwei Jahren in Zusammenarbeit mit dem Arbeiter-Samariter-Bund Hamburg-Mitte vor allem das Gesundheitszentrum der Zastava-Werke unterstützen. Der enge Kontakt mit dem dortigen Fachpersonal und der Gewerkschaft garantiert, dass die Spendengelder und Hilfsgüter die Menschen erreichen, die sie benötigen.

Wir wollen auch nicht vergessen: Kragujevac ist der Ort des größten Massakers, das die Nazi-Wehrmacht auf dem Balkan verübt hat.

Bei den NATO-Bombardements wurden in den Zastava-Werken u.a. durch die Zerstörung der Lackiererei und der Transformatorenanlagen hochgiftige Gase und Flüssigkeiten freigesetzt – mit der Folge, dass die Ärzte seitdem einen starken Anstieg von Leukämie- und Krebsfällen, Lungen-erkrankungen und Allergien feststellen. Die Erwartung, Hilfsorganisationen der UNO würden Untersuchungen vornehmen, erfüllten sich bisher nicht. Die Siegermächte weigern sich, solche Folgen ihrer Kriegführung überhaupt zur Kenntnis zu nehmen. Knapp 50.000 Arbeiterinnen und Arbeiter, ehemalige Beschäftigte und Familienangehörige werden vom Gesundheitszentrum der Zastava-Werke betreut. Auf der Dringlichkeitsliste der Ärzte stehen u.a.:

1. Insulin: Zirka 1000 Arbeiterinnen und Arbeiter von Zastava sind an Diabetes erkrankt.

Die hauseigene Apotheke des Gesundheitszentrums, die im Unterschied zu den privaten Apotheken Medikamente kostenlos ausgibt, ist aufgrund der finanziellen Not nicht mehr in der Lage, auch nur annähernd den Bedarf an Insulin zu decken. Mangel an Insulin ist jedoch lebensbedrohlich!

2. Audiometer, um Hörschäden zu erkennen
3. Ultraschallgerät für die Diagnostik
4. Kessel für die Kantine,
um ausreichend warme Mahlzeiten herzustellen

Wir bitten alle, die unseren Aufruf lesen, um Hilfe und um Weiterverbreitung des Aufrufs. Spendenkonten:

»Kragujevac!« (J. Bergmann), Hamburger Sparkasse, BLZ 200 505 50, Konto-Nr. 1230 499 335

oder, falls die Spendenquittung gewünscht:

Gesellsch. f. Friedenserziehung e.V., Postbank Dortmund, BLZ 440 100 46, Konto-Nr. 418 18-464,

Kennwort »Kragujevac!«

Vollständige Adresse auf
Überweisung – sonst keine
Spendenbescheinigung.

■ LESERBRIEF

Kritik an der Rezension des Buches »Die glorreichen Sieger«

siehe Arbeiterpolitik Nr. 3/2001, S. 24

Die Rezension zu dem Buch von Ralph Hartmann enthält mindestens zwei Aussagen, die der näheren Erläuterung bedürfen:

◆ Der Rezensent widerspricht der unter den Linken weit verbreiteten Auffassung, Serbien habe kapituliert.

Es ist kaum abzustreiten, dass die jugoslawische Armee kapituliert hat, die Regierung des Landes ihre Niederlage erklärte, ein Teil des Territoriums der Provinz Serbien von der NATO kontrolliert wird, Milosevic als Präsident zurückgetreten ist, die Regierungen von Jugoslawien und von Serbien anders zusammengesetzt sind als vor dem NATO-Angriff. Auch verfolgt die neue Regierung Jugoslawiens einen gänzlich anderen, an marktwirtschaftlichen Grundsätzen orientierten Kurs in der Wirtschafts- und Sozialpolitik als die, die vor dem Bombardement des Landes bestand. Die Nato hat ihre Kriegsziele durchgesetzt und das Kosovo unter ihre Kontrolle gebracht. Die Vorgaben des IWF werden ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der Bevölkerung von der gegenwärtigen Regierung befolgt. Wenn der Autor nicht die Einschätzung teilt, Serbien habe kapituliert, müsste er seine Interpretation der Ergebnisse des Krieges vorlegen. Wenn er sagen möchte, dass es im Staatsapparat und in der Armee noch Kräfte gibt, die sich nicht der NATO unterwerfen wollen, dann muss er dies auch so formulieren und aufzeigen, wie dieser Widerstand aussieht und welche Konsequenzen er für die innenpolitischen Verhältnisse und außenpolitischen Beziehungen Jugoslawiens hat.

◆ Der Rezensent unterstützt die These Hartmanns, dass sich der Krieg gegen Jugoslawien letztlich gegen Russland richtet.

Was heißt hier letztlich? Der Verfasser scheint davon auszugehen, dass sich die internationalen Kräfteverhältnisse seit dem Zweiten Weltkrieg nicht verändert haben. Er geht im Gegensatz zu Thalheimer davon aus, dass der Charakter der internationalen Beziehungen unabhängig von den gesellschaftlichen Verhältnissen ist, die in den einzelnen Ländern

existieren. Ob Sowjetunion oder Russland, der Charakter ihrer Beziehungen zu den USA ist gleich geblieben. Auch scheint ihn die Frage nicht zu interessieren, ob sich nach dem Niedergang des Sozialismus in der Sowjetunion und dem Verfall des sozialistischen Lagers nicht ein ganz anderer Typus von internationalen Beziehungen herauskristallisiert hat.

Wie kommt es, dass Russland mit der NATO und den USA sowohl im Kosovo wie auch in Afghanistan zusammenarbeitet? Afghanistan liegt vor ihrer Haustür. War nicht die Sowjetunion in Afghanistan einmarschiert, weil sie nicht wollte, dass das Land ein Stützpunkt für den US-Imperialismus wird? Führt nicht die Konzentration auf Russland als dem vermeintlich entscheidenden Gegner der USA dazu, den Blick auf die Vielzahl der neuen Konflikte zu verlieren?

Im Fortgang des Textes spricht der Rezensent dann von den »*eigentlichen, gegen Russland und China gerichteten globalstrategischen Zielsetzungen der USA und ihrer Verbündeten*«. Er weist auf die verstärkten Rüstungsanstrengungen hin, die derzeit beide unternehmen. Doch viele Länder verstärken derzeit ihre Waffenarsenale. Lässt sich daraus schon auf den Charakter zukünftiger militärischer Auseinandersetzungen schließen?

Stellt die derzeitige Zusammenarbeit zwischen Russland und China angesichts der Tatsache, dass beide Länder kapitalistische Methoden einführen (Gründung von Börsen, Privatisierung gesellschaftlichen Eigentums, Rückzug staatlicher Planung, Hinnahme von Massenarbeitslosigkeit, Verzicht auf eine Sozialgesetzgebung etc.), um ihre Wirtschaft zu entwickeln, weltpolitisch noch einen Gegenpol zu den USA dar?

Oder sind beide Länder mittlerweile nicht viel mehr als regionale Mächte, die nach ähnlichen, marktwirtschaftlichen Grundsätzen die Wirtschaft ihrer Länder stärken wollen wie die NATO-Länder – die allerdings aufgrund ihrer wirtschaftlichen Rückständigkeit befürchten, bei politischer Schwäche von den USA die Bedingungen ihrer Entwicklung diktiert zu bekommen? Ist also die Zusammenarbeit zwischen Russland und China nicht lediglich ein ordinäres Schutzbündnis, wie es das seit Jahrhunderten zwischen Staaten gibt – denn ein Zeichen für die Existenz einer Gegenkraft zum Imperialismus?

H., Berlin, 29.10.2001 ■